



SCHWEIZER GEMEINDE COMUNE SVIZZERO VISCHNANCA SVIZRA COMMUNE SUISSE

Zeitschrift für Gemeinden und Gemeindepersonal | Revue pour Communes et leur personnel
Rivista per Comuni e i loro impiegati | Revista per Vischnancas e ses persunal



ALTERSPFLEGE,
UNSER FOKUS IM FEBRUAR

LES SOINS AUX PERSONNES ÂGÉES,
NOTRE POINT FORT EN FÉVRIER

LA CURA DEGLI ANZIANI,
IL TEMA CENTRALE DI FEBBRAIO



Heute anrufen, morgen einziehen.

Effiziente und kostengünstige Lösungen,
Miete, Kauf, Leasing:

- Schulen, Kindergärten, Wohnheime
- Büro- und Verwaltungsgebäude
- Sanitär-, Sport- und Umkleideräume

5 Editorial

Pflegefinanzierung endlich anpassen!
Adaptons le financement des soins!
Bisogna adeguare il finanziamento!

7 ACS

Una migliore cooperazione è un dovere.

8 La cura degli anziani

Modelli creativi per la cura degli anziani.

15 ACS

Une meilleure collaboration est obligatoire.

16 Soins aux personnes âgées

Modèles créatifs pour les soins aux personnes âgées.

25 L'accompagnement interdisciplinaire

Un concept qui mise sur la porosité dans l'offre des soins.

29 SGV

Eine klassische Verbundaufgabe.

30 Alterspflege

Alterspflege gehört zu den in personeller wie in finanzieller Hinsicht am schnellsten wachsenden Sektoren. Sie belastet Kantone wie Gemeinden einseitig. Ein Blick auf die Forderungen des SGV und auf kreative Modelle.

36 Zeitvorsorge

2015 wurde in Cham die Genossenschaft «Kiss» gegründet. Die Idee: Nachbarschaftshilfe leisten und dabei Zeitgutschriften sammeln. Zeitgutschriften kennt auch die Stadt St. Gallen.

40 Eine App für Notfälle

Das Fricktal zeigt Mut zur Pionierarbeit: Die Gemeinden prüfen die Bildung eines gemeinsamen Notfallteams. Hilfe könnte über die App für Hilfe und Sicherheit angefordert werden.

46 Buurtzorg, ein Modell aus Holland

Wo Pflegefachleute ihre Arbeit selbst organisieren.

56 Energiekarten für Gemeinden

novatlantis, eine gemeinnützige Gesellschaft für Nachhaltigkeit und Wissenstransfer, will mit Energiekarten für Gemeinden einen Beitrag zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 leisten.

12

Il contratto di prestazione

L'associazione pubblica Spitex del Locarnese è considerata un pioniere per quanto riguarda il miglioramento delle prestazioni. Il suo direttore, Gabriele Balestra, spiega il modello.



19

La colocation des aînés

Les appartements à encadrement médico-social constituent un choix de plus pour les personnes âgées, comme l'explique Isabelle Praong-Voide, directrice adjointe du CMS de la région de Sierre. Récit d'une visite.



52

Die Kontrolle der Pflegestufen

Tösstaler Gemeinden wollen Klarheit über Einstufungen in Pflegeheimen. Die Baumer Gemeinderätin Heidi Weiss erklärt die Gründe für das externe Mandat.



Titelbild/Couverture

Die Genossenschaft «Kiss» setzt auf Zeit statt auf Geld: Nadine Elsener und Ernst Hildebrand gehören dazu/La coopérative «Kiss» fonctionne avec des crédits de temps, sans argent. Nadine Elsener et Ernst Hildebrand y participent.

Bild/photo: Astrid Bossert Meier



Schweizerischer Gemeindeverband



@CH_Gemeinden

Startpaket für Gemeindepolitiker/-innen

Die Übernahme eines öffentlichen Amtes in der Gemeinde ist anspruchsvoll. Ein neuer Leitfaden der HTW Chur will Unterstützung leisten.

Das föderale Regierungssystem der Schweiz ist stark vom Milizgedanken geprägt: Bürgerinnen und Bürger sollen nicht nur wählen und abstimmen können, sondern aktiv im Gemeinwesen Verantwortung übernehmen. In den letzten Jahren haben sich die Schwierigkeiten bei kleinen und mittelgrossen Gemeinden verschärft, geeignete Amtsträgerinnen und Amtsträger zu finden. Es gelingt immer weniger, potenzielle Kandidatinnen und Kandidaten für ein öffentliches Mandat zu gewinnen. Gründe liegen in der komplexeren Amtsführung, der zunehmenden Professionalisierung und den gestiegenen Anforderungen an die Amtsträgerinnen und Amtsträger. Der Einstieg in das neue reizvolle, aber anspruchsvolle Amt gestaltet sich oftmals als Herausforderung, da in vielen Gemeinden keine institutionalisierte Amtsübergabe besteht und diese stark von der Motivation des Vorgängers bzw. der Vorgängerin abhängt.

Folgende Themen werden vertieft behandelt:

- Die Gemeinde in der Schweiz
- Kommunale Legislative
- Kommunale Exekutive
- Sitzungen
- Gemeindeverwaltung
- Gemeindeführungsmodelle – Rechtsetzung in der Gemeinde
- Verwaltungsverfahren in der Gemeinde
- Politische Rechte in der Gemeinde
- Gemeindeautonomie
- Aufgaben, Leistungen und Prozesse
- Strategische und operative Steuerung
- Finanzielle Steuerung
- Gemeindefinanzierung
- Finanzkennzahlen

Um den Einstieg in die Gemeindeexekutivämter zu erleichtern, hat das Zentrum für Verwaltungsmanagement (ZVM) der Hochschule für Technik und Wirtschaft HTW Chur mit Unterstützung des Schweizerischen Gemeindeverbandes ein «Startpaket für Gemeindepolitiker/-innen» in Form eines Leitfadens entwickelt. Am Anfang standen Interviews mit direkt betroffenen Politikerinnen und Politikern aus der ganzen Schweiz.

Der Leitfaden bietet eine breite und praxisorientierte Übersicht über die zentralen Aspekte der Gemeindepolitik. Die wichtigsten Aufgaben und Pflichten der Amtsträgerinnen und Amtsträger sowie der Gemeinde und deren politischen Organe werden erläutert. Zudem werden Planungs- und Managementinstrumente zur Gemeindeführung erklärt und ein Überblick über rechtliche Rahmenbedingungen und finanzielle Kennzahlen gegeben. Die wesentlichsten Prozesse, Verfahren und Fragestellungen werden auf illustrative und verständliche Weise vermittelt.

Das Layout ist ansprechend und mit vielen Grafiken aufgelockert. Prägnante Aussagen von Praktikerinnen und Praktikern lockern den theoretischen Teil auf. Dieser nimmt Rücksicht auf terminologische kantonale Unterschiede, womit der Leitfaden in der ganzen Deutschschweiz einsetzbar ist.

«Neulinge» können sich durch den Leitfaden schneller in ihrem Amt zurechtfinden. Auch bereits aktive Amtsträger werden wissenswerte Hinweise finden und können den Leitfaden als Nachschlagewerk benutzen. Interessierte Kantone

können den Leitfaden mit einem zusätzlichen individuellen Teil ergänzen lassen. Informations- und Bezugsmöglichkeiten sowie ein Auszug finden sich unter: htwchur.ch/zvm-startpaket

*C. Derungs, U. Fetz, D. Just, Startpaket für Gemeindepolitiker/-innen, HTW Chur-Verlag.
ISBN 978-3-9524599-2-8 2018,
24 Seiten, illustriert. Preis CHF 25.– (inkl. Porto).*



HTW Chur
Zentrum für
Verwaltungsmanagement

HTW Chur
Zentrum für Verwaltungsmanagement
Comercialstrasse 22
7000 Chur
+41 81 286 39 89
zvm@htwchur.ch
htwchur.ch/zvm-startpaket



Pflegefinanzierung endlich anpassen!

Mit den Reformen in der Pflege stehen für die nächsten Jahre Grossprojekte auf der politischen Agenda, deren Auswirkungen für die Gemeinden unmittelbar spürbar sein werden. Im Kern geht es um die Frage, wie es angesichts der demografischen Alterung, der Zunahme an chronischen und multimorbiden Erkrankungen und der fehlenden Fachkräfte im Gesundheitsbereich gelingt, auch in Zukunft eine am Patienten orientierte Gesundheitsversorgung und Alterspflege sicherzustellen, die den regionalen Bedürfnissen Rechnung trägt. Mit dem Wunsch der älteren Menschen, möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu leben, wird der Druck auf die ambulante Versorgung weiter zunehmen. Angesichts des Potenzials für die Pflege zu Hause muss es darum gehen, die intermediären Strukturen wie das betreute Wohnen auszubauen. Die Gemeinden stehen in der Verantwortung, die Grundversorgung sicherzustellen. Damit sind sie aber auch finanziell stark exponiert. 18 Milliarden Franken: So viel wird die Langzeitpflege in der Schweiz im Jahr 2030 kosten, schätzt der Bundesrat. Die öffentlichen Ausgaben für die Pflege werden sich damit mehr als verdreifachen und rund einen Viertel der gesamten Gesundheitskosten ausmachen. Seit der Neuordnung der Pflegefinanzierung im Jahr 2011, die fixe Beiträge der Patienten und Versicherer vorsieht, gehen sämtliche Kostensteigerungen ausnahmslos zulasten der öffentlichen Hand. Gemeinden sind vom eigentlichen Restfinanzierer zum Hauptfinanzierer geworden. Aus Sicht des SGV ist der Handlungsbedarf längst gegeben. Es braucht neue Versorgungsstrukturen und Finanzierungsmodelle. Kurzfristig gilt es, eine Verbesserung der Pflegefinanzierung zu erreichen und die Beiträge der Versicherer an die Kostenentwicklung der Pflegeleistungen anzupassen, um die Finanzhaushalte der Gemeinden zu entlasten. Wir bleiben für Sie dran!

Adaptons le financement des soins!

Avec les réformes dans le domaine des soins, de gros projets seront à l'agenda politique ces prochaines années et leurs effets seront immédiatement perceptibles pour les communes. Du fait du vieillissement démographique, de l'augmentation des maladies chroniques et de la polymorbidité ainsi que du manque de personnel de santé qualifié, la question principale qui se pose est de savoir comment assurer, à l'avenir également, une couverture de santé axée sur le patient et des soins aux personnes âgées qui tiennent compte des besoins régionaux.

En raison du souhait des personnes âgées de rester aussi longtemps que possible chez elles, la pression sur les soins ambulatoires va continuer à croître. Le potentiel pour des soins à domicile fait qu'il faudra développer des structures intermédiaires comme les appartements protégés, par exemple. Les communes ont la responsabilité de garantir les soins de base. Elles sont toutefois aussi fortement mises à contribution financièrement. 18 milliards de francs, c'est le montant qu'atteindra la facture des soins de longue durée en 2030 en Suisse, estime le Conseil fédéral. Les dépenses publiques pour les soins vont plus que tripler et représenteront environ un quart du total des coûts de la santé.

Depuis l'introduction en 2011 du nouveau régime de financement des soins qui prévoit des contributions fixes des patients et des caisses-maladie, les hausses des coûts sont exclusivement à la charge des pouvoirs publics. Responsables du financement résiduel, les communes assument en fait le financement principal. Selon l'ACS, il y a longtemps que l'on aurait dû agir. De nouvelles structures de prise en charge et de nouveaux modèles de financement sont nécessaires. A court terme, il s'agit d'obtenir une amélioration du financement des soins et d'adapter les contributions des assureurs à l'évolution des coûts des prestations afin de décharger les budgets des communes. Nous nous y employons pour vous!

Bisogna adeguare il finanziamento!

Con le riforme nell'ambito delle cure, nei prossimi anni l'agenda politica dovrà affrontare progetti di ampia portata che avranno ripercussioni dirette per i comuni. La questione fondamentale è come riuscire a garantire anche in futuro un'assistenza geriatrica e un'assistenza sanitaria orientata al paziente, tenendo conto dell'invecchiamento demografico, dell'aumento delle malattie croniche e multiple, della mancanza di personale esperto in campo sanitario e delle esigenze regionali.

Con il desiderio delle persone anziane di poter vivere il più a lungo possibile a casa propria in modo autonomo, cresce ulteriormente la pressione sull'assistenza ambulatoriale. Considerando il potenziale per l'assistenza domiciliare, si dovranno creare delle strutture intermedie, come le residenze protette. I comuni sono investiti della responsabilità di garantire l'assistenza di base. E per questo motivo sono molto esposti dal punto di vista finanziario. 18 miliardi di franchi: secondo le stime del Consiglio federale, a tanto ammonteranno i costi della lungodegenza in Svizzera nel 2030. La spesa pubblica per l'assistenza sarà più che triplicata e rappresenterà circa un quarto della spesa sanitaria complessiva.

Dall'entrata in vigore del nuovo ordinamento del finanziamento delle cure nel 2011, che prevede contributi fissi di pazienti ed enti assicuratori, tutti gli aumenti di costi, senza eccezioni, vanno a carico dell'ente pubblico. Da finanziatori in proprio del costo residuo, i comuni sono diventati il finanziatore principale. A parere dell'ACS, da tempo è necessario intervenire. Ci vogliono nuove strutture di assistenza e nuovi modelli di finanziamento. Il miglioramento del finanziamento delle cure e un adeguamento dei contributi degli enti assicuratori all'andamento dei costi sono aspetti che vanno affrontati rapidamente, per dare sollievo ai bilanci dei comuni. Vi terremo informati!

*Claudia Hametner
stv. Direktorin Schweizerischer
Gemeindeverband/
directrice suppléante/vice direttrice*

Biodiversità nei comuni

L'e-paper
può essere
scaricato
in formato
PDF.



Una guida con 12 esempi pratici



Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses
Associazione dei Comuni Svizzeri
Associaziun da las Vischnancas Svizras

Informazioni pratiche in materia di pianificazione e comunicazione. Elenco di link per maggiori approfondimenti: www.chcomuni.ch, <https://tinyurl.com/ycl3dha3>.



Una migliore cooperazione è un dovere

Sono necessari più luoghi di sosta nonché aree di passaggio e di transito con regole chiare per migliorare le condizioni di vita dei nomadi in Svizzera ed evitare i conflitti.

Negli ultimi anni, in Svizzera il numero di aree di sosta e di transito per i nomadi jensch, sinti e rom è diminuito. Al momento ci sono 31 aree di transito, ma ne servirebbero 80. Per quanto riguarda le zone che possono essere abitate tutto l'anno, sarebbero necessarie 25 offerte supplementari. Inoltre, esistono solo cinque luoghi di sosta per i gruppi stranieri invece dei dieci a dodici previsti. Lo dimostra l'ultimo rapporto della Fondazione «Un futuro per i nomadi svizzeri». Gli esperti concordano sul fatto che se si creano più posti ufficiali con regole chiare, i conflitti tra nomadi e autorità locali o la popolazione diminuiscono.

Ridefinizione continua della convivenza

La creazione di luoghi di sosta nonché di aree di passaggio e di transito rappresenta una sfida per i comuni. I rapporti con i nomadi sfociano spesso in conflitti e la popolazione ha un atteggiamento fondamentalmente avverso. «I nomadi e le persone con dimora permanente convivono da secoli. Tuttavia, la coesistenza concreta deve sempre essere ridefinita», ha dichiarato il consigliere di Stato bernese Christoph Neuhaus, pre-

sidente della Fondazione «Un futuro per i nomadi svizzeri», nel corso di un convegno organizzato il 26 gennaio a Berna dall'Associazione dei Comuni Svizzeri (ACS) e dalla Fondazione «Un futuro per i nomadi svizzeri». «La ricerca di tali luoghi riguarda degli esseri umani, per tale ragione m'impegno in questo ambito», ha affermato Christoph Neuhaus.

Un classico compito congiunto

In occasione del convegno sono stati illustrati gli esempi pratici dei Cantoni Argovia, Zurigo, Vaud e Berna per mostrare come i comuni possano procedere nella pianificazione e nella gestione delle aree di sosta. Tuttavia, questo compito non può essere lasciato solamente ai comuni. «La pianificazione e la gestione dei luoghi riservati ai nomadi non possono essere imposti dall'alto verso il basso. Consentire ai nomadi di vivere il loro stile di vita è un classico compito congiunto di tutti i livelli di governo», ha affermato Hannes Germann, consigliere agli Stati e presidente dell'ACS. I cantoni e i comuni hanno il dovere di prendere in considerazione le esigenze di spazio dei nomadi per le conseguenti regola-

mentazione e pianificazione. Sono necessarie regole chiare e la sensibilizzazione della popolazione per ridurre i pregiudizi. Anche per il consigliere di Stato bernese Christoph Neuhaus è chiaro che «molte questioni riguardanti il rapporto con i nomadi possono essere risolte solo in stretta collaborazione con i comuni». A tale scopo si dovrebbero coinvolgere anche le organizzazioni degli jensch, sinti e rom.

Scambio di esperienze

L'ACS accoglie con favore le iniziative volte all'interconnessione delle amministrazioni comunali provviste di aree di sosta. Lo scambio di esperienze è fondamentale. «Allo stesso tempo, gli uffici cantonali possono dare un sostegno ai comuni per la pianificazione, creazione e gestione delle aree», ha dichiarato Hannes Germann. Gli uffici cantonali sono anche importanti interfacce tra i dipartimenti cantonali, i nomadi e le loro organizzazioni, nonché la popolazione. pb

Documenti sul convegno:

www.tinyurl.com/convegno-nomadi

In merito alla fase di ampliamento 2035

Entro il 2035, il Consiglio federale desidera investire 11,5 miliardi di franchi per gli ampliamenti infrastrutturali della ferrovia. Inoltre, un'ulteriore variante, per un importo totale di sette miliardi di franchi svizzeri entro il 2030, è stata sottoposta a consultazione. L'ACS preferisce nettamente la fase di ampliamento 2035 e, nella sua presa di posizione, chiede che le misure siano ulteriormente ottimizzate e che possibili risparmi siano investiti in altri progetti. L'ampliamento parziale della galleria di base del Lötschberg ha massima priorità. L'ACS ritiene necessario che, in occasione dell'attuazione di tutte le misure previ-

ste, si tenga conto degli esistenti flussi di pendolari e che qualsiasi deterioramento dell'offerta sia compensato da misure supplementari. Oltre a ciò, grazie all'ampliamento, l'ACS si aspetta che i disagi creati nelle regioni dei pendolari siano compensati il più rapidamente possibile, in modo da non creare svantaggi a lungo termine per i comuni interessati. red

Presa di posizione (in tedesco):

www.tinyurl.com/sn-bahninfrastruktur

Presa di posizione (in francese):

www.tinyurl.com/avis-politiques

Kit di avvio per politici comunali

La politica comunale è al tempo stesso stimolante e suggestiva. L'inizio di nuovo incarico si rivela spesso una sfida, visto che in numerosi comuni piccoli e medi non esiste un passaggio istituzionalizzato dei poteri. Per facilitare l'accesso a un nuovo incarico in questo ambito, il Centro per il management pubblico della HTW di Coira, con il sostegno dell'ACS, ha redatto un «Kit di avvio per politiche e politici comunali» (in tedesco). red

Informazioni (in tedesco):

www.htwchur.ch/zvm-startpaket

Modelli creativi per la cura degli anziani

«Comune svizzero» presenta diversi modelli creativi nei comuni per la cura degli anziani ed espone le richieste dell'ACS per un miglioramento della distribuzione dei costi in continuo aumento.



L'Osservatorio della salute (Obsan) prevede per il 2030 un aumento dei costi per la cura degli anziani, che ancora nel 2014 ammontavano a circa 11 miliardi di franchi, a poco meno di 18 miliardi. E gli oneri per la mano pubblica non fanno che crescere.

Foto: shutterstock



Le svizzere e gli svizzeri sono longevi, e spesso anche in buona salute fino a età inoltrata. Ciò nonostante, a partire dagli 85 anni il fabbisogno di cure subisce un netto aumento: un'ultra 85enne su tre ha un bisogno di assistenza da medio a forte. Questo sollecita i famigliari, che in una valutazione complessiva dedicano loro oltre 40 milioni di ore di assistenza volontaria, e soprattutto un numero crescente di personale curante in ambito Spitex e nelle case di cura e per anziani. Nel campo della salute, la cura degli anziani è un settore la cui crescita in termini personali e finanziari è tra le più rapide. Secondo uno studio di Credit Suisse, entro il 2040 il numero di posti supplementari a tempo pieno per le sole case di cura potrebbe raggiungere il valore di 70 000, mentre l'Osservatorio della salute (Obsan) prevede per il 2030 un aumento dei costi per la cura degli anziani, che ancora nel 2014 ammontavano a circa 11 miliardi di franchi, a poco meno di 18 miliardi. E gli oneri per la mano pubblica non fanno che crescere. Assieme all'Unione delle città svizzere, l'Associazione dei comuni svizzeri (ACS) aveva dato l'allarme già nel 2015: il nuovo finanziamento delle cure introdotto nel 2011 avrebbe sgravato unilateralmente gli assicuratori malattia e portato a un sovraccarico degli enti pubblici.

Spesso, il finanziamento residuo è interamente a carico dei comuni

Con il nuovo finanziamento delle cure, i costi delle cure ambulatoriali e stazionarie vengono suddivisi su tre vettori. I contributi delle casse malati e la partecipazione individuale dei pazienti (massimo 21.60 franchi al giorno per le istituzioni stazionarie e 15.95 franchi per i servizi ambulatoriali) sono plafonati a importi fissi, mentre i costi residui – variabili – sono interamente a carico della mano pubblica. E siccome l'applicazione del finanziamento delle cure costituisce un vero e proprio mosaico federalistico, i costi crescenti di questo «finanziamento residuo» gravano su città e comuni in maniera differenziata secondo il modello di finanziamento cantonale. In dieci dei 26 cantoni, il finanziamento residuo è interamente a carico dei comuni. A questo va aggiunta la partecipazione indiretta dei comuni ai costi delle cure, che attraverso le prestazioni complementari (PC) va a quelle persone che non sono in grado di coprire da sé la loro quota dei costi di cura, né i costi di degenza e di assistenza. I contributi delle assicurazioni malattia sono d'altra parte stati fissati dal Consiglio federale in modo differenziato secondo il fabbisogno di cure e rimangono invariati. L'ACS

ha ripetutamente criticato il fatto che la quota di finanziamento sborsata dai comuni aumenta, mentre quella degli assicuratori malattia si riduce.

Effetti del nuovo finanziamento

In questo contesto, i nuovi modelli di finanziamento, come ad esempio l'introduzione di un'assicurazione delle cure, acquistano un significato sempre maggiore. Inoltre, l'ACS insiste da anni presso la Confederazione sul fatto che le discussioni inerenti all'organizzazione e al finanziamento delle cure di lunga durata devono comportare il coinvolgimento di comuni e città. Già nel maggio 2016, il Consiglio federale ha riconosciuto nel rapporto sulle prospettive delle cure di lunga durata, richiesto dal Parlamento, il grande onere fiscale per cantoni e comuni. Secondo le associazioni comunali, questo rapporto si è tuttavia dimostrato eccessivamente prudente. Anche la valutazione esterna degli effetti del nuovo finanziamento delle cure, eseguita su mandato dell'Ufficio federale della sanità pubblica (UFSP), ha avuto luogo senza la partecipazione del livello comunale interessato. Il rapporto sulla valutazione sarà concluso tra breve dall'UFSP e dovrebbe essere presentato al Consiglio federale entro l'estate 2018.

Sfruttare le sinergie

In un Monitoraggio cantonale dedicato alla cura degli anziani nel giugno 2016*, Avenir Suisse ha appurato che è estremamente difficile garantire un servizio capace di tener conto della topografia e della demografia locali, nonché delle preferenze e delle risorse finanziarie della popolazione. Infatti, la richiesta di servizi ambulatoriali e stazionari, come pure delle diverse forme di offerte intermedie di sgravi, sono ampiamente diverse da cantone a cantone, e persino all'interno degli stessi cantoni. Per poter adeguare il più rapidamente possibile l'offerta alla domanda, Avenir Suisse perora un «giusto mezzo» tra «dirigismo» e soluzioni completamente decentralizzate, prossime al mercato e individuali. Secondo lo studio, delle regioni di destinazione e pianificazione all'interno dei cantoni, dei centri regionali in grado di offrire servizi ambulatoriali e stazionari sotto un unico tetto e le associazioni comunali permetterebbero di sfruttare le sinergie e di risparmiare sui costi. I suoi autori auspicano inoltre delle convenzioni sulle prestazioni tra enti pubblici e privati. Di regola, nell'ambito dell'assistenza ambulatoriale i comuni stipulano tali accordi con le proprie organizzazioni Spitex, ma sono sempre più numerosi quelli che ne concludono anche con of-

ferenti Spitex privati: è ad esempio il caso del cantone di Soletta. In ambito stazionario si osservano tendenze analoghe: si assiste alla costituzione di organizzazioni regionali, ad esempio sotto forma di consorzi intercomunali o cooperative, spesso sotto la responsabilità dei comuni interessati. D'altro canto vi sono comuni più grandi che gestiscono istituzioni proprie nell'ambito della propria amministrazione o quali entità giuridiche autonome.

Soluzioni congiunte incoraggianti

Secondo uno studio sulla questione delle «soluzioni congiunte»**, condotto su mandato della Age-Stiftung, i risultati degli sforzi sinora compiuti in direzione dell'interconnessione nel campo dell'assistenza agli anziani sarebbero, come stabilisce in un commento Andreas Sidler, caposettore ricerca e comunicazione delle conoscenze della fondazione, «non ancora pionieristici, ma ampiamente incoraggianti». Già un considerevole numero di offerenti di servizi di assistenza e cure stazionari e ambulatoriali si sarebbero riuniti in soluzioni congiunte. Lo studio evidenzia tuttavia anche che, nonostante gli esempi promettenti, occorra ancora molto lavoro di persuasione. Le associazioni avrebbero riconosciuto questo dovere, scrive Sidler: Curaviva Svizzera ha ad esempio definito il tema delle «soluzioni congiunte» come centrale nel 2010, mentre Spitex Svizzera ha integrato l'interconnessione orizzontale e verticale, come pure il coordinamento delle interfacce tra fornitori di servizi, nella Strategia Spitex 2015.

La maggior parte delle svizzere e degli svizzeri si augura di poter continuare a vivere in autonomia tra le proprie quattro mura il più a lungo possibile. La messa in rete dei fornitori di servizi rappresenta una chiave atta a offrire buone e molteplici opportunità di alloggio per persone anziane con un'offerta di assistenza e cure flessibile e permeabile. In questo numero, «Comune svizzero» propone una serie di approcci creativi tesi all'implementazione del principio «ambulatoriale E stazionario». Infatti, secondo le associazioni comunali, le cure e l'assistenza ambulatoriali vanno rafforzate, me non unilateralmente. L'obiettivo sono delle catene di servizi e assistenza il più possibile complete, efficienti e orientate ai pazienti.

Gli autori dello studio di Avenir Suisse sottolineano inoltre che il tipo di assistenza alle persone anziane non deve essere determinato da stimoli finanziari, bensì in considerazione del loro fabbisogno. Le persone anziane poco dipendenti dalle cure dovrebbero essere ac-

cusate in casa, presso strutture diurne o in alloggi assistiti; quelle fortemente dipendenti in case di cura. Ma questo, come dimostrano le analisi, non è sempre il caso: vi sono residenti in case di cura che non necessitano di alcuna cura, ma che vi si trovano solo perché altrimenti non si potrebbero permettere i servizi di assistenza. Infatti, conformemente alla legge sull'assicurazione malattie (LAMal), attualmente le prestazioni complementari (PC) vengono erogate per le cure, ma non per l'assistenza. Diversamente dalle case di cura, gli alloggi assistiti non beneficiano di alcuna PC e le persone finanziariamente più deboli non possono far ricorso a queste forme intermedie sempre più apprezzate. In relazione al potenziale delle cure a domicilio, le associazioni comunali chiedono un ampliamento delle strutture intermedie come gli alloggi assistiti, così da consentire alle persone anziane di poter vivere più a lungo in casa propria autonomamente o con un sostegno ambulatoriale. Secondo loro, questo significa però anche che il ricorso a soggiorni di breve durata in strutture maggiormente assistite debba essere semplificato. Nella riforma delle PC attualmente in corso, in vista di un miglior coordinamento e di una migliore collaborazione nella medicina di base, occorrerebbe ad esempio creare gli stimoli tariffari necessari affinché in futuro sia più facile far ricorso a strutture assistenziali intermedie. Nella riforma in atto, il Parlamento si occupa della questione del finanziamento degli alloggi assistiti. La Commissione della sanità del Consiglio degli Stati intende verificare come nel calcolo delle PC sia possibile tener conto dell'al-

loggio assistito degli anziani così che le persone bisognose di sostegno non debbano trasferirsi direttamente in una casa di cura.

*Denise Lachat, Claudia Hametner
Traduzione: Waldo Morandi*

*Avenir Suisse, Monitoraggio dei cantoni 7, Nuovi modelli di riferimento nella cura degli anziani, organizzazione e finanziamento di un compito sempre più importante, Jérôme Cosandey, con la collaborazione di Kevin Kienast.

** Verbundlösungen für die Pflege und Betreuung im Altersbereich (Soluzioni congiunte per la cura e l'assistenza degli anziani), uno studio di Age-Stiftung e Curaviva Svizzera in collaborazione con Spitex Svizzera, condotto dal Winterthurer Institut für Gesundheitsökonomie, giugno 2010.

L'ACS critica l'ulteriore onere con cui l'EMAp grava sulla mano pubblica

A fine 2017, il Tribunale amministrativo federale ha deciso che gli indennizzi per l'utilizzo di mezzi e apparecchi figuranti nell'elenco ufficiale (EMAp) nelle case di cura sia a carico dell'assicurazione obbligatoria delle cure medico-sanitarie (AOMS) come parte dei costi di cura globali. Questo significa che l'EMAp come materiale di medicazione, stampelle o apparecchi acustici non possono essere conteggiati separatamente, ma devono essere coperti semplicemente con gli importi fissi delle casse malattia stabiliti dal Consiglio federale. In altre parole, i costi connessi all'EMAp devono essere pagati attraverso il finanziamento residuo,

quindi dagli enti pubblici. L'ACS ha criticato questa evoluzione, che grava ulteriormente i già crescenti costi del finanziamento residuo a carico dei comuni, presso l'Ufficio federale della sanità pubblica (UFSP) a inizio anno. Infatti, inizialmente l'intenzione del legislatore era quella di configurare il nuovo finanziamento delle cure per l'AOMS in modo neutrale rispetto ai costi. L'UFSP ha anche ripetutamente confermato che i costi dei prodotti EMap non sarebbero stati presi in considerazione nel calcolo dei contributi ai livelli di cura. L'ACS chiede che l'adeguamento dei contributi delle casse malati all'AOMS includa questi costi.

Indipendenti e sicuri grazie a un'app

Ogni mattina, tra le sei e le nove, Martha (72) e Marc Fallert (82) di Frick AG confermano tramite l'app «HiSi» che si trovano nel loro appartamento e che non hanno bisogno di aiuto. «HiSi» significa soccorso e sicurezza (in tedesco Hilfe = soccorso e Sicherheit = sicurezza). L'app è stata sviluppata con il sostegno economico della fondazione Age e su incarico dall'Associazione per l'assistenza alla terza età dell'Alta Fricktal (VAOF). Lo scopo è quello di consentire alle persone d'invecchiare all'interno delle mura della propria casa garantendo loro assistenza in caso di emergenza. «HiSi» è un progetto parziale di una valutazione globale della VAOF che vuole rispondere alla domanda «Come vogliamo invecchiare?». Oggi la VAOF si occupa di 25 comuni nell'Alta Fricktal. L'associazione gestisce due case di cura a Frick e Laufenburg e, dal dicembre 2017, anche 90 appartamenti per la terza età nelle due località. I luoghi di cura

sono coordinati a livello regionale: «Non ci concentriamo su un'unica casa di riposo, ma prendiamo in considerazione la situazione abitativa e assistenziale degli anziani nella nostra regione da un punto di vista globale», dice André Rotzetter, direttore VAOF. L'app «HiSi», lanciata nel 2012, è una parte fondamentale di questa strategia e offre una certa sicurezza alle persone. Se si preme il pulsante di chiamata di soccorso o, se entro dopo un determinato lasso di tempo prestabilito, non si schiaccia il pulsante di conferma, si riceve una chiamata dalla casa di riposo di Frick o di Laufenburg. Qui un team si occupa degli anziani che vivono negli appartamenti per la terza età circostanti e aderenti all'iniziativa VAOF. In caso di mancata risposta alla telefonata, un infermiere specializzato è pronto a intervenire 24 ore su 24 e per 365 giorni all'anno.

Fabrice Müller
Traduzione: coText



Marc e Martha Fallert di Frick apprezzano la possibilità di chiedere aiuto tramite l'app «HiSi».

Foto: Fabrice Müller

Il quarto pilastro per la terza età



La cooperativa «Kiss» ha ottimi contatti a Cham. Tra le varie cose, i membri di «Kiss» si alternano con altre organizzazioni per preparare il pranzo.

Foto: A. Bossert Meier

Il modello funziona come un quarto pilastro nell'ambito della previdenza per la vecchiaia: a San Gallo, degli arzilli pensionati si prendono cura degli anziani senza ricevere soldi, bensì un «accredito di tempo». Se un giorno essi stessi dovessero avere bisogno di aiuto, potranno attingere al proprio conto individuale e contare sul sostegno dei fornitori di tempo. «Lo scopo è quello di

consentire agli anziani di condurre una vita autonoma nella propria casa il più a lungo possibile», dice la direttrice Claudia Kraus. Il modello temporale di San Gallo fu introdotto dall'ex consigliere federale Pascal Couchepin. Nel 2009, l'Ufficio federale delle assicurazioni sociali (UFAS) chiese alla città se fosse interessata a preparare uno studio di fattibilità nell'ambito di un progetto

pionieristico a livello locale. Nel 2013, in collaborazione con altre cinque organizzazioni fu fondata la «Stiftung Zeitvorsorge» (Fondazione per la fornitura di tempo). La città si occupò dei finanziamenti iniziali e finora ha contribuito con 150000 franchi all'anno. Essa è inoltre anche garante degli accrediti di tempo. In caso di fallimento del progetto, i fornitori di tempo verrebbero compensati tramite accantonamenti per un totale di 3,4 milioni di franchi provenienti dai servizi prestati. Anche la cooperativa «Kiss» si serve di accrediti di tempo per il sostegno prestato in un determinato quartiere. Kiss significa «keep it small and simple». Oltre alla Federazione Svizzera delle Associazioni di Mediazione esistono attualmente nove cooperative locali «Kiss». Altre sono in fase di preparazione. Il comune di Oberwil (BL) si affida invece a una piattaforma per lo scambio di servizi. Questa permette alle persone che hanno bisogno di aiuto nella loro vita quotidiana di mettersi in contatto con volontari che prestano servizio per 10-15 franchi all'ora.

Eveline Rutz/Astrid Bossert Meier
Traduzione: coText



Contratto di prestazione anziché copertura del deficit

L'associazione pubblica Spitex del Locarnese è considerata un pioniere per quanto riguarda il miglioramento delle prestazioni. Anche la collaborazione con il gruppo privato Tertianum è considerata esemplare per maggiore efficienza.

La lamentela per l'aumento dei costi nel settore sanitario è molto sentita. Ciò è dovuto a numerose ragioni. Fra queste vi è sicuramente la speranza di una vita più lunga della popolazione. Infatti, è necessario potenziare assistenza e cura a domicilio, affinché il crescente numero di anziani possa essere curato a casa. Per evitare un'esplosione dei costi e aumentare la redditività, alcuni cantoni e comuni hanno adeguato i loro sistemi di gestione in questo settore. La parola magica è contratto di prestazione. Anziché la copertura del deficit, viene versato un contributo per ogni servizio prestato in cure non ospedaliere. Cosa significa esattamente? «In passato il cantone metteva a punto un bilancio

preventivo per il nostro servizio e alla fine dell'anno si assumeva il deficit», racconta Gabriele Balestra, direttore dell'Associazione Locarnese e Valmagnese di assistenza e cura a domicilio (ALVAD) in Ticino.

Responsabilità e efficienza

In questa organizzazione, che impiega circa 140 persone (100 posti a tempo pieno), il concetto di contratto di prestazione venne introdotto già nel 2003, nell'ambito di un progetto pilota. Ad esempio, supponiamo che per un determinato anno siano stati preventivati cinque milioni di franchi, ma che per i servizi forniti ALVAD abbia incassato solo tre milioni dalle casse malati o di-

rettamente dalle persone assistite. Il cantone copriva in seguito i due milioni mancanti. Se s'incassavano solo 2,5 milioni, il cantone doveva pagare 2,5 milioni di franchi. Con il contratto di prestazione di servizi, il cantone dà un contributo preciso su base oraria per ogni servizio prestato. «Questo ha accresciuto la nostra responsabilità e ci ha spinto a essere più efficienti», dice Balestra. Si stanno compiendo sforzi per aumentare la produttività, ad esempio migliorando la struttura e la programmazione delle visite domiciliari da parte di assistenti o infermieri. Ma questo aumento dell'efficienza non va forse a discapito delle persone di cui ci si prende cura? Balestra dà una rispo-



il Paese: nel Locarnese si tratta delle residenze «Al Lido» di Locarno (88 appartamenti) e «Al Parco» di Muralto (72 appartamenti). A Tenero è stata appena inaugurata una terza residenza (Al Vigneto).

Quando le persone s'insediano in un appartamento per anziani in una di queste residenze e se non necessitano di assistenza terapeutica, possono beneficiare dei servizi dall'organizzazione pubblica Spitex ALVAD, se necessario. Gli specialisti Spitex effettuano una valutazione professionale dei bisogni (Resident Assessment Instrument, RAI) e ALVAD fattura alle assicurazioni le ore di servizio prestate nella struttura in questione (in questo caso Tertianum). Tertianum mette quindi a disposizione il personale e si occupa della prestazione vera e propria, che fattura ad ALVAD.

Qual è il vantaggio di esternalizzare i servizi Spitex al personale di Tertianum? «Dato che s'impiega il personale di Tertianum, i lunghi viaggi non sono più necessari», prosegue Balestra. Inoltre, un eventuale passaggio dalla casa di riposo al reparto infermieristico della residenza è più facile se i clienti sono assistiti dal medesimo personale. Nel 2016, nelle due residenze Al Lido e Al Parco sono state prestate esattamente 7607 ore Spitex. In questo modo, comuni e cantone hanno risparmiato quasi 150 000 franchi nell'anno in questione.

Gabriele Balestra traccia un bilancio positivo: «L'introduzione del principio del contratto di prestazione ha portato benefici a tutti gli attori coinvolti, sia a li-

vello organizzativo e finanziario che in termini di qualità percepita dai clienti.» La cooperazione tra servizio pubblico e operatore privato si è rivelata vantaggiosa per tutti.

Gerhard Lob
Traduzione: coText

L'Associazione Locarnese e Valmaggese di assistenza e cura a domicilio (ALVAD) ha sede a Locarno (nella foto sotto). Siccome il bacino di utenza spazia da Indemini fino a Fusio (nella foto a sinistra) nell'alta Valle-maggia, gli spostamenti influiscono notevolmente sull'orario di lavoro. Grazie al contratto di prestazione, ALVAD ha migliorato molto la programmazione delle visite domiciliari.

Fotos: Franziska Keller/ALVAD.

sta negativa. «Al contrario.» Il contratto di prestazione di servizi ha permesso di evitare di percorrere lunghe tratte. «Le ore improduttive impiegate per i trasferimenti o per interminabili riunioni vengono ridotte al minimo e si dedica perciò più tempo all'assistenza ai clienti.»

Nel Locarnese, a influire maggiormente sull'orario di lavoro erano proprio gli spostamenti. Con i suoi 70 000 abitanti, la regione si trova alle spalle del Luganese (90 000 abitanti), ma è al primo posto per quanto riguarda l'estensione del territorio. Il bacino di utenza spazia da Indemini, forse il comune più discosto in Svizzera, fino a Fusio nell'alta Valle-maggia.

Presso ALVAD, il contratto di prestazione ha permesso di testare questa forma di gestione della cooperazione e delle relazioni finanziarie. A partire dal 2010, questa pratica è stata gradualmente estesa alle altre strutture del settore sociale e sanitario. Allo stesso tempo, sono state create altre organizzazioni, che hanno dato vita a una rete.

Collaborazione con il gruppo Tertianum

È così che è nata la collaborazione di ALVAD con il gruppo privato Tertianum, che gestisce case di riposo e di cura in tutto

Gabriele Balestra,
direttore dell'ALVAD.

Foto: mad.



Une bonne année?

«Le passage d'un cap à un autre, comme un anniversaire, c'est le rappel que tu as une année de moins pour réaliser tout ce qu'il te reste à faire.» Durant les fêtes de fin d'année, je m'interroge régulièrement sur ces propos de Mike Horn, célèbre explorateur de l'extrême.



En Suisse, nous devons le premier chancelier de la Confédération à Napoléon Bonaparte. En effet, pour ramener le calme dans la République helvétique (1798-1802) qui connaissait de nombreuses dissensions, il a imposé l'Acte de médiation (1803) qui institue à son article 38 «un chancelier et un greffier nommés par la Diète pour deux ans et qui suivent toujours le sceau et les registres». Ainsi, 45 ans avant la création de l'Etat fédéral moderne, la première institution administrative fédérale permanente est née. Le chancelier devait s'établir dans le canton directeur et déménager chaque année. Le premier chancelier, Jean-Marc Mousson (1776-1861) faisait donc atteler une voiture, y entassait femme, enfants et documents pour se mettre en route entre Noël et Nouvel-An. Son fils Albert raconte d'ailleurs dans ses Mémoires, la torture que cela représentait à ce moment de l'année alors que cette période est synonyme de paix, de joie et de réunions de familles.

Aujourd'hui, je souhaite que cette nouvelle année vous apporte la sérénité et vous permette de vous affranchir d'une impossible perfection. Mais nous devons toujours nous engager à la mise en valeur de nos institutions et de notre association. L'action n'est-elle pas le meilleur remède à nos peurs?

Bonne année! A toutes et à tous.

*Rémy Voirol,
chancelier de la Ville de Neuchâtel*



A quel point les pouvoirs publics sont-ils encore crédibles lorsque la démocratie est en mutation? Notre colloque veut explorer la question. Photo: m2d.

La démocratie est en mutation – parlons-en!

Vendredi 16 mars 2018, au Temple du Bas à Neuchâtel, un colloque se penche sur la question des outils à disposition des villes et des communes pour relever le défi démocratique.

Notre système politique a-t-il un problème d'image? Y a-t-il dans le monde politique trop d'intérêts particuliers qui priment sur l'intérêt général? Passe-t-on trop de temps à chercher des coupables au lieu de trouver des solutions? Animés par la journaliste Nathalie Randin, des débats réunissant expertes et experts, politiciennes et politiciens tenteront d'analyser ces questions et d'autres encore.

Le colloque organisé conjointement par la Conférence Suisse des Secrétaires Municipaux (CSSM), l'Union des villes suisses (UVS) et l'Association des communes suisses (ACS) abordera différents champs d'action et tendances de développement qui influencent la collaboration, l'image et la crédibilité des exécutifs, des parlements et des administrations.

Le programme suivant a été établi pour vous:

- Le système politique a-t-il un problème d'image?
Table ronde avec Johanna Gapany, conseillère communale, Bulle; Susanne Hartmann, maire de Wil; Antoine de Montmollin, président du Conseil général de Neuchâtel; Martin Wey, maire d'Olten.
- La politique communale demain – dans quelle direction se développe notre système démocratique?
Andreas Ladner, professeur en administration suisse et politiques institutionnelles, IDHEAP, Université de Lausanne.
- Intermède musical:
Martin O., musicien et artiste vocal.

- La crise des élites – créer un climat de confiance au 21^e siècle:
Michael Hermann, directeur de l'institut de recherche sotomo société, politique & espace, Zurich.
- Message de bienvenue:
Fabio Bongiovanni, président du Conseil communal de la Ville de Neuchâtel.
- La communication des pouvoirs publics: le défi des nouveaux canaux médiatiques:
Christophe Chaudet, directeur Actualité & Sports RTS.
- Les communes et l'économie privée: différences dans l'occupation des postes clé?
Markus Theiler, directeur de Jörg Lienert AG.
- Les procédures de participation démocratique, un processus alibi?
Barbara Schwickert, conseillère municipale de Bienne.
- L'exercice d'un mandat public: une mission toujours plus délicate:
Dominique de Buman, président du Conseil national.
- Carte Blanche:
Peter Rothenbühler, journaliste et auteur.

Nous nous réjouissons de vous accueillir à Neuchâtel.

Informations:

Délai d'inscription: 2 mars 2018 sur www.uniondesvilles.ch, www.chcommunes.ch ou www.secretairemunicipal.ch
Prix: CHF 350.- pour les membres de la CSSM, de l'UVS et de l'ACS; CHF 420.- pour les non-membres. Langues: allemand et français, avec traduction simultanée.

Une meilleure collaboration est obligatoire

Afin d'améliorer les conditions de vie des gens du voyage en Suisse et éviter les conflits, on a clairement besoin de davantage d'aires de séjour, de passage et de transit officielles dotées de règles claires.

Le nombre d'aires de séjour et de passage sur le territoire suisse pour les Yéniches, Sintis et Roms pratiquant un mode de vie itinérant a diminué au cours des dernières années. A l'heure actuelle, il existe 31 aires de transit, il en faudrait 80. Pour les aires accessibles durant toute l'année, il serait nécessaire de créer 25 aires supplémentaires. Pour ce qui est des aires de transit pour les groupes étrangers, il n'existe que cinq espaces de grande dimension au lieu des dix à douze emplacements qui seraient nécessaires. C'est ce qu'indique le dernier rapport de situation publié par la fondation «Assurer l'avenir des gens du voyage suisses». Les spécialistes sont unanimes: si l'on créait davantage d'aires officielles dotées de règles claires, les conflits entre les gens du voyage et les autorités communales resp. la population diminueraient.

Redéfinir la notion de cohabitation

La création d'aires de séjour, de passage et de transit confronte les communes à d'importants défis. Les relations avec les gens du voyage sont régulièrement sujettes à conflits et l'attitude de la population est plutôt négative. «Gens du voyage et sédentaires cohabitent ensemble depuis des siècles. Cela étant, la cohabitation, sur le plan concret, doit sans cesse être redéfinie», a précisé

Christoph Neuhaus, conseiller d'Etat, président de la fondation «Assurer l'avenir des gens du voyage suisses» lors d'un séminaire qui a eu lieu à Berne le 26 janvier et qui a été organisé par l'Association des Communes Suisses (ACS) en collaboration avec la fondation «Assurer l'avenir des gens du voyage suisses». «Dans la recherche d'aires de stationnement, il en va d'êtres humains, c'est la raison pour laquelle je m'engage en faveur de ce thème», a déclaré Christoph Neuhaus.

Ne pas déléguer les tâches

Au cours du séminaire, il a été démontré à l'aide d'exemples pratiques présentés par les cantons d'Argovie, de Zurich, de Vaud et de Berne comment les communes peuvent procéder lors de la planification et de l'exploitation d'aires de stationnement. Cela dit, cette tâche ne peut pas être assumée uniquement par les communes. «La planification et l'exploitation d'aires de séjour, de passage et de transit pour les gens du voyage ne peuvent pas être ordonnées dans une approche descendante. Permettre aux gens du voyage de pratiquer leur mode de vie est une tâche conjointe de tous les niveaux étatiques», a déclaré Hannes Germann, conseiller aux Etats et président de l'ACS. Les cantons et les communes ont l'obligation d'inscrire dans

les plans directeurs et les plans d'affectation les besoins des gens du voyage en termes d'espace. Des règles claires et une sensibilisation de la population sont nécessaires pour balayer les préjugés. Christoph Neuhaus constate lui aussi que de «nombreuses questions dans les relations avec les gens du voyage ne peuvent être résolues qu'en collaboration étroite avec les communes». Il est également nécessaire d'intégrer les organisations des Yéniches, Sintis et Roms.

Echange de valeurs empiriques

L'ACS salue les initiatives visant l'interconnexion des autorités communales en matière d'aires de stationnement. Un échange de valeurs empiriques est nécessaire. «En même temps, les services spécialisés des cantons peuvent soutenir les communes lors de la planification, de la création et de l'exploitation d'aires de séjour et de transit», a précisé Hannes Germann. Ils sont en même temps des interfaces importantes entre les offices cantonaux, les gens du voyage et leurs organisations ainsi que la population intéressée. *pb*

Documents du séminaire:

www.tinyurl.com/aires-de-sejour

En faveur de l'étape d'aménagement 2035

D'ici à 2035, le Conseil fédéral entend investir 11,5 milliards de francs dans l'infrastructure ferroviaire. Une variante prévoyant d'investir 7 milliards de francs d'ici 2030 a également été mise en consultation. L'Association des Communes Suisses (ACS) privilégie clairement l'étape d'aménagement 2035. Dans sa prise de position, elle demande que les mesures continuent à être optimisées et que les éventuelles économies soient investies dans des projets

supplémentaires. La première priorité vise l'aménagement partiel du tunnel de base du Lötschberg. De l'avis de l'ACS, il est impératif, lors de la mise en œuvre de toutes les mesures prévues, que les flux de pendulaires existants soient pris en considération et que les éventuelles détériorations de l'offre soient corrigées par des mesures compensatoires. Par ailleurs l'ACS estime qu'il est nécessaire que les désavantages déjà existants pour les zones de

migration pendulaire du fait de l'aménagement soient compensés le plus rapidement pour éviter que les communes concernées doivent subir à long terme les inconvénients dus à leur emplacement. *réd*

Avis politique:

www.tinyurl.com/avis-politiques



Modèles créatifs pour les soins aux personnes âgées

Les soins aux personnes âgées sont parmi ceux qui croissent le plus rapidement tant au niveau financier qu'en termes de personnel. Coup de projecteur sur des communes créatives et les revendications de l'ACS.

Les Suissesses et les Suisses vivent longtemps et souvent en bonne santé jusqu'à un âge avancé. Leur degré de dépendance augmente toutefois nettement à partir de 85 ans. Une personne de plus de 85 ans sur trois est moyennement à fortement dépendante. C'est un défi pour les proches qui dispensent chaque année globalement plus de 40 millions d'heures de soins à titre bé-

névole, et cela exige notamment un personnel toujours plus nombreux dans les services de soins à domicile et dans les EMS. Les soins aux personnes âgées constituent l'un des secteurs de la santé dont la croissance est la plus rapide, tant au niveau financier qu'en termes de personnel. Selon une étude du Credit Suisse, quelque 70 000 emplois à temps plein supplémentaires seront néces-

saires d'ici 2040, rien que dans les EMS. Alors que les coûts s'élevaient à environ 11 milliards de francs en 2014, l'Observatoire suisse de la santé (Obsan) prévoit qu'ils atteignent près de 18 milliards de francs d'ici 2030. Et les charges pour les pouvoirs publics ne cessent d'augmenter. L'Association des communes suisses (ACS) et l'Union des villes suisses ont déjà tiré la sonnette d'alarme



Alors que les coûts s'élevaient à environ 11 milliards de francs en 2014, l'Observatoire suisse de la santé (Obsan) prévoit qu'ils atteignent près de 18 milliards de francs d'ici 2030. Et les charges pour les pouvoirs publics ne cessent d'augmenter.

Photo: shutterstock

en 2015. Le nouveau régime de financement des soins introduit en 2011 a en effet déchargé les assureurs maladie et a entraîné un poids supplémentaire pour les pouvoirs publics.

Le financement résiduel est souvent totalement à la charge des communes

Le nouveau régime de financement des soins répartit les coûts pour les soins ambulatoires et stationnaires entre trois acteurs. Les contributions des caisses-maladie et la participation individuelle des patients (au maximum 21.60 francs par jour pour les prestations stationnaires et au maximum 15.95 francs pour les prestations ambulatoires) sont plafonnées à un montant fixe en francs. Les coûts résiduels sont variables et sont complètement à la charge des pouvoirs publics. Et comme la mise en œuvre du financement des soins est un véritable

patchwork fédéraliste, les coûts croissants de ce «financement résiduel» pèsent de façon très différente sur les villes et les communes suivant le modèle cantonal choisi. Dans 10 cantons sur 26, le financement résiduel est totalement à la charge des communes. A cela s'ajoute la participation indirecte des communes par le biais des prestations complémentaires (PC) versées aux personnes qui ne peuvent pas assumer elles-mêmes leur part individuelle aux coûts des soins, ainsi qu'aux frais de pension et d'assistance. Les contributions des caisses-maladie fixées par le Conseil fédéral en fonction du degré de dépendance sont quant à elles restées inchangées. L'ACS a critiqué à maintes reprises le fait que la participation financière des communes augmente alors que celle des assureurs baisse. Compte tenu de cette situation, de nouveaux mo-

dèles de financement, par le biais par exemple d'une assurance dépendance, gagnent en importance.

Les communes pas prises au sérieux

L'ACS insiste par ailleurs depuis des années auprès de la Confédération pour que les discussions sur l'organisation et le financement des soins de longue durée soient stimulées en y associant les communes et les villes. Dans un rapport sur les perspectives des soins de longue durée demandé par le Parlement, le Conseil fédéral a déjà reconnu, en mai 2016, l'importante charge fiscale qui pèse sur les cantons et les communes. Selon les associations communales, ce rapport reste toutefois beaucoup trop timide. Effectuée sur mandat de l'Office fédéral de la santé publique (OFSP), l'évaluation des effets du nouveau régime de financement des soins a été réalisée sans le concours des instances communales directement concernées. Le rapport de l'OFSP sur cette évaluation est sur le point d'être achevé et devrait être soumis au Conseil fédéral d'ici l'été prochain.

Dans un monitoring des cantons sur les soins aux personnes âgées publié en juin 2016*, Avenir Suisse a constaté qu'il était très difficile d'assurer des soins tenant compte de la topographie et de la démographie locales ainsi que des préférences et des ressources financières de la population. La demande de prestations ambulatoires et stationnaires ainsi que de diverses formes d'offres intermédiaires varie en effet fortement d'un canton à l'autre ainsi qu'à l'intérieur des cantons. Afin d'adapter rapidement l'offre à la demande, Avenir Suisse plaide en faveur d'un «juste milieu» entre «dirigisme» et solutions individuelles, totalement décentralisées et proches du marché. Selon l'étude, il est possible d'exploiter des synergies et d'économiser des coûts grâce à des régions d'approvisionnement et de planification au sein des cantons, à des centres régionaux qui proposent en même temps des prestations ambulatoires et stationnaires ainsi qu'à des associations de communes. Les auteurs militent aussi en faveur de contrats de prestations entre pouvoirs publics et organismes privés.

Dans le domaine des soins ambulatoires, les communes concluent en général des contrats de prestations avec leurs propres organisations de soins à domicile. Elles sont toutefois de plus en plus nombreuses à signer des conventions avec des services privés de soins à domicile. C'est par exemple le cas dans le canton de Soleure. Des ten-

dances similaires sont observables dans le secteur stationnaire. Des organisations sont créées au niveau régional, sous la forme d'associations de droit public ou de coopératives par exemple, qui sont souvent sous la responsabilité des communes impliquées. On trouve d'un autre côté des communes plus grandes qui exploitent leurs propres structures au sein de leur administration ou sous la forme d'entités juridiques autonomes.

La mise en réseau gagne du terrain

Selon une étude réalisée à la demande de la Fondation Age sur les «solutions d'alliance»**, les résultats des efforts de mise en réseau en matière de soins aux personnes âgées ne sont pas encore révolutionnaires. Ils sont néanmoins tout à fait encourageants. C'est ce que constate Andreas Sidler, responsable de la recherche et du transfert des connaissances au sein de la Fondation Age. Un nombre remarquable de prestataires de soins et d'offres d'accompagnement ambulatoires et stationnaires ont opté pour des solutions d'alliance. Malgré des exemples prometteurs, l'étude montre cependant aussi qu'un gros travail de persuasion doit encore être effectué. Les associations sont conscientes de cet impératif, note Andreas Sidler. En 2010, CURAVIVA Suisse a ainsi fait du thème des «solutions d'alliance» une priorité. Quant à l'Association suisse des services d'aide et de soins à domicile (Spitex), elle a intégré dans sa stratégie 2015 la mise en réseau horizontale et verticale de la chaîne thérapeutique ainsi que la coordination des interfaces entre les prestataires.

Exemples de bonne pratique de modèles ambulatoires ET stationnaires

Une majorité de Suissesses et de Suisses souhaite vivre aussi longtemps que possible de façon autonome entre ses quatre murs. La mise en réseau des divers prestataires est la clé qui permet de fournir des conditions de logement variées et de bonne qualité aux personnes âgées avec des offres de soins et d'accompagnement souples et transparentes. Dans cette édition, «Commune Suisse» présente une série d'approches créatives pour mettre en œuvre le principe «ambulatoire ET stationnaire». De l'avis des associations communales, l'accompagnement et les soins ambulatoires doivent être renforcés, mais pas de manière unilatérale. L'objectif est de proposer des chaînes de soins et d'accompagnement centrés sur les patients qui soient si possible efficaces et sans faille.

Les auteurs de l'étude d'Avenir Suisse estiment par ailleurs que le type d'accompagnement proposé aux personnes âgées ne doit pas être défini en fonction d'incitations financières mais de leur degré de dépendance. Celles qui ne sont que légèrement dépendantes devraient être prises en charge dans des structures de jour ou des appartements protégés et celles qui sont fortement dépendantes dans des homes. Des enquêtes montrent que ce n'est de loin pas toujours le cas. Certains pensionnaires d'EMS se trouvent dans des homes parce qu'ils ne pourraient sinon pas se payer la prise en charge nécessaire.

L'attribution actuelle des PC entrave l'évolution souhaitée

Selon la loi sur l'assurance maladie (LAMal), les prestations complémentaires (PC) ne sont versées que pour les soins et pas pour l'accompagnement. Alors que les taxes socio-hôtelières des EMS peuvent être financées grâce aux PC, ce n'est pas le cas des loyers des appartements protégés. C'est pourquoi les gens qui ont un bas revenu ne peuvent pas s'offrir cette solution intermédiaire toujours plus appréciée. Compte tenu du potentiel des soins à domicile, les associations communales exigent que l'on développe les structures intermédiaires comme les appartements protégés, afin de permettre aux personnes âgées de rester plus longtemps chez elles de manière autonome ou avec une assistance ambulatoire. Selon elles, cela signifie également que le recours à des séjours brefs dans des structures plus fortement

encadrées doit être simplifié. Pour assurer une meilleure coordination et collaboration dans les soins médicaux de base, les incitations tarifaires nécessaires devraient être créées dans le cadre de la réforme des PC actuellement en cours. Il devrait ainsi être plus facile d'avoir recours à des structures de prise en charge intermédiaires. Le Parlement se penche sur le financement des appartements protégés dans la réforme des PC actuellement en cours. La Commission de la santé du Conseil des Etats entend examiner comment il serait possible de prendre en compte ce type de logements dans le calcul des PC, afin que les personnes ayant besoin de soutien ne soient pas obligées d'entrer directement dans un home.

Denise Lachat, Claudia Hametner
Traduction: Marie-Jeanne Krill

*Avenir Suisse: De nouvelles mesures pour les soins aux personnes âgées. Monitoring des cantons 7, organisation et financement d'une mission toujours plus importante. Jérôme Cosandey, en collaboration avec Kevin Kienast

** Verbundlösungen für die Pflege und Betreuung im Altersbereich (Solutions d'alliance dans les soins et l'accompagnement des personnes âgées). Etude de CURAVIVA Suisse et de la Fondation Age en collaboration avec l'Association suisse des services d'aide et de soins à domicile (Spitex), réalisée par l'Institut d'économie de la santé de Winterthour, juin 2010 (uniquement disponible en allemand).

LiMA: l'ACS déplore les charges supplémentaires pour les pouvoirs publics

A la fin de 2017, le Tribunal administratif fédéral a décidé que la prise en charge, dans les homes médicalisés, des moyens et appareils de la liste officielle (LiMA) par l'assurance obligatoire des soins (AOS) devait être incluse dans les coûts globaux des soins. Cela signifie que des produits de la LiMA tels que pansements, béquilles ou appareils auditifs ne peuvent pas être facturés séparément et qu'ils sont uniquement couverts par le montant forfaitaire versé par les caisses-maladie et fixé par le Conseil fédéral. En d'autres mots, les coûts de la LiMA doivent être pris en charge par le responsable du financement résiduel, c'est-à-dire les pouvoirs publics. L'ACS s'est adressée en début d'année à l'Of-

fice fédéral de la santé publique (OFSP) pour critiquer cette évolution qui pénalise encore plus les communes déjà obligées d'assumer des dépenses croissantes pour le financement résiduel. A l'origine, la volonté du législateur était en effet de mettre en place un nouveau régime de financement des soins qui soit neutre du point de vue des coûts pour l'AOS. L'OFSP a également confirmé à plusieurs reprises que les coûts des produits de la LiMA n'avaient pas été pris en compte dans le calcul des contributions aux catégories de soins.

L'ACS demande que ces coûts soient intégrés dans l'adaptation des contributions des caisses-maladie dans le cadre de l'AOS.

La colocation: pas qu'une affaire de jeunes

Depuis 1998, le CMS de la région de Sierre propose des appartements en co-location pour les personnes âgées. Ils sont une option de plus comme alternative à leur domicile personnel. Deux habitantes racontent leur quotidien.



Rose Zabloz (à gauche) et Frida Tenud aiment bien se taquiner et s'amuse beaucoup ensemble. Elles sont deux de cinq locataires qui habitent l'appartement Domino au centre-ville de Sierre.

Photo: Florène Zufferey

C'est par une journée de pluie que deux des locataires du DOMicile Nouvelle Option ou plus brièvement le «Domino» du centre-ville de Sierre nous accueillent pour donner leurs impressions sur leur vie en communauté. L'accueil est fait par Rose Zabloz, de Miège, qui habite le Domino depuis deux ans. Une autre locataire, Frida Tenud, ne tarde pas à sortir de sa chambre pour venir nous saluer. Elle se souvient très vite qu'elle a été avertie de notre venue et est ravie de pouvoir participer à un article. Elle habite dans cet appartement depuis trois ans, ce qui fait d'elle la plus ancienne des locataires. Place est prise à la table où les

cinq résidents, quatre femmes et un homme, prennent toujours leur repas de midi ensemble. Frida Tenud nous propose même de prendre «sa» place à la table. C'est dans une ambiance bonne enfant que les deux valaisannes racontent comment se déroule leur quotidien dans leur appartement.

Passages quotidiens du CMS

Chaque jour, un membre du personnel du Centre médico-social (CMS) régional vient les voir pour s'occuper du dîner, du ménage et parfois, selon les besoins de chacun, des soins d'hygiène. Leur présence est très appréciée et permet

aux résidents de déléguer les tâches qu'ils ne sont plus aptes à remplir eux-mêmes. Aussi, Frida Tenud et Rose Zabloz expliquent qu'elles peuvent demander «tout ce qu'elles veulent» et que cela sera exécuté. Les prestations sont adaptées aux besoins des personnes. Si nécessaire, une prise en charge 24h/24h peut être organisée.

Les appartements Domino sont des espaces conçus pour faciliter l'intégration et le contact. Chaque appartement propose des lieux communs qui se situent à l'entrée des appartements. Cette configuration est un moyen de motiver le contact social entre colocataires. En pa-

rallèle, chacun dispose de son lieu de vie privé, une chambre avec salle de bain ou un studio, selon les appartements. Ainsi, chacun profite de son «chez-soi» tout en sachant qu'il peut compter sur la présence de ses colocataires et des auxiliaires de soins à domicile. Ces appartements permettent donc de conserver des contacts sociaux tout en respectant l'intimité et l'indépendance de chacun. De plus, les logements sont situés à proximité des commerces, afin de donner la possibilité à chaque résident de s'y rendre de façon autonome. Cette proximité est d'ailleurs considérée par les deux dames comme un réel atout.

Liberté et entraide

Pour Rose Zabloz et Frida Tenud, le Domino est également un endroit qui leur permet de «faire ce dont elles ont envie» lorsqu'elles sont seules. Chaque locataire garde sa sphère de liberté tout en sachant qu'il a des voisins sur qui il peut compter. Ainsi, Rose Zabloz explique une de ses chutes et comment une de ses voisines a rapidement pu appeler de l'aide extérieure. Les Dominos sont donc des espaces qui combinent liberté et entraide.

En parlant de liberté, il convient de relever que chacun a ses petites habitudes. Frida Tenud sort de façon quasi journalière pour aller se promener – pour elle, c'est important d'en profiter «tant que l'on peut». Rose Zabloz sort moins souvent car elle a «moins d'équilibre», mais cela ne l'empêche pas d'aller au magasin qui se situe à deux pas du logement et

d'y croiser ses colocataires tout comme de parfois prendre le café.

De la discussion avec les locataires, il ressort que les résidents font actuellement peu de choses ensemble. Frida Tenud fait d'ailleurs remarquer qu'«à l'époque on jouait beaucoup aux cartes, mais que cela, et c'est dommage, n'est plus le cas aujourd'hui». Malgré tout, elle répète à plusieurs reprises qu'ils «font des bons rires ensemble» lors des repas en commun. Comme dans toute colocation, les locataires ont leurs habitudes et partagent plus ou moins d'acti-

compagnie des autres et le fait de pouvoir compter sur eux. Ainsi, comme le signale Rose Zabloz, «on est bien, même si ce n'est pas à la maison». Au terme de la discussion, la séance photo promet de beaux fous rires et une constatation: certaines choses ne changent pas. Toutes deux ont tenu à aller se recoiffer avant de passer devant l'objectif.

38 lieux de vie Domino

Le concept des appartements Domino a émergé à la fin des années 1990 lorsque le personnel des services d'aide et de

«Les appartements à encadrement médico-social constituent un choix de plus pour les personnes âgées.»

Isabelle Pralong-Voide, directrice adjointe du CMS de la région de Sierre.



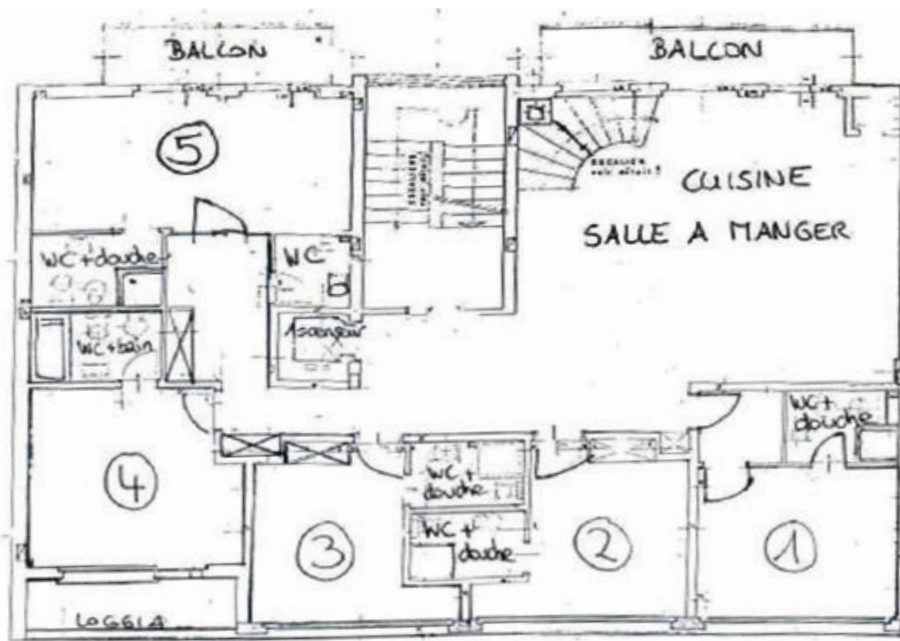
vités ensemble, selon les intérêts communs.

Au final, l'impression semble bonne. Bien qu'il arrive que certains se «fassent parfois la gueule», le lendemain tout est oublié. Aussi, les deux voisines de chambre ne cessent de se taquiner et rigolent beaucoup. Alors qu'elles ne se connaissaient pas avant de vivre ensemble, elles apprécient toutes deux la

soins à domicile a constaté que certaines personnes âgées n'étaient plus aptes à vivre dans leur domicile personnel mais trop autonomes pour aller dans un home. C'est de là qu'est venue l'idée de conceptualiser des appartements intégrés à encadrement médico-social. Ceux-ci offrent une nouvelle forme d'habitat à la population âgée, complémentaire aux structures existantes. Pour Isabelle Pralong-Voide, ils constituent «un choix de plus» pour les personnes âgées. De fait, aujourd'hui, le CMS de la région sierroise propose 38 lieux de vie. Fin 2016, ce sont 78 femmes et 41 hommes qui y ont habité dont 39 sont décédés sur place, 37 ont déménagé en EMS (établissements médico-sociaux) et 6 ont pu retourner dans un domicile personnel.^[1] Ainsi, ces appartements représentent bien une option de plus pour les personnes âgées et non une alternative.

Les appartements Domino en Valais

Depuis 2006, les appartements à encadrement médico-social sont réglementés par la Convention cadre entre le Département de la santé, des affaires sociales et de la culture (DSSC) et les Centres médico-sociaux régionaux (CMSR). En collaboration avec les communes, les CMS sont tenus d'organiser le développement d'appartements à encadrement médico-social dans leur région tout en garantissant les prestations de soins et d'aide à domicile. Cela doit



Les appartements Domino sont conçus pour faciliter le contact. Chaque appartement propose des lieux communs et des chambres privées avec salle de bain.

Illustration: mäd.



Les deux voisines de chambres ne se connaissaient pas avant de vivre en colocation. Aujourd'hui, elles s'apprécient beaucoup.

Photo: Florène Zufferey

se faire dans le respect des directives du Département de la santé, des affaires sociales et de l'énergie concernant les conditions à remplir pour l'exploitation d'un tel appartement ainsi qu'être adapté aux besoins de chaque région.

Offre adaptée à toutes les communes

Par conséquent, de telles structures existent dans plusieurs régions valaisannes: Sierre, Sion/Hérens/Conthey, Martigny/Entremont et Monthey/St-Maurice.^[2] Selon Isabelle Pralong-Voide, directrice adjointe du CMS, avoir choisi ce concept plutôt qu'un autre a permis d'avoir des appartements dans plusieurs quartiers et villages et d'ainsi permettre aux personnes âgées de se retrouver près du lieu où elles ont vécu. Par conséquent, l'offre est adaptée à des communes de toutes tailles. Concernant les coûts, le CMS a la volonté de pouvoir proposer des logements accessibles à tous. Comme dans n'importe quel domicile, le locataire paie son loyer et les frais qui lui sont inhérents. Les frais d'aide et de soins à domicile sont également à sa charge après déduction des participations des assurances sociales. Actuellement, les prestations complémentaires prennent en charge les frais des personnes à revenu modeste. De plus, les appartements proposés ont des loyers entre CHF 500.– et CHF 1200.–, ce qui permet l'accès à une large couche de la population.

Florène Zufferey

^[1] CMS Sierre. Statistiques DOMINO. Statistiques cumulées dès 2002.

^[2] Canton du Valais. Département de la santé, des affaires sociales et de la culture. Service de la santé publique. Planification des soins de longue durée 2016-2020. P. 21.

Un organisme au service des communes

Le Centre médico-social régional (CMSR) est une association intercommunale créée en 1976 dans le but de collaborer entre communes d'une même région. Il regroupe les communes de la région de Sierre et de Salquenen. Le Comité de direction et l'assemblée des délégués sont constitués de représentants communaux (par régions). Cet organisme est au service des communes, il répond à des mandats. Le déficit est financé par le canton (70%) et les communes membres (30%). Selon Isabelle Pralong-Voide, directrice adjointe du CMS, le but du CMS est de donner une réponse aux différents besoins de la population et de permettre un accès égal pour tous. Ainsi, «qu'une personne habite au fond d'une vallée ou au

centre-ville, elle doit pouvoir avoir accès aux mêmes prestations».

Le CMS a plusieurs mandats. L'un d'eux est l'aide et les soins à domicile. L'objectif est de proposer un seul interlocuteur pour les personnes âgées, de leur donner la possibilité de rester à domicile le plus longtemps possible tout en maintenant une bonne qualité de vie. Pour ce faire, toute une palette de prestations est proposée (magasin avec matériel de santé (en vente ou prêt), ergothérapie, visites à domicile, livraisons de repas à domicile, etc.). Des services bénévoles viennent compléter l'offre. L'appartement Domino est une des prestations proposées par les CMS dans le cadre de l'aide et des soins à domicile.

Les appartements Domino: pour qui et pourquoi

Les conditions d'entrée

- Volonté de la personne d'intégrer une colocation
- Minimum d'autonomie de la personne âgée

Les avantages pour la personne âgée

- Trouver un nouveau domicile dans son quartier ou village
- Garder ses relations et contacts
- Habiter dans un cadre rassurant
- Avoir de la compagnie
- Retrouver un rôle social et être intégré dans une communauté
- Vivre dans un logement adapté à ses besoins, libre de barrières architecturales

Les avantages pour les communes et le CMS

- Moins d'investissements sont nécessaires étant donné que les logements sont loués, dans la majorité des cas, à des privés
- Plus de flexibilité si par exemple un logement ne répond plus aux directives cantonales. Il suffit de résilier le bail et de chercher un nouvel appartement plus adapté.

Santé, autonomie et convivialité pour les seniors

Les communes sont au cœur de l'application des politiques vieillissement et santé. Elles relaient, soutiennent, s'impliquent et même initient les projets locaux. Exemples de bonnes pratiques dans les cantons du Valais et de Vaud.



Un groupe de découverte de plantes sauvages comestibles a été formé à Montagny. Il se retrouve dans la cuisine du local de rencontre et prépare un repas avec les plantes fraîchement cueillies.

Photo: mäd

L'évolution démographique montre un accroissement rapide du nombre de personnes âgées depuis 2012. L'Observatoire suisse de la santé a publié en juin 2017 un dossier sur la prise en charge des personnes âgées peu dépendantes de soins dans cinq cantons romands qui montre, au-delà de la diversité des situations et des choix politiques, une convergence vers la mise en place de moyens qui permettent le maintien à domicile le plus longtemps possible. Les structures intermédiaires, notamment le développement de réseaux capables d'intervenir en fonction des besoins réels, seront de

plus en plus favorisées. L'engagement des communes est vivement sollicité et les porteurs de projets locaux issus des milieux associatifs et institutionnels sont invités à s'informer sur la panoplie des aides mises à leur disposition pour concrétiser au mieux leurs initiatives. Les programmes de promotion de la santé sont un des axes majeurs pour le maintien de personnes âgées à domicile. En voici quelques exemples vertueux.

Swiss CHEF Trial: prévenir les chutes

L'initiative revient à la Haute Ecole spécialisée de Suisse occidentale (HES-SO)

Valais-Wallis qui a lancé une étude clinique dénommée «Swiss CHEF Trial». Elle a pour objet de comparer les effets de trois programmes d'exercices à domicile pour les personnes âgées à risque de chutes. L'étude est réalisée avec les médecins, le personnel des Centres Médicaux Sociaux et des centres hospitaliers; des physiothérapeutes interviennent au domicile des personnes âgées. Anne-Gabrielle Mittaz Hager, physiothérapeute et professeure à la HES-SO, est l'une des trois enseignants et chercheurs qui ont conçu le projet. Elle met le doigt sur un problème phy-

sique qui devient psychologique. «Les personnes à risque de chutes deviennent de plus en plus sédentaires parce qu'elles ont peur de tomber. Toute la difficulté est de les convaincre à se remettre en mouvement.»

La particularité du projet consiste à démontrer qu'une prise en charge totalement personnalisée permet de reprendre plus rapidement confiance et ainsi retrouver de l'autonomie. Elle se traduit par l'accompagnement par un physiothérapeute à domicile dans un premier temps jusqu'à ce que la personne âgée, grâce à des exercices physiques, récupère suffisamment de mobilité pour sortir à nouveau. Actuellement 120 personnes participent volontairement à l'étude, essentiellement dans le Valais romand, mais une extension de l'étude se fait dans le canton de Vaud organisée à partir d'une antenne basée à Lausanne. Les bénéfices escomptés sont de retarder l'entrée en EMS et de diminuer les coûts de santé publique. Anne-Gabrielle Mittaz Hager l'exprime très simplement: «Cela coûte moins cher de redonner confiance à une personne qui est tombée plutôt que de la laisser tomber dans sa santé.» Le projet a reçu le prix de la prestigieuse Fondation Leenaards qui lui a octroyé 450 000 francs pour mener à terme cette étude commencée en 2016. Dans sa forme actuelle, le projet n'implique pas l'engagement des communes, cependant ces dernières sont concernées dans la mesure où les économies de santé réalisées les touchent directement.

Label «Commune en santé »

Le Valais s'est montré innovant dans sa politique de la promotion de la santé en proposant aux communes un label, initié par Promotion Santé Valais, qui les distingue et met en valeur leurs actions dans ce domaine.

En Valais, une vingtaine de communes sont déjà labellisées depuis le lancement du projet en 2010, dont Vétroz et Grimisuat ont été les pionnières. La démarche repose sur le principe que les communes sont les plus à même de connaître les besoins de leur population et ont les capacités de jouer un rôle primordial dans la prévention et la promotion de la santé. Si le label englobe la santé de tous à travers différentes initiatives qui couvrent autant le domaine de l'alimentation que celui des activités physiques, la formule colle parfaitement à la volonté générale de créer des structures intermédiaires agiles et efficaces pour aider les aînés à occuper une place dans la communauté. Le label présente l'avantage de répondre à la difficulté

d'amener les politiques de santé jusque dans les plus petites communes, comme le village d'Icogne en Valais central qui compte moins de 600 habitants, labellisé en 2012 et 2015. L'expérience valaisanne a essaimé dans les cantons romands, notamment vaudois et genevois.

La santé par le lien social

Dans son rapport sur la politique sanitaire 2013-2017, le Conseil d'Etat du canton de Vaud affirmait la mise en œuvre de la politique cantonale «Vieillesse et Santé» qui comportait, entre autres, «l'élaboration, le déploiement et l'évaluation d'un programme d'actions de promotion de la santé et de prévention contribuant au maintien de l'autonomie et de l'indépendance des personnes vieillissantes». En 2014, l'ensemble des communes vaudoises, ainsi que des représentants d'associations actives auprès des seniors ont été conviés à trois Forums régionaux «Communes et seniors: ensemble en actions» qui ont réuni 140 participants. Ces rencontres ont permis de dégager des axes d'actions: développer l'information à disposition des communes sur les prestations et activités destinées aux seniors:

- favoriser les échanges de bonnes pratiques entre communes,
- organiser de nouvelles rencontres entre représentants communaux et associatifs, avec la participation d'experts, de professionnels et d'aînés.

Le parcours de Montagny

L'exemple de la commune de Montagny-près-Yverdon, village de 658 habitants dans le Nord Vaudois est édifiant. Tout a commencé avec la volonté farouche d'une municipale, Erica Sjøqvist Müller, qui ayant été informée du cas d'un aîné isolé à la santé chancelante dans le village, a décidé de retrousser ses manches et d'agir. Après avoir passablement irrité les responsables du CMS de Grandson, au bout d'un an sa pugnacité a été récompensée par une écoute attentive en 2012. A partir de l'histoire d'un homme âgé et isolé, toute une politique communale a été mise en place jusqu'à l'obtention du label «commune en santé» en août 2017.

Le parcours de Montagny illustre la force des politiques cantonales lorsqu'elles sont mises en pratique ensemble. En l'occurrence, Montagny a su utiliser les propositions vaudoises des villages so-



Un repas communautaire dans la salle de rencontre à Montagny (VD).

Photo: mäd

lidaires et la valeur incitative de la labellisation d'origine valaisanne.

Erica Sjøqvist Müller insiste sur la formidable coopération qui s'est installée entre les autorités communales et les professionnels de la santé et de projets communautaires qui ont œuvré pour mettre en place une plateforme avec des outils modernes pour la création de liens et la solidarité entre les habitants du village. Le choix s'est porté sur une collaboration avec Espace Prévention Nord Vaudois-Broye, le CMS et Pro Senectute qui a apporté la méthodologie «Village Solidaire», une adaptation de la méthodologie Quartiers Solidaires.

Durant près de deux ans, le groupe d'habitants a été accompagné par un animateur de Pro Senectute avec le concours d'Espace Prévention et le CMS. «Cet accompagnement professionnel nous a permis de travailler méthodiquement et d'éviter les erreurs dans la mise en route du projet. La coopération avec des professionnels évite de laisser une seule personne – pleine de bonnes intentions – s'épuiser lorsqu'elle essaie d'introduire de nouvelles méthodes!», souligne la municipale. Il était aussi important pour les autorités de répondre à un réel besoin des habi-

tants. En outre le projet laissait une grande souplesse aux habitants qui s'y engageaient. Travailler avec des intervenants de proximité est fondamental car ils connaissent parfaitement la réalité locale. Les autorités ont aussi mis un local de rencontre à la disposition des habitants. Situé au centre du village, ce local est facilement accessible et comprend une petite cuisine bien équipée, des sanitaires et une salle avec un coin salon et des chaises et des tables pour une bonne trentaine de personnes. C'est ici que le café contact hebdomadaire a lieu et où les repas et autres rencontres sont organisés régulièrement. C'est également devenu le point de départ des promeneurs du mardi matin.

«Le projet ciblait dans un premier temps les 55 ans et plus, mais nous avons assez vite remarqué qu'ils se sentaient souvent trop jeunes et que les 85 ans et plus avaient juste envie de participer ponctuellement. A Montagny, le projet s'ouvre peu à peu à toutes les générations et en organisant des événements intergénérationnels, nous avons pu créer une base solide pour concrétiser d'autres initiatives ensemble et des vrais liens humains.»

La municipalité participe et soutient activement l'association «Montajoie» qui s'est créée en juin 2016, résultat direct de l'implication dans le projet Village Solidaire. La labellisation de «Commune en santé» avec deux étoiles depuis le mois d'août 2017 incite Montagny à continuer d'œuvrer dans ce sens.

Anne Devaux

Infos:

www.swiss-chef-trial.ch
www.labelcommunesante.ch
www.quartiers-solidaires.ch

Construire un réseau local pour les seniors. Une brochure pour promouvoir la santé et la qualité de vie des personnes âgées dans les communes

La commune est l'espace le plus propice à la prise en compte et au développement de la santé des seniors, dans toutes ses dimensions. La promotion de l'activité physique et l'intégration sociale des personnes âgées leur permettent de maintenir leur autonomie jusqu'à un âge avancé. Il existe aujourd'hui, notamment dans les communes d'une certaine importance, tout un éventail d'offres pour la population âgée – cours, manifestations, groupes de gymnastique et de randonnée, etc. Les autorités communales ne disposent que rarement d'une vision exhaustive de l'ensemble des offres, généralement complexe et peu coordonné.

C'est ici qu'intervient le projet «Réseau communal d'activité physique et de rencontres pour les personnes âgées». L'expérience développée dans plusieurs communes-pilotes montre qu'il est possible, via les réseaux communaux, de promouvoir la santé chez les personnes âgées, d'utiliser plus efficacement les ressources existantes et d'orienter davantage le développement

des offres en fonction des besoins de la population âgée. Afin de soutenir concrètement les communes dans la mise en œuvre de tels réseaux, Promotion Santé Suisse a publié une brochure et un guide pratique de planification.



Guide de planification Réseaux communaux d'activité physique et de rencontres pour les personnes âgées.



Construire un réseau local pour les seniors. Une brochure pour promouvoir la santé et la qualité de vie des personnes âgées dans les communes.

Un concept qui mise sur la porosité dans l'offre des soins

Appartements protégés, centre de jour et EMS: la Fondation Beau-Séjour combine trois structures séparées, mais proches géographiquement. Leur complémentarité est un défi organisationnel, mais un atout pour les résidents.

Vue du centre Panorama avec le centre d'accueil temporaire (CAT), le centre de loisir et la salle à manger au rez-de chaussée. Il constitue une des trois structures de la Fondation Beau-Séjour à Vevey. Pour venir de la résidence de La Cité avec ses appartements protégés, les locataires n'ont qu'à traverser le petit jardin public devant le Panorama.

Photo: mäd



A Vevey, la Fondation Beau-Séjour gère trois structures d'accueil pour les personnes âgées en plein cœur de la ville. Géographiquement séparées, elles sont à un jet de caillou les unes des autres. Les seniors, en fonction de leur état de santé et de leur degré de dépendance, résident à l'EMS Beau-Séjour, fréquentent le centre de jour «Panorama»

ou sont locataires d'un appartement protégé au sein de la résidence «La Cité». La location d'un appartement protégé est une étape importante dans l'acceptation des besoins spécifiques liés à l'avancée dans le grand âge. Henri Boiron, le directeur de la fondation, met en avant la complémentarité des trois centres et les avantages de la porosité

qui existe entre eux sans omettre ni les difficultés ni les limites du système.

La sécurité: un principe, une obligation

La Cité est la dernière des trois structures de la Fondation Beau-Séjour à avoir été construite, en 2005, en même temps que le centre commercial du Simplon en plein centre-ville. Elle est com-

posée de 26 appartements dont la superficie est de 50 ou de 40 m² sur trois étages. Ils sont destinés à des personnes légèrement dépendantes. La seule prestation obligatoire dont les locataires doivent s'acquitter, en plus de leur loyer, est l'encadrement sécuritaire qui s'élève à 150 francs par mois. Cette prestation distingue la résidence protégée du domicile de tout un chacun. Elle constitue également un élément de tranquillité pour les proches de la personne qui ne peuvent pas s'en occuper à la hauteur de ses besoins, qu'elles qu'en soient les raisons.

Au-delà de l'encadrement sécuritaire, la Fondation Beau-Séjour a mis sur pied sa propre organisation de soins à domicile. La petite équipe de trois personnes apporte une sécurité psychologique aux locataires qui ont besoin de soins. Les liens de confiance sont plus faciles à établir.

Lorsqu'il y a des absences au sein de l'équipe de La Cité, le personnel soignant de l'EMS peut venir en soutien et

loisir et une salle à manger représente un autre lieu stratégique où tous les bénéficiaires de la Fondation Beau-Séjour peuvent se fréquenter et participer à des activités ensemble. Henri Boiron remarque: «Souvent, les CAT sont intégrés dans les murs des EMS. L'indépendance des deux lieux facilite la fréquentation du CAT. Les gens sont moins craintifs lorsqu'ils ne viennent pas en EMS.» Cette porosité entre les trois structures amène assez naturellement les locataires de La Cité ou les bénéficiaires du CAT à privilégier l'EMS de Beau-séjour si leur état de santé les oblige à entrer en institution. Parfois, le chemin se fait en sens inverse et après un séjour à l'EMS, un retour à plus d'indépendance peut amener un résident à devenir locataire de La Cité.

La demande pour des appartements protégés dépasse largement l'offre

Le directeur de la fondation le reconnaît, la marge de rentabilité des appartements protégés est faible. «Lorsqu'un

«Souvent, les CAT sont intégrés dans les murs des EMS. L'indépendance des deux lieux facilite la fréquentation du CAT. Les gens sont moins craintifs lorsqu'ils ne viennent pas en EMS.»

Henri Boiron, directeur de la Fondation Beau-Séjour à Vevey



vice et versa. Cependant, le système a ses limites, comme le souligne Henri Boiron. Lorsqu'un locataire a des difficultés relationnelles avec le personnel soignant ou s'il y a trop de personnel à remplacer à l'EMS, il faut recourir au personnel du CMS de Vevey. Ce qui ne pose pas de problème car l'intégration des structures de la fondation au centre de la ville permet une collaboration fructueuse entre les institutions.

Encourager le lien social

Sur place, au sein de la résidence, impossible de ne pas croiser un voisin à un moment ou à un autre. De nombreuses parties communes extérieures et intérieures favorisent les rencontres, voire incitent à la sociabilité comme les coursives qui longent les appartements et deviennent des lieux de petits rassemblements entre voisins l'été.

Le «Panorama» qui héberge le centre d'accueil temporaire (CAT), le centre de

locataire ne paye pas son loyer, c'est pour notre pomme.» Tous les tarifs, loyers et prestations obligatoires, sont compatibles avec la prise en charge par des prestations complémentaires au bénéfice d'un locataire. Les demandes de remboursement des soins à domicile des appartements protégés ont été parfois compliquées à cause de demandes de justifications très pointilleuses.

Cependant, pour Henri Boiron, cette formule représente l'avenir. Actuellement, il reçoit trois à quatre demandes par semaine pour un appartement protégé, alors que seulement quatre à six appartements se libèrent par an. La liste d'attente s'élève à 60 personnes, même s'il faut relativiser ce nombre car la situation des demandeurs peut vite changer.

Une vision d'avenir

La fondation a un projet de construction de 24 appartements protégés à Vevey qui se situeront à une distance de 1 kilo-

mètre environ de l'EMS. Mais dans l'idée du directeur, le principe de l'encadrement sécuritaire pourrait se développer directement au domicile des personnes et aussi dans les EMS. L'important est de ne pas fabriquer «des ghettos» selon l'expression de cet homme dont la profonde humanité est marquée par 30 ans d'expérience dans le domaine de l'accueil des personnes âgées plus ou moins dépendantes.

Petite visite impromptue

Au cours de la visite de l'immeuble des appartements protégés, Henri Boiron appuie sur une sonnette par hasard, puis sur une autre. Personne! La chance tourne à la troisième tentative, Françoise Van der Mensbrugge ouvre la porte. La sémillante vieille dame de 85 ans est ravie de recevoir la visite inattendue du directeur qu'elle qualifie comme «un peu le grand frère de tout le monde ici». Elle est arrivée le 1^{er} avril 2017 après





Une locataire de la résidence La Cité composée de 26 appartements en plein centre-ville de Vevey va promener son chien. Sur la gauche, on voit les portes d'entrée des appartements.

Photo: mäd

deux ans sur la liste d'attente, alors qu'une série de problèmes de santé la mettait en difficulté. Aujourd'hui, elle a retrouvé toute sa mobilité, mais elle n'a cependant pas l'intention de quitter son petit appartement qu'elle a meublé elle-même. Ici, elle peut conjuguer indépendance et sécurité grâce au système d'appel à l'aide. Henri Boiron constate que le petit appareil est posé sur l'étagère la plus basse de la bibliothèque. Françoise rit de bon cœur et lui explique malicieusement: «Si je tombe, je ramperai pour

l'attraper. Certains locataires le mettent dans leur frigidaire ou même au congélateur!»

Au-delà de la plaisanterie, elle apprécie énormément l'organisation de la résidence qui lui permet de recevoir des soins quand elle en a besoin tout en gardant la liberté d'organiser sa vie quotidienne à sa guise. Et puis, elle est intransigeante sur l'amitié qui règne entre les locataires. L'aménagement de l'immeuble avec des coursives couvertes facilitent les rencontres entre eux et ils

n'hésitent pas à s'y convier à des apéros et autres petites festivités, surtout l'été. Françoise a aménagé un petit coin sur la terrasse collective avec une table et des chaises rose pétant qu'elle a baptisé «le coin Barbie», et la voilà partie encore d'un grand rire!

Anne Devaux

Infos:
www.fondationbeausejour.ch

Publicité

Nous rendons l'e-government possible.

Avec nos solutions de paiement numériques.

postfinance.ch/e-government ou téléphone 0848 848 848 (tarif normal).

PostFinance 

Ein gutes Jahr?

«Die Reise von einem Kap zum nächsten, genauso wie ein Geburtstag, führt uns die Tatsache vor Augen, dass wir wieder ein Jahr weniger haben, um unsere Träume zu verwirklichen.» Während der Festtage am Ende des Jahres denke ich regelmässig an diese Worte von Mike Horn, dem berühmten Extremsportler.



In der Schweiz verdanken wir den ersten Kanzler der Eidgenossenschaft niemand Geringerem als Napoleon Bonaparte. Um der Unruhe in der Helvetischen Republik (1798–1802) Herr zu werden, erliess er 1803 die sogenannte Mediationsakte, die in Artikel 38 Folgendes erwähnt: «Ein Kanzler und ein Staatsschreiber, welche die Tagsatzung für zwei Jahre zu ernennen hat, folgen jedesmal dem Staatssiegel und den Protokollen.» So entstand 45 Jahre vor der Schaffung des modernen föderalistischen Staates die Schweizerische Bundeskanzlei. Der Kanzler musste seinen Wohnsitz am Ort des Vorsitzes der Tagsatzung haben und daher jedes Jahr umziehen. Der erste Kanzler, Jean-Marc Mousson (1776–1861), liess also den Wagen bespannen, packte Frau, Kinder und Papiere hinein und machte sich zwischen Weihnachten und Neujahr auf den Weg. Sein Sohn Albert erzählt in seinen Memoiren von der Tortur der strapaziösen Reise, die die Familie auf sich nehmen musste, statt wie alle anderen geruhsame und friedliche Feiertage zu verbringen.

Heute wünsche ich Ihnen, dass das neue Jahr Ihnen die nötige Gelassenheit dafür bringt, die Idee einer unmöglichen Perfektion loszulassen. Trotzdem wollen wir uns weiterhin mit viel Engagement für unsere Behörden und unseren Verband einsetzen. Ist nicht Handeln die beste Medizin gegen Ängste? Allen ein gutes und glückliches neues Jahr!

*Rémy Voirol,
Stadtschreiber von Neuenburg*



Wie können Behörden glaubhaft bleiben angesichts des Wandels in der Demokratie? Unser gemeinsames Kolloquium will dieser Frage nachgehen. Bild: zvg.

Demokratie im Wandel – was heisst das für uns?

Die Fachtagung vom Freitag, 16. März 2018, im Temple du Bas von Neuenburg beschäftigt sich mit der Frage, wie Städte und Gemeinden dem Wandel in der Demokratie begegnen sollen.

Hat unser politisches System ein Imageproblem? Gibt es in der Politik zu viele Eigeninteressen, sodass das Gesamtwohl zu kurz kommt? Wird zu viel Zeit für die Suche nach Schuldigen statt für das Finden von Lösungen verwendet? Unter der Moderation der Journalistin Nathalie Randin gehen Expertinnen und Experten sowie Politikerinnen und Politiker diesen und weiteren Fragen auf den Grund. An der gemeinsamen Fachtagung der Schweizerischen Konferenz der Stadt- und Gemeindeschreiber (SKSG), des Schweizerischen Städteverbands (SSV) und des Schweizerischen Gemeindeverbands (SGV) werden verschiedene Handlungsfelder und Entwicklungstendenzen diskutiert, welche die Zusammenarbeit, das Bild und die Glaubwürdigkeit von Exekutive, Parlament und Verwaltung beeinflussen.

Folgendes Programm erwartet Sie an unserem Anlass:

- Hat das politische System ein Imageproblem?
Podiumsdiskussion mit Johanna Gapan, Gemeinderätin Bulle; Susanne Hartmann, Stadtpräsidentin Wil (SG); Antoine de Montmollin, Parlamentspräsident der Stadt Neuenburg; Martin Wey, Stadtpräsident Olten.
- Kommunalpolitik morgen – Wohin entwickelt sich unser demokratisches System?
Andreas Ladner, Professor für Schweizerische Verwaltung und institutionelle Politik, IDHEAP, Universität Lausanne.
- Ein musikalischer Streifzug:
Martin O., Musiker und Stimmartist.

- Krise der Eliten – Vertrauen schaffen im 21. Jahrhundert:
Michael Hermann, Geschäftsführer Forschungsstelle sotomo Gesellschaft, Politik & Raum, Zürich.
- Grusswort:
Fabio Bongiovanni, Präsident des Gemeinderates der Stadt Neuenburg.
- Die Kommunikation der öffentlichen Hand: Herausforderung durch neue Medienkanäle:
Christophe Chaudet, Leiter der Abteilung Nachrichten und Sport von RTS.
- Gemeinden und Privatwirtschaft: Unterschiede beim Besetzen von Schlüsselpositionen?
Markus Theiler, Geschäftsführer der Jörg Lienert AG.
- Demokratische Mitwirkungsverfahren, ein Alibiprozess?
Barbara Schwickert, Gemeinderätin der Stadt Biel.
- Ausübung eines öffentlichen Mandats: eine immer heiklere Aufgabe:
Dominique de Buman, Nationalratspräsident.
- Carte Blanche:
Peter Rothenbühler, Journalist und Buchautor.

Wir freuen uns darauf, Sie in Neuenburg zu diesem Anlass begrüßen zu dürfen.

Information:

Anmeldung bis spätestens 2. März 2018 unter www.staedteverband.ch, www.chgemeinden.ch oder www.stadtschreiber.ch;
Kosten: Fr. 350.– für Mitglieder der SKSG, des SSV oder des SGV; Fr. 420.– für Nichtmitglieder. Sprachen: Deutsch und Französisch, mit Simultanübersetzung

Für Ausbauschritt 2035

Startpaket für Gemeinde- politiker/-innen

29

Kreative Modelle für die Alterspflege gesucht

Alterspflege gehört zu den in personeller wie in finanzieller Hinsicht am schnellsten wachsenden Sektoren. Sie belastet Kantone wie Gemeinden einseitig. Ein Blick auf die Forderungen des SGV und auf kreative Modelle.



Schweizerinnen und Schweizer sind langlebig und häufig auch gesund bis ins hohe Alter. Allerdings steigt die Pflegebedürftigkeit ab 85 markant: Jede dritte Person über 85 Jahren ist mittel bis schwer pflegebedürftig. Das

fordert Angehörige, die zusammen jährlich über 40 Millionen freiwillige Pflegestunden leisten, und das fordert eine wachsende Zahl von Pflegepersonal im Spitex-Bereich und in Alters- und Pflegeheimen.

Öffentliche Hand einseitig belastet
Alterspflege ist einer der Bereiche des Gesundheitssektors, die in personeller wie in finanzieller Hinsicht am schnellsten wachsen. Laut einer Studie von Credit Suisse braucht es bis 2040 allein in



Das Gesundheitsobservatorium Obsan prognostiziert einen Anstieg der Kosten für die Alterspflege bis 2030 auf knapp 18 Milliarden Franken, während es 2014 noch rund 11 Milliarden waren.

Bild: shutterstock

noch rund 11 Milliarden waren. Die Belastung für die öffentliche Hand steigt und steigt. Zusammen mit dem Städteverband schlug der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) bereits 2015 Alarm: Die 2011 eingeführte Neuordnung der Pflegefinanzierung habe die Krankenversicherer entlastet und zu einer einseitigen Mehrbelastung der öffentlichen Hand geführt.

Oft tragen die Gemeinden die gesamte Restfinanzierung der Pflege

Mit der neuen Pflegefinanzierung werden die Kosten für die ambulante und stationäre Pflege auf drei Träger verteilt. Die Beiträge der Krankenkassen und die Eigenbeteiligung der Patienten (maximal 21.60 Franken pro Tag in stationären Einrichtungen, maximal 15.95 Franken bei ambulanten Leistungen) sind auf einen fixen Frankenbetrag plafoniert, die restlichen Kosten sind variabel und gehen voll zulasten der öffentlichen Hand. Und da die Umsetzung der Pflegefinanzierung ein veritabler föderalistischer Flickenteppich ist, belasten die steigenden Kosten dieser «Restfinanzierung» Städte und Gemeinden je nach kantonalem Finanzierungsmodell unterschiedlich. In zehn von 26 Kantonen geht die Restfinanzierung vollumfänglich zulasten der Gemeinden. Hinzu kommt die indirekte Beteiligung der Gemeinden an den Pflegekosten, die über die Ergänzungsleistungen (EL) an jene Personen geht, die ihren Anteil an den Pflegekosten sowie die Pensions- und Betreuungskosten nicht selbst tragen können.

Die Krankenversicherungsbeiträge wurden demgegenüber durch den Bundesrat differenziert nach dem Pflegebedarf festgesetzt und blieben unverändert. Der SGV hat wiederholt kritisiert, dass der Finanzierungsanteil der Gemeinden steigt, während jener der Krankenversicherer rückläufig ist.

Evaluation der Pflegefinanzierung geht nächstens an den Bundesrat

Vor diesem Hintergrund erhalten neue Finanzierungsmodelle, wie zum Beispiel die Einführung einer Pflegeversicherung, zunehmend Bedeutung. Zudem pocht der SGV gegenüber dem Bund seit Jahren darauf, dass die Diskussionen über die Organisation und die Finanzierung der Langzeitpflege unter Einbezug der Gemeinden und Städte vorangetrieben werden. Bereits im Mai 2016 hat der Bundesrat in dem vom Parlament geforderten Bericht über die Perspektiven der Langzeitpflege die grosse steuerliche Belastung der Kantone und Gemeinden anerkannt. Aus Sicht der Kommunalverbände ist dieser Bericht allerdings viel

zu zurückhaltend ausgefallen. Auch die vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) extern in Auftrag gegebene Evaluation zu den Auswirkungen der Neuordnung der Pflegefinanzierung verlief ohne Mitwirkung der direkt betroffenen kommunalen Ebene. Der Bericht zur Evaluation steht kurz vor Abschluss durch das BAG; er sollte dem Bundesrat bis im Sommer 2018 vorgelegt werden.

Die Suche nach der «goldenen Mitte»

Avenir Suisse hat in einem Kantonsmonitoring zur Alterspflege vom Juni 2016* festgestellt, dass es sehr schwer ist, eine Versorgung sicherzustellen, die der lokalen Topografie und Demografie sowie den Präferenzen und finanziellen Ressourcen der Bevölkerung Rechnung trägt. Denn die Nachfrage nach ambulanten und stationären Dienstleistungen sowie nach diversen Formen der intermediären Entlastungsangebote unterscheidet sich von Kanton zu Kanton und auch innerhalb der Kantone stark. Um das Angebot möglichst rasch an die Nachfrage angleichen zu können, plädiert Avenir Suisse für eine «goldene Mitte» zwischen «Dirigismus» und vollständig dezentralen, marktnahen und individuellen Lösungen. Mit Versorgungs- und Planungsregionen innerhalb der Kantone, mit regionalen Zentren, die ambulante und stationäre Leistungen aus einer Hand anbieten, und mit Gemeindeverbänden liessen sich Synergien nutzen und Kosten sparen, heisst es in der Studie.

Weiter plädieren die Autoren für Leistungsvereinbarungen zwischen der öffentlichen Hand und Privaten. In der Regel schliessen die Gemeinden im Bereich der ambulanten Pflege Leistungsvereinbarungen mit den eigenen Spitex-Organisationen ab. Zunehmend gibt es auch Gemeinden, die mit privaten Spitex-Anbietern Vereinbarungen abschliessen; dies ist beispielsweise im Kanton Solothurn der Fall. Im stationären Bereich lassen sich ähnliche Tendenzen feststellen: Es werden regionale Organisationen gebildet, etwa in Form von Zweckverbänden oder Genossenschaften, die häufig in der Verantwortung der beteiligten Gemeinden stehen. Andererseits gibt es grössere Gemeinden, die eigene Einrichtungen als Teil der Verwaltung oder als selbstständige Rechtspersonlichkeiten betreiben.

Verbundlösungen gewinnen an Terrain

Gemäss einer im Auftrag der Age-Stiftung durchgeführten Studie zur Frage der «Verbundlösungen»** sind die Resultate bisheriger Vernetzungsbemühungen im Bereich der Pflege im Alter

Pflegeheimen bis zu 70 000 zusätzliche Vollzeitstellen in der Pflege; das Gesundheitsobservatorium Obsan prognostiziert einen Anstieg der Kosten für die Alterspflege bis 2030 auf knapp 18 Milliarden Franken, während es 2014

zwar «noch nicht bahnbrechend, aber durchaus ermutigend», wie Andreas Sidler, Bereichsleiter Forschung und Wissensvermittlung bei der Age-Stiftung, in einem Kommentar feststellt. Bereits hätten sich eine beachtliche Anzahl stationärer und ambulanter Anbieter von Betreuung und Pflege in Verbundlösungen zusammengefunden. Die Studie zeige aber auch, dass trotz vielversprechenden Beispielen noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten ist. Die Verbände hätten diese Pflicht erkannt, schreibt Sidler. So habe Curaviva Schweiz 2010 das Thema «Verbundlösungen» als Schwerpunkt gesetzt, der Spitex Verband Schweiz habe die horizontale und vertikale Vernetzung der Behandlungskette sowie die Koordination der Schnittstellen zwischen den Leistungserbringern in die Spitex-Strategie 2015 integriert.

Ambulant und stationär: Best-Practice-Beispiele kreativer Gemeinden

Eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer wünscht sich, möglichst lange in den eigenen vier Wänden autonom zu bleiben. Vernetzung unter den Dienstleistern ist ein Schlüssel, um vielfältige und gute Wohnmöglichkeiten für alte Menschen mit einem flexiblen und durchlässigen Betreuungs- und Pflegeangebot anzubieten. Die «Schweizer Gemeinde» zeigt in dieser Ausgabe eine Reihe von kreativen Ansätzen, wie das Prinzip «ambulant und stationär» gesetzt werden könnte. Denn die ambulante Pflege und Betreuung sind aus Sicht der Kommunalverbände zu stärken, aber nicht einseitig. Ziel sind möglichst lückenlose und effiziente, auf die Patienten ausgerichtete Versorgungsketten und Betreuungsketten.

Fehlende Ergänzungsleistungen für betreutes Wohnen in der Kritik

Die Autoren der Avenir-Suisse-Studie unterstreichen ihrerseits, dass die Art der Betreuung von Betagten nicht durch finanzielle Anreize, sondern in Abhängigkeit von ihrer Pflegebedürftigkeit bestimmt werden soll. Leicht Pflegebedürftige sollten daheim, in Tagesstrukturen oder in betreuten Wohnungen gepflegt werden, Schwer Pflegebedürftige im Heim. Das ist, wie Untersuchungen gezeigt haben, längst nicht immer der Fall: Es gibt Pflegeheimbewohner, die eigentlich keine Pflege bräuchten und nur deshalb im Heim sind, weil sie sich Pflegedienstleistungen sonst nicht leisten könnten. Denn aktuell werden gemäss dem Krankenversicherungsgesetz (KVG) nur Ergänzungsleistungen (EL) für die Pflege ausgerichtet, nicht aber für die Betreuung. Im Unterschied zu Heim-

taxen gibt es für Wohnungen mit betreutem Wohnen keine EL, weshalb sich wirtschaftlich Schwächere diese immer beliebteren Zwischenformen nicht leisten können. Angesichts des Potenzials für die Pflege zu Hause verlangen die Kommunalverbände, die intermediären Strukturen wie das betreute Wohnen seien auszubauen, um älteren Menschen zu ermöglichen, länger selbstständig oder mit ambulanter Unterstützung in einem eigenen Haushalt leben zu können. Dies bedeutet aus ihrer Sicht aber auch, dass die Inanspruchnahme von Kurzetaufenthalten in intensiver betreuten Strukturen vereinfacht werden muss. Betreffend die laufende EL-Reform fordern sie beispielsweise im Hinblick auf eine bessere Koordination und Zusammenarbeit in der medizinischen Grundversorgung, tarifliche Anreize dergestalt zu schaffen, dass es künftig leichter möglich wird, auch intermediäre Betreuungsstrukturen in Anspruch zu nehmen. Das Parlament beschäftigt sich mit der Frage der Finanzierung des betreuten Wohnens im Rahmen der laufenden EL-Reform. Die Gesundheitskommission des Ständerats will prüfen, wie das betreute Wohnen im Alter bei der Berechnung der EL berücksichtigt werden könnte, damit unterstützungsbedürftige Menschen nicht gleich in ein Pflegeheim eintreten müssen.

Denise Lachat, Claudia Hametner

*Avenir Suisse, Kantonsmonitoring 7, Neue Massstäbe für die Alterspflege, Organisation und Finanzierung einer gesellschaftlich immer wichtigeren Aufgabe, Jérôme Cosandey, unter Mitarbeit von Kevin Kienast.

** Verbundlösungen für die Pflege und Betreuung im Altersbereich, Eine Studie von der Age Stiftung und Curaviva Schweiz in Kooperation mit dem Spitex Verband Schweiz, durchgeführt vom Winterthurer Institut für Gesundheitsökonomie, Juni 2010.

Der Schweizerische Gemeindeverband kritisiert auch die weitere Belastung der öffentlichen Hand durch MiGeL

Ende 2017 entschied das Bundesverwaltungsgericht, dass die Entschädigung für die Verwendung von Mitteln und Gegenständen der gesetzlichen Liste (MiGeL) in Pflegeheimen durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) als Teil der gesamten Pflegekosten zu behandeln sei. Das bedeutet, dass MiGeL wie Verbandsmaterial, Krücken, Hörhilfen nicht separat abgerechnet werden können, sondern lediglich mit dem vom Bundesrat festgelegten, fixen Betrag der Krankenkassen abgedeckt werden. Mit anderen Worten: MiGeL-Kosten müssen über die Restfinanzierung und damit von der öffentlichen Hand abgegolten werden. Der Schweizerische

Gemeindeverband (SGV) hat diese Entwicklung, welche die Gemeinden zusätzlich zu den bereits steigenden Ausgaben für die Restfinanzierung weiter belastet, gegenüber dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) Anfang Jahr kritisiert. Denn ursprünglich sei die Absicht des Gesetzgebers gewesen, die neue Pflegefinanzierung für die OKP-Versicherung kostenneutral zu gestalten. Das BAG habe auch wiederholt bestätigt, dass die Kosten für MiGeL-Produkte bei der Berechnung der Beiträge an die Pflegestufen nicht mitberücksichtigt worden seien. Der SGV verlangt, dass die Anpassung der Krankenkassenbeiträge an die OKP diese Kosten miteinschliesst.



In Bronschhofen (SG) ist ein Gebäude mit 80 Wohnungen geplant, für alte Menschen wie auch für Familien. Für Senioren werden Wohnungen eingerichtet, in denen sie bis an ihr Lebensende bleiben können. Sie werden von den Spitex-Mitarbeitenden versorgt, deren Stützpunkt im Quartierzentrum integriert ist.

Bild: Thurvita AG

Alte Menschen sollen mitten im Leben stehen können

Die Ansprüche an Alterseinrichtungen wandeln sich. Gefragt sind Pflege- und Wohnkonzepte, in denen die Grenze zwischen ambulant und stationär verwischt wird. Zwei St. Galler und zwei Thurgauer Gemeinden machen es vor.

Das Restaurant «Chez Grand Maman» im Alterszentrum Sonnenhof in Wil (SG) wirkt an diesem düsteren Wintertag hell und einladend. Auf den Tischen liegen lilafarbene Speisekarten. Die Farbe des modernen Logos wiederholt sich am

schmucken Verkaufsstand, an dem unter anderem Eingemachtes, Guetzi und Sirup angepriesen werden. Die traditionellen und teils geheimen Rezepte stammen von Bewohnerinnen und Bewohnern. Ebenso wie die Ideen für die

wechselnden Gerichte, «Pastetli mit Brätkügeli an Pilzrahmsauce» etwa oder «Rinds-Saftplätzli mit Kartoffelstock». Alard du Bois-Reymond, der CEO der Thurvita AG, isst regelmässig hier. Die Thurvita ist eine gemeinnützige Aktien-

gesellschaft, welche 2013 von Wil (SG), Niederhelfenschwil (SG), Rickenbach (TG) und Wilen (TG) ins Leben gerufen wurde. «Das Restaurant passt gut zu unserer Leitidee, dass alte Menschen mitten im Leben stehen sollen», sagt du Bois-Reymond. Es ermöglicht Kontakte zum Quartier, involviert die Betagten und trägt zu einem selbstbestimmten Alltag bei.

«Chez Grand Maman» verköstigt allerdings nicht nur vor Ort. Es betreibt auch einen Internetshop (grosi.net) und ist mit einem APE Piaggio regelmässig auf dem Wochenmarkt in Wil präsent. Der Gastrobetrieb hat für die Thurvita strategische Bedeutung. In Bronschhofen (SG), wo die Thurvita eine grössere Überbauung plant, soll er dereinst ein weiteres Restaurant führen und einen natürlichen Austausch zwischen den Generationen anregen. «Die Begegnungen sollen in der realen Welt stattfinden und nicht inszeniert werden», sagt Geschäftsführer du Bois-Reymond. Dies schaffe Lebensqualität.

Älter werden im Quartier

Nach dem Motto «Älter werden im Quartier» sind fünf Gebäude mit 80 Wohnun-

gen geplant, wovon 34 für ältere Menschen und 45 für Familien sowie Alleinstehende vorgesehen sind. Für Senioren werden Wohnungen eingerichtet, in denen sie bis an ihr Lebensende bleiben können. Sie werden von den Spitex-Mitarbeitenden versorgt werden, deren Stützpunkt im Quartierzentrum integriert ist. «Das schafft Nähe und ein Gefühl von Sicherheit», sagt du Bois-Reymond, der einst das Staatssekretariat für Migration (SEM) leitete. «Im Gegensatz zu klassischen Alterswohnungen, die sie irgendwann verlassen müssen, sollen unsere nochmals zu einem Zuhause werden.»

Erst ambulant, dann stationär in einem «virtuellen» Heim

Die Wohnungen werden derart ausgebaut, dass sie dem Standard eines Pflegeheims entsprechen. Auch die pflegerischen Leistungen sind so konzipiert, dass sie als «ambulant» oder «stationär» verrechnet werden können. «Wenn jemand eine hohe Pflegestufe erreicht, eröffnen wir virtuell ein Heim», sagt der CEO. Nur dank diesem Kniff ist das Zentrum in dieser Form überhaupt realisierbar. Ziel der Verantwortlichen ist es nicht

zuletzt, Kosten zu sparen: Menschen mit einer niedrigen Pflegestufe, die heute trotzdem häufig in einem Heim leben, werden nicht mehr stationäre Tarife befragen müssen.

Mit den Angehörigen vernetzt

Die Angehörigen dürften bei diesem Modell tendenziell stärker einbezogen werden und betreuende Aufgaben wahrnehmen. «Wir nehmen ihnen die Arbeit, aber nicht die ganze Verantwortung ab», sagt du Bois-Reymond. Er erwartet eine positive Dynamik. In den eigenen vier Wänden blieben die Leute länger gesund. Sie fühlten sich zu Hause, seien selbstbestimmter und würden nur dort unterstützt, wo es wirklich nötig sei. Aktivitäten im künstlichen Raum überbrücken sich. Du Bois-Reymond spricht von bedarfsgerechten Leistungen zu einem vertretbaren Aufwand. «Wir wollen das anbieten, was die Leute wirklich brauchen.» Klassische Pflegeheime würden den zunehmend individualistischen Ansprüchen nicht mehr gerecht (siehe Kasten).

Bereits realisiert haben die vier Gemeinden «Thurvita Care», eine Station mit 20 Betten. Das Brückenangebot richtet



Blick ins helle Restaurant im Alterszentrum Sonnenhof in Wil (SG). Alard du Bois-Reymond, CEO der Thurvita AG und früherer Leiter des Staatssekretariats für Migration, isst regelmässig hier.

Bild: Thurvita AG



Der Gastrobetrieb «Chez Grand Maman» verköstigt mit Rezepten, die von Bewohnerinnen und Bewohnern des Altersheims stammen. Er betreibt auch einen Internetshop und ist mit einem lila APE Piaggio regelmässig auf dem Wochenmarkt in Wil präsent.

Bilder: Thurvita AG



sich an Betagte, die aus dem Spital austreten und noch nicht wissen, wie es weitergeht. Die meisten möchten in ihre eigenen vier Wände zurückkehren, was 2016 in 57 Prozent der Fälle möglich war. «Die Perspektive, im besten Fall wieder nach Hause zu können, mobilisiert Kräfte», sagt Alard du Bois-Reymond. Aktuell bestehe zwischen Kliniken und Heimen eine Lücke. Das Ziel von «Thurvita Care» ist es, das Rehabilitationspotenzial der Betroffenen auszuschöpfen. Die Station bietet allerdings auch palliative Begleitung an, wenn sich der Gesundheitszustand eines Patienten verschlechtert.

Das dritte neue Standbein der Aktiengesellschaft steckt in der Planungsphase: ein Kompetenzzentrum für Demenz mit 80 Plätzen. Die Bewohner sollen darin in familiären Wohngruppen leben und fachübergreifend betreut werden. Derzeit läuft der Architekturwettbewerb.

Ambulant und stationär fliegend

«Es braucht fließende Übergänge», sagt Barbara Gysi, die bis 2012 das Departement Soziales, Jugend und Alter der Stadt Wil leitete und heute im Nationalrat politisiert. Die strikte Trennung zwischen ambulant und stationär, zwischen Betreuung und Pflege verursache hohe Kosten sowie Fehlanreize und verunmögliche einen ganzheitlichen Pflegeprozess. Als Stadträtin hatte die SP-Politikerin die Zusammenarbeit im Altersbereich vorangetrieben. «Davor haben verschiedene Organisationen Ähnliches gemacht», sagt sie. Eine vertiefte Kooperation habe gefehlt; ebenso eine Informationsstelle für Betroffene und Angehörige.

Ihr Nachfolger, Dario Sulzer, spricht von einer «innovativen strategischen Neu-

ausrichtung». Die Stadt wird sich künftig nicht mehr an Infrastrukturkosten beteiligen. Sie dürfte damit finanziell weniger stark belastet werden. Gemäss Sulzer ist die Spitex in den letzten Jahren effizienter geworden. «Dies liegt aber wohl weniger am Zusammengehen von stationären und ambulanten Angeboten als an organisatorischen Massnahmen.»

Das Zusammengehen der vier Partner zahle sich aus, meint Barbara Gysi. «Sie können so eine breitere Palette an Dienstleistungen anbieten.» Die Stadt

Wil habe als Hauptaktionärin am meisten Einfluss, die kleineren Gemeinden profitierten indes von Angeboten, die sie alleine nicht auf die Beine stellen könnten. «Um professionell arbeiten zu können und am Puls der Zeit zu bleiben, muss man zusammenspannen.»

Eveline Rutz

Pflege und Betreuung statt Pflege oder Betreuung

Wer zwischen 1945 und 1965 geboren ist, stellt sich sein Leben im Alter anders vor als frühere Generationen. «Die Babyboomer sind individualistischer und fordern ihre Wünsche lautstark ein», sagt Markus Leser von Cura-viva Schweiz. Dies habe Auswirkungen auf die Serviceleistungen der Altersinstitutionen. Der nationale Dachverband nimmt die geänderten Bedürfnisse im Wohn- und Pflegemodell 2030 auf. Dieses fokussiert noch stärker auf den bisherigen Sozial- und Lebensraum älterer Menschen. Sie sollen länger «mitten im Leben» verbleiben und genau jene Unterstützung erhalten, die sie brauchen.

«Wir müssen von der strikten Trennung von ambulant versus stationär wegkommen und alle Angebotsteile zusammenbringen», sagt Projektleiter Leser. Die Alterspflege müsse ganzheitlicher ausgestaltet und Angehörige, Nachbarn sowie Freiwillige müssten vermehrt einbezogen werden. Es brau-

che «Zwischenstrukturen», welche die Lücke zwischen dem Spital, der Wohnung und dem Heim füllten. Klassische Pflegeinstitutionen wandeln sich seinen Ausführungen nach zu Gesundheits- und Quartierzentren im angestammten Lebensraum der Seniorinnen und Senioren. Spezialisierte Pflege- und Betreuungsangebote etwa in den Bereichen Demenz, Palliative Care und Gerontopsychiatrie sollen sie ergänzen. Betagte werden daneben weiterhin in den eigenen vier Wänden und in altersgerechten Appartements umsorgt werden. «Die starre Planung von Pflegebetten ist überholt», sagt Leser. Gefragt seien flexible Lösungen. Der Gerontologe kritisiert das heutige Finanzierungssystem, welches zwischen «Pflege» und «Betreuung» unterscheidet und je nach Kanton unterschiedlich ausgestaltet ist. Er plädiert für eine Vereinfachung und verlangt zudem einheitliche Ansätze zur Vergabe von Ergänzungsleistungen. *eru*



Ernst Hildebrand geniesst die regelmässigen Besuche von Nadine Elsener. Hund «Luna» sorgt ebenfalls für gute Laune.

Bild: Astrid Bossert Meier

«Wenn Nadine vorbeikommt, ist das ein richtiger Aufsteller»

2015 wurde in Cham (ZG) die Genossenschaft «Kiss» gegründet. Die Idee: Nachbarschaftshilfe leisten und dabei Zeitgutschriften sammeln. Heute hat «Kiss Cham» 170 Mitglieder, welche Zeit tauschen, ohne Geld.

Nadine Elsener ist 38. Ernst Hildebrand 84. Beide wohnen in Cham. Doch ohne «Kiss» hätten sie sich wohl nie kennengelernt. «Kiss» steht für «keep it small and simple» (halt es klein und einfach) und ist ein Nachbarschaftshilfesystem mit Zeitgutschriften.

Ein Plus im Zeitkonto

Ein- bis zweimal wöchentlich besucht Nadine Elsener im Pflegezentrum Ennetsee den Bewohner Ernst Hildebrand. Meist unternimmt sie mit ihm eine Aus-

fahrt im Rollstuhl. «Ihre Besuche sind für mich sehr wichtig», sagt der pensionierte Elektroingenieur. Die Kinder wohnen weit weg, alleine schafft er es aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in die Natur. «Wenn Nadine kommt, ist das ein richtiger Aufsteller.» Und für Nadine Elsener ist es schön, helfen zu können. «Die Aufgabe macht wirklich Sinn.» Speziell an diesem Freiwilligeneinsatz ist, dass Nadine Elsener nicht nur etwas gibt, sondern auch einen Gegenwert erhält. Sie darf sich die

geleistete Zeit auf ihrem Konto gutschreiben lassen und bei anderer Gelegenheit für sich einziehen.

Vielseitige Hilfe

Das war schon öfter der Fall. Leider. Denn die sympathische Frau kämpft zeitweise mit psychischen Problemen. Es gab Momente, in denen sie es kaum schaffte, mit dem Hund spazieren zu gehen oder den Haushalt zu besorgen. Nebst professioneller Hilfe war «Kiss» für sie da. Eine Freiwillige half ihr bei

der Hausarbeit. Eine zweite Person entlastete sie bei den Spaziergängen. Heute geht es Nadine Elsener besser. Trotzdem nimmt sie die Unterstützung von «Kiss» ab und zu in Anspruch. Am Nachmittag beispielsweise wird ihr ein Genossenschaftsmitglied mit Lieferwagen bei der Entsorgung eines Möbelstücks behilflich sein. «Das würde ich alleine nie schaffen.»

Neun lokale Genossenschaften

Geben und nehmen. Helfen und Hilfe in Anspruch nehmen. Auf diese einfache Formel lässt sich die Idee «Kiss» bringen. Nebst dem schweizerischen Dachverband existieren aktuell neun lokale «Kiss»-Genossenschaften. Weitere sind im Aufbau. «Kiss Cham» wurde 2015 gegründet, als dritte «Kiss»-Genossenschaft nach Luzern und Obwalden. An der Gründungsversammlung nahmen 50 Personen teil. Heute zählt die Genossenschaft bereits deren 170. Das erfüllt den Genossenschaftspräsidenten Bruno Werder mit Stolz. Doch hinter dem Aufbau von «Kiss» Cham steckt viel Knochenarbeit. «Zu Beginn war eine grosse Skepsis spürbar. Wir mussten immer wieder erklären, weshalb ein Modell mit Zeitgutschriften Sinn macht.» Ihn selber hat die Idee von Anfang an begeistert. «Wir brauchen neue Formen der Freiwilligenarbeit», so der ehemalige Chamer Gemeindepräsident. Einerseits bestehe ein enormes Bedürfnis von vorwiegend älteren Menschen nach Unterstützung – vom Chauffeurdienst über einen Jass-nachmittag bis zum entrümpeln des Kellers. Andererseits bestehe bei Menschen viel Potenzial, etwas zu leisten – insbesondere bei frisch Pensionierten. «Im Gegensatz zu anderen Freiwilligenorganisationen ist man bei Kiss aber nicht nur Profiteur. Bei uns spielt der



Die Genossenschaft «Kiss» ist in Cham gut vernetzt. Unter anderem kochen «Kiss»-Mitglieder abwechselungsweise mit anderen Organisationen für den Mittagstisch.

Bild: Astrid Bossert Meier

uralte Genossenschaftsgedanke von Geben und Nehmen.»

Ohne Geld gehts nicht

Zeit tauschen funktioniert ohne Geld. Trotzdem hat die Genossenschaft einen jährlichen Finanzbedarf von rund 50 000 Franken. «Um die Hilfeleistungen zu koordinieren, ist eine professionelle Geschäftsführung unerlässlich», so Bruno Werder. Das Geld sei gut investiert, wenn man bedenke, dass 2016 in Cham fast 5000 Stunden Freiwilligenarbeit geleistet worden seien. Karin Pasamontes übernimmt die Funktion der Geschäftsführerin mit einem 35-Prozent-Pensum. Sie wird zudem von zwei Koordinatorinnen unterstützt. Diese drei Frauen bringen Menschen, die Hilfe brauchen, mit jenen zusammen, die Hilfe leisten möchten. «Kiss» nennt diese Teams «Tandem».

Keine Konkurrenz

Nebst vielen funktionierenden «Tandems» will Karin Pasamontes die Genossenschaft so gut als möglich vernetzen. Abwechslungsweise mit anderen Organisationen organisiert «Kiss» deshalb den wöchentlichen Mittagstisch, an welchem für bis zu 50 Personen gekocht wird. Ausserdem arbeitet «Kiss» im Netzwerk Integration (Flüchtlingsarbeit) oder im Netzwerk «Altern in Cham» mit. «Wir sind keine Konkurrenz zu anderen Organisationen, sondern eine Ergänzung», so Karin Pasamontes. Es gehe darum, Synergien zu nutzen.

Gemeinde zahlt mit

Die drei «Kiss»-Pilotjahre 2015 bis 2017 konnten dank Beiträgen von Sponsoren, Stiftungen und der Gemeinde Cham finanziert werden. Nun haben Einwohnergemeinde, Bürgergemeinde, katholische und reformierte Kirchgemeinde zugesagt, jährlich gemeinsam 30 000 Franken an das Projekt zu leisten – begrenzt auf weitere drei Jahre. 20 000 Franken jährlich muss «Kiss» selber finanzieren. Derzeit laufen verschiedene Gesuche; Präsident Bruno Werder hofft auf positive Rückmeldungen.

Begegnung ermöglichen

Inzwischen hat das «Tandem» Nadine Elsener und Ernst Hildebrand die Spazerrunde beendet. Die beiden sitzen im modernen Bistro des 2016 erweiterten Pflegezentrums Ennetsee. Zu ihren Füßen liegt Labradormischling «Luna», welche die Besuche ebenfalls geniesst. Ernst Hildebrand erzählt vom Ausflug auf den Zugersee, zu welchem ihn Nadine Elsener begleitet hatte. «Alle wollten wissen, wer diese hübsche junge Frau an meiner Seite war», sagt er augenzwinkernd. Beide lachen. Und es ist offensichtlich, dass es hier nicht in erster Linie um Zeitgutschriften geht, sondern um die Begegnung zweier Menschen.

Astrid Bossert Meier



Freiwilligenarbeit mit Zeitgutschrift macht Sinn. Davon sind «Kiss»-Geschäftsleiterin Karin Pasamontes und «Kiss»-Genossenschaftspräsident Bruno Werder überzeugt.

Bild: Astrid Bossert Meier

Infos:
www.kiss-zeit.ch

Stiftung Zeitvorsorge oder die vierte Säule in der Altersvorsorge: Die Pionierstadt St. Gallen griff eine Initiative von alt Bundesrat Pascal Couchepin auf

Das Modell funktioniert wie eine vierte Säule in der Altersvorsorge: In St. Gallen kümmern sich rüstige Rentner um Betagte. Sie erhalten dafür nicht Geld, sondern Zeit gutgeschrieben. Werden sie eines Tages selbst hilfsbedürftig, können sie ihr individuelles Konto anzapfen und auf die Unterstützung durch Zeitvorsorger zählen. «Das Ziel ist es, älteren Menschen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben zu Hause zu ermöglichen», sagt Geschäftsführerin Claudia Kraus. Sie werden im Alltag unterstützt und begleitet. Der zwischenmenschliche Kontakt ist dabei ebenso wichtig wie das Erledigen der anstehenden Pendenzen. «Wir wirken der Vereinsamung entgegen», sagt Claudia Kraus. Als besonders wertvoll erachtet sie es zudem, dass Angehörige entlastet werden. «Diese gelangen häufig an ihre Grenzen – sie werden zu wenig wahrgenommen.» Das System hilft ihren Ausführungen nach nicht zuletzt, Heimeintritte hinauszuzögen und Kosten zu sparen.

«Den Ärmel reingenommen»

Kurt Hirschi verbringt einen Nachmittag pro Woche mit einem Mann, der durch eine Krankheit erblindet ist. Er liest ihm unter anderem die Post vor, erledigt Einzahlungen und kümmert sich um die elektrischen Geräte. Er war vor der Pen-

sionierung in der Elektrotechnik tätig, was den beiden immer wieder Gesprächsstoff gibt. Hirschi hat sich schon mehrfach ehrenamtlich betätigt. In Rumänien half er beispielsweise dabei, ein Pflegeheim aufzubauen. «Ich bin als Befehlsempfänger hingegangen und habe schliesslich die Bauleitung übernommen.» Er sei neugierig und kein Mann für Halbhatzige. Bei der Zeitvorsorge habe es ihm nun ebenfalls den Ärmel reingenommen. Dass er eine Ausbildung in Seelsorge hat, hilft Kurt Hirschi bei seinen Einsätzen. Wie viele Stunden er bereits angespart hat, hat er nicht präsent. «Keine Ahnung, ob ich die Gutschriften je einlösen werde.»

Fokus auf Pensionierte

Aktuell sind in St. Gallen rund 140 Zeitvorsorgende aktiv. Sie sind über 60 Jahre alt. «Die Idee ist, dass die dritte der vierten Generation hilft», sagt die Geschäftsführerin zur Altersgrenze. Man wolle das Potenzial der Babyboomer nutzen und nicht mit anderen Organisationen konkurrieren. «Die meisten Zeitvorsorger stehen nicht mehr im Berufsleben und wollen einen sinnvollen Beitrag leisten.» Bei etwa zwei Dritteln handelt es sich um Frauen, bei einem Drittel um Männer.

Die Freiwilligen leisten überwiegend Eins-zu-eins-Betreuung im häuslichen

Umfeld. 60 Prozent der Einsatzstunden entfallen auf diesen Bereich; 40 Prozent auf Gemeinschaftsaktivitäten, wozu der Fahrdienst und ein Mittagstisch zählen. Offenbar gelingt es der Zeitvorsorge, neue Personenkreise anzusprechen: Rund 37 Prozent der Zeitvorsorgenden haben sich früher weder formell noch informell in der Freiwilligenarbeit engagiert.

Stadt gibt Rückendeckung

Das St. Galler Zeitvorsorgemodell geht auf eine Initiative von alt Bundesrat Pascal Couchepin zurück. 2009 fragte das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) die Stadt an, ob sie Interesse daran habe, im Hinblick auf ein lokales Pionierprojekt eine Machbarkeitsstudie zu erarbeiten. 2013 gründete diese zusammen mit fünf weiteren Organisationen die Stiftung Zeitvorsorge, welche seit 2014 operativ tätig ist. Die Stadt leistete eine Anschubfinanzierung und steuerte bis jetzt jährlich 150 000 Franken bei. Sie garantiert zudem für die angesparten Zeitguthaben. Sollte das Projekt scheitern, könnten die Zeitvorsorger aus Rückstellungen im Umfang von 3,4 Millionen Franken mit Dienstleistungen entschädigt werden.

Eveline Rutz

Nachbarschaftshilfe für zehn Franken pro Stunde an der Dienstleistungsbörse Oberwil (BL)

«Zämme goht's besser.» Unter diesem Motto fördert die Dienstleistungsbörse Oberwil (BL) seit zehn Jahren Nachbarschaftshilfe. Sie bringt Menschen, die im Alltag Unterstützung brauchen, mit Freiwilligen zusammen, die sich für 10 bis 15 Franken pro Stunde engagieren. Sie vermittelt unter anderem Autofahrdienste, Botengänge, kleine Reparaturen, Schreibarbeiten sowie Hilfe in Haus und Garten. «Sie wird rege genutzt», sagt Präsidentin Claudia Beetschen, die wie der ganze Vorstand ehrenamtlich tätig ist. Es ergäben sich oft Paare, die mehr als einmal miteinander zu tun hätten und den nächsten Einsatz selbstständig planen. 2016 sind rund 1270 Stunden Nachbarschaftshilfe geleistet worden. Der Fahrdienst brachte es auf rund 14 420 Kilometer.

Anfangs hat es gemäss Beetschen etwas Durchhaltewillen gebraucht, um das Projekt zum Laufen zu bringen. Doch es hat sich gelohnt: Der gemeinnützige Verein konnte kürzlich sein 400. Mitglied begrüßen. Es ist Vreny Lagler, die nach einer Knieoperation regelmässig den Fahrdienst in Anspruch nimmt. «Ich kam ohne Rehabilitation nach Hause zurück und musste zusehen, wie ich mit zwei Stöcken den Alltag meistere», sagt die 69-Jährige. Von der Dienstleistungsbörse ist sie so begeistert, dass sie sich selbst engagieren möchte, sobald sie wieder gut zu Fuss ist. «Es funktioniert fantastisch.» Ebenso positiv äussert sich Gemeinderätin Rita Schaffter. Die Börse passe hervorragend in das Konzept der ambulanten Angebote. «Man müsste sie

erfinden, wenn es sie noch nicht gäbe.» Tatsächlich kam die Idee 2008 aus der Kommission für Altersfragen. Die Gemeinde unterstützte den Verein zu Beginn mit Know-How. Die Dienstleistungsbörse verbessere die Lebensqualität einiger älterer Gemeindemitglieder, sagt Rita Schaffter. «Sie ist ein Baustein, der dazu beiträgt, dass diese länger zu Hause bleiben können.» Die Sozialvorsteherin hat über die Börse auch schon Unterstützung für Asylsuchende organisiert. «Wenn ich Fachleute der Gemeinde dafür einsetze, wird es sofort teuer.»

Eveline Rutz

«Kiss» stärkt das Sozialkapital und wirkt präventiv

Die Chamer Gemeinderätin Christine Blättler-Müller, Vorsteherin Soziales und Gesundheit, spricht über die Potenziale von Kiss-Genossenschaften in Gemeinden und die Voraussetzungen für deren Aufbau und Betrieb.

Frau Blättler-Müller, was halten Sie als Gemeinderätin vom Projekt «Kiss» Cham?

Christine Blättler-Müller: In unserer Gemeinde mit über 16000 Einwohnerinnen und Einwohnern leben rund 2500 Menschen im Pensionsalter, Tendenz steigend. Es gibt immer mehr Einpersonenhaushalte, weniger klassische Familienmuster mit betreuenden Frauen, mehr Vereinsamung, weniger spontane Nachbarschaftshilfe. Als «Kiss» das Projekt vorstellte, hat der Gemeinderat das Potenzial dieser Idee erkannt. Die Nachbarschaftshilfe mit Zeitgutschrift ist eine neue Komponente, die es zuvor in Cham noch nicht gab. Deshalb haben wir ein Startkapital gesprochen und zudem immaterielle Hilfe geleistet, indem «Kiss» beispielsweise das Quartierbüro benutzen darf.

«Kiss» Cham wurde 2015 gegründet. Spüren Sie eine Veränderung in der Gemeinde?

Blättler-Müller: Wir sind davon überzeugt, dass das Sozialkapital gestärkt wird. Und bestimmt wirkt der Einsatz von «Kiss» präventiv. Gemäss Statistik wurden letztes Jahr 4800 Stunden Freiwilligenarbeit geleistet, was die Nachfrage bestätigt. Zudem hat sich «Kiss» gut mit anderen Organisationen vernetzt. Doch messbar ist diese Leistung nicht, erst recht nicht monetär. Wir stellen einfach fest, dass viel Gutes läuft und die Genossenschaft ein weiterer Mosaikstein in unserem sozialen Angebot ist.

Nach den ersten drei Pionierjahren unterstützt die Gemeinde Cham die Genossenschaft «Kiss» für die kommenden drei Jahre nochmals mit jeweils gut 16 000 Franken. Weshalb?

Blättler-Müller: Bedingung für unser Ja waren die Zusagen der Bürgergemeinde und der Kirchgemeinden, sich ebenfalls zu beteiligen, da die Stärkung des Sozialkapitals unser aller Anliegen sein soll. Und unser Fernziel ist es, dass die Genossenschaft nach der Anschubfinanzierung auf eigenen Beinen stehen wird.



Christine Blättler-Müller, Gemeinderätin und Vorsteherin Soziales und Gesundheit in Cham.

Bild: Astrid Bossert Meier

Andererseits ist uns bewusst, dass eine professionelle Struktur nötig ist, um die Koordinationsarbeit zu leisten. Wir anerkennen das Engagement von «Kiss» Cham. Dort wird tolle Arbeit geleistet.

senschaft wie in Cham mit anderen Organisationen eng zusammenarbeitet und sich als Ergänzung – und nicht als Konkurrenz – sieht.

Interview: Astrid Bossert Meier

Auch in anderen Gemeinden befinden sich «Kiss»-Genossenschaften im Aufbau. Welche Erfahrung können Sie aus Sicht des Gemeinderats weitergeben?

Blättler-Müller: Die gute Idee alleine reicht nicht. Eine «Kiss»-Genossenschaft muss von Leuten getragen werden, die in der Gemeinde gut verankert und vernetzt sind. Der Vorstand sollte politisch breit abgestützt und mit Menschen verschiedenster Altersgruppen bestückt sein. Positiv ist sicher, wenn die Genos-

Das Fricktal denkt regional und zeigt Mut zur Pionierarbeit

Viele Menschen möchten nicht im Heim, sondern in ihrer eigenen Wohnung alt werden. Diesem Bedürfnis tragen 25 Gemeinden im oberen Fricktal Rechnung – unter anderem mit einer eigens entwickelten App zur Sicherheitskontrolle.



Marc und Martha Fallert aus Frick schätzen die Möglichkeit, über die App «HiSi» bei Bedarf Hilfe anzufordern.

Bild: Fabrice Müller

Sie benutzen das iPad, um sich über die Wettervorhersagen zu informieren, im Internet zu surfen oder um E-Mails zu schreiben. Und jeden Morgen zwischen sechs und neun Uhr bestätigen Martha (72) und Marc Fallert (84) aus Frick (AG) über die App «HiSi», dass sie in der Wohnung sind und keine Hilfe benötigen. «HiSi» steht für Hilfe und Sicherheit. Die App, finanziell unterstützt durch die Age- Stiftung, wurde im Auftrag des

Vereins für Altersbetreuung im Oberen Fricktal (VAOF) entwickelt. Ziel ist es, Menschen das Altwerden in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen, sie aber trotzdem in ein System einzubinden, das ihnen im Notfall zur Seite steht. «HiSi» ist das Teilprojekt einer Gesamtevaluation des VAOF, die sich mit der Frage «Wie wollen wir alt werden?» auseinandersetzt. Dem VAOF gehören heute 25 Gemeinden im oberen Fricktal

an. Er betreibt zwei Pflegeheime in Frick und Laufenburg und betreut an beiden Orten seit Dezember 2017 insgesamt 90 Alterswohnungen.

Pflegeplätze werden regional koordiniert

«Wir sind nicht auf ein einzelnes Pflegeheim fokussiert, sondern betrachten die Wohn- und Betreuungssituation von alten Menschen in unserer Region aus

einer übergeordneten Optik», sagt VAOF-Geschäftsleiter André Rotzetter. Ausgehend von der Tatsache, dass gemäss dem aktuellen «Age Report» 95 Prozent der alten Menschen in Pflegeheimen «Zwangsumzieher» sind, möchte der VAOF den Menschen im oberen Fricktal erlauben, dort alt zu werden, wo sie es wollen – in einem Alters- und Pflegeheim oder in den eigenen vier Wänden. Darauf basiert die 2010 entwickelte Strategie zur Altersbetreuung des VAOF. Als erste Region im Kanton Aargau geht das obere Fricktal somit neue Wege.

Nur 15,4% Heimquote im Fricktal

Entsprechend tief ist mit 15,4 Prozent die Heimquote im Fricktal – im Vergleich zu den 19 Prozent im restlichen Aargau. Initiiert durch den VAOF macht die Regionalplanung Fricktal Region jährlich eine Bedarfsabklärung in den Gemeinden, um herauszufinden, wie viele Pflegeplätze es wirklich braucht. So sollen Überkapazitäten verhindert und allfällige neue Pflegeplätze regional koordiniert aufgebaut werden. «Anstatt zusätzliche Pflegeheime auf Kosten der Steuerzahler zu bauen, suchen wir im VAOF nach neuen Möglichkeiten, wie alte Menschen wohnen und betreut werden können», erklärt André Rotzetter. Der VAOF hat verschiedene Ideen zusammengetragen, damit die alten Menschen an ihrem bisherigen Wohnort bleiben können – trotz erhöhtem Pflegebedarf. Die 2012 lancierte «HiSi»-App ist ein wichtiger Teil dieser Strategie, da sie den Menschen eine gewisse Sicherheit bietet. Wird der Hilferuf-Knopf gedrückt oder im vereinbarten Zeitfenster die Bestätigungstaste nicht betätigt, folgt ein Anruf vom Pflegeheim Frick oder dem in Laufenburg. Dort kümmert sich je ein Team um die Senioren, die in den umliegenden Alterswohnungen leben und sich dem VAOF angeschlossen haben. Wird der Telefonanruf nicht erwidert, rückt eine Pflegefachperson aus – rund um die Uhr, 365 Tage pro Jahr. Verschiedene Einstellungen sind mit der App möglich – etwa ein 15-Minuten-Zeitfenster zum Duschen, eine Abmeldung bei Ferien oder auch eine technische Kontrollfunktion, die Alarm schlägt, wenn das Gerät defekt oder der Akku leer ist. Rotzetter: «Das betreute Wohnen mit der App ist eine Vorstufe zum Altersheim. Sie gibt den alten Menschen wie auch ihren Angehörigen die Sicherheit, dass sie bei Bedarf Hilfe erhalten.»

Gemeinden offen für Pilotprojekt

Zurzeit profitieren die Seniorinnen und Senioren in den Alterswohnungen von Frick und Laufenburg von dieser App



André Rotzetter, Geschäftsleiter des Vereins VAOF, geht im Bereich Wohnen und Betreuung im Alter neue Wege.
Bild: Fabrice Müller

und dem damit verbundenen Betreuungsdienst. Bereits zeigen weitere Gemeinden Interesse an dieser Lösung. In Stein und Gipf-Oberfrick haben sich Arbeitsgruppen gebildet, um ein Pilotprojekt für einen Betreuungsdienst in den Gemeinden zu realisieren. «Unsere Idee ist es, ein Team mit Helfern zu bilden, die im Notfall ausrücken. Damit dieser Dienst verbindlich ist, sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Teams eine Entlohnung erhalten», erklärt André Rotzetter. Neben den Gemeinden und dem VAOF sind Organisationen wie die Spitex oder Pro Senectute in diesen Arbeitsgruppen vertreten. André Rotzetter hofft, dass das Pilotprojekt 2018 starten kann. «Wir betreten mit diesem Projekt Neuland. Doch wir sind überzeugt, dass wir nicht nur einem grossen Bedürfnis der Senioren entsprechen, sondern ebenso die Staatskasse entlasten.»

Die App hilft auch ausserhalb der eigenen Wohnung

Die Erfahrungen mit der App «HiSi» sind gemäss André Rotzetter durchwegs positiv. Aus den bisher 50 angeschlossenen Alterswohnungen werde ein- bis zweimal pro Monat ein Hilferuf ausgelöst. Wer nicht in der Wohnung, sondern unterwegs ist und Hilfe braucht, kann über die App die Hilfetaste drücken und dank dem GPS-Signal geortet werden. Das Ehepaar Fallert ist froh darüber und dankbar, in den eigenen vier Wänden ihrer 3½-Zimmer-Alterswohnung leben

und bei Bedarf trotzdem auf professionelle Betreuung zählen zu dürfen. «Für uns bedeutet diese App Sicherheit und Beruhigung. Wir wissen, dass im Notfall jemand für uns da ist», sagt Martha Fallert. Den Hilferuf haben sie bisher nur einmal gedrückt, aber nicht für sich selber, sondern für eine Nachbarin, die gestürzt war. Nachbarschaftshilfe wird unter den Bewohnern der Alterswohnungen grossgeschrieben. Man hilft sich, so gut es geht. Ausserdem unterstützt ein vom VAOF angestellter Abwart die Senioren bei Problemen. Einmal im Monat trifft man sich zum Kaffee in der Cafeteria des Altersheims. Der VAOF arbeitet derzeit zusammen mit einem spezialisierten Computerunternehmen an einer Alarmknopflösung, die am Körper getragen und über die «HiSi»-App ausgelöst werden kann – analog zum Notfallsystem des Roten Kreuzes. André Rotzetter kann sich vorstellen, dass das Modell des VAOF und insbesondere die Lösung mit der App «HiSi» auch in anderen Regionen und Gemeinden Schule machen wird. «Wir rechnen mit einer steigenden Nachfrage nach solchen Modellen bei den älteren Menschen.»

Fabrice Müller

Infos:
www.vaof.ch

Alt werden im Quartier

Vom Lebensmittelgeschäft über die Apotheke und die Pro Senectute bis zur Wäscherei: Die von der Hochschule Luzern entwickelte App CABINET vernetzt alle relevanten Akteure und Dienstleistungen für alte Menschen im Quartier.



Damit alte Menschen möglichst lange in den eigenen vier Wänden leben können, braucht es ein gutes Netzwerk.



Die Angebote von Vicino Luzern unterstützen Menschen dabei, dass sie zu Hause in ihrem Quartier alt werden können. Corinne Küng leitet den Standort Neustadtquartier.



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Geschäften im Quartier sind für ältere Personen wichtige Ansprechpersonen. Susi Moos von Moos Hörgeräte ist im Neustadtquartier eine von ihnen.

Das Restaurant Tivolino ist für ältere Gäste ein beliebter Treffpunkt. Vicino veranstaltet hier wöchentlich einen Mittagstisch. Sandra De Angelis führt den Familienbetrieb.



Katja Wegmüller arbeitet in Luzern bei Pro Senectute, der grössten Dienstleistungsorganisation für ältere Menschen und ihre Angehörigen in der Schweiz.

Ivana Gavran arbeitet als Pflegefachfrau im Luzerner Neustadtquartier. Zu ihrer täglichen Runde gehört ein Besuch bei Frau Hugentobler, die seit dem Tod ihres Mannes alleine in einer kleinen Wohnung lebt. Der Spitex-Fachfrau fällt auf, dass ihre Klientin in letzter Zeit Schwierigkeiten hat, sie zu verstehen. Ob ein Hörgerät Abhilfe schaffen könnte? Eine Spezialistin oder ein Spezialist im Quar-

tier wäre ideal. Für aufwendige Recherchen bleibt Ivana Gavran jedoch keine Zeit, die Spitex muss jede ihrer Leistungen genau verrechnen.

Alle relevanten Informationen auf einer Plattform vereint

Hier setzt CABINET, eine an der Hochschule Luzern gemeinsam mit dem Verein Vicino Luzern entwickelte App, an. Ihr

Ziel: die relevanten und nützlichen Informationen mit wenigen Klicks in einfacher Form zugänglich zu machen. Ginge es darum, möglichst viele Adressen zu erhalten, könnte Frau Gavran einfach Google aufrufen. Bei CABINET jedoch geht es nicht um die Menge an Information, sondern um ihre Qualität. Rolf Kistler, der an der Hochschule Luzern für die Entwicklung verantwortlich ist, weiss aus eigener

Erfahrung, warum dies wichtig ist: «Als meine Mutter eine Physiotherapie benötigte, bekam ich von der Spitex einfach eine Liste mit Namen. Ich suchte jemanden, der nach Hause kommt. Aus der Liste war das jedoch nicht zu ersehen, so musste ich alle durchtelefonieren. Es ist klar, dass die Spitex keine Empfehlung machen darf, aber einfache Informationen wie Arbeitstage, Spezialgebiete oder eben die Bereitschaft, nach Hause zu kommen, hätten mir bei der Suche viel Zeit gespart», erläutert er an einem praktischen Beispiel. Deshalb leitet sich bei CABINET jeder einzelne Eintrag von einem konkreten Fall im Quartier ab, der von Experten aufbereitet wird. Diese strikte Orientierung an den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer ist es, die die App auszeichnet.

Netzwerke von Institutionen in der Nachbarschaft im Aufbau

Die Erfahrung zeigt schweizweit, dass selbst bei den professionellen Dienstleistern oft wenig Wissen über andere Angebote im Quartier vorhanden ist. Deshalb ist die Voraussetzung der App bemerkenswert: Im Luzerner Neustadtquartier haben sich die unterschiedlichsten Institutionen an einen Tisch gesetzt, um gemeinsam eine Verbesserung zu planen. In einem ersten Schritt richtet sich das Programm CABINET denn auch nicht an die älteren Menschen oder ihre Angehörigen direkt, sondern an die Mitarbeitenden der beteiligten Institutionen. Es sind dies neben vielen anderen die öffentliche Spitex, Pro Senectute, die katholische und die reformierte Kirche der Stadt Luzern, die Allgemeine Baugenossenschaft Luzern und die Caritas Luzern. Sie haben sich zum Verein Vicino Luzern zusammengeschlossen. Den Anstoss dafür gab 2013 ein Businessplan und 2015 die Masterarbeit «Wohnen zu Hause – auch im Alter. Eine strategische Handlungsanleitung», mit der Tamara Renner, Geschäftsleiterin der Spitex Stadt Luzern, ihre Weiterbildung «Altern und Gesellschaft» am Departement Soziale Arbeit der Hochschule Luzern abschloss. Sie entwickelte darin das Konzept für ein Netzwerk, das sich nun im Luzerner Neustadtquartier konkretisiert hat. In den nächsten zehn Jahren sollen fünf weitere Standorte in Luzern aufgebaut werden. Auch aufseiten der Hochschule Luzern arbeiten verschiedene Departemente zusammen an der Entwicklung von CABINET: Das Forschungsprojekt wird vom interdisziplinären Schwerpunkt «Kooperation Bau und Raum» unterstützt; beteiligt sind neben dem iHomeLab auch die Departemente Soziale Arbeit sowie Design & Kunst.

Alle Institutionen in einem Verein

Geschäftsleiter des Vereins ist René Fuhrmann. Zu seinen Aufgaben gehörte der Aufbau des Pilotprojekts im Neustadtquartier. «Der Standort wurde bewusst gewählt», so Fuhrmann. «Hier ist die Infrastruktur vorhanden, die ältere Menschen brauchen, vom Lebensmittelgeschäft über die Apotheke bis zur Wäscherei. Auch engagierte sich die Allgemeine Baugenossenschaft Luzern stark für Wohnraum, der den Bedürfnissen älterer Menschen entgegenkommt. Ihr Neubau «Himmelrich 3» ist eine wichtige Grundlage für das Pilotprojekt.» Im Juni 2016 eröffnete der Verein im Bleichergärtli einen Quartiertreffpunkt in Form eines Holzpavillons. Er ist für alle offen, soll aber speziell für ältere Menschen das Leben im Quartier attraktiv machen und ihnen Hilfestellung bieten. Für die Entwicklung der App CABINET können die beteiligten Institutionen nun auf die Erfahrung, die sie im Kontakt mit den älteren Bewohnerinnen und Bewohnern des Quartiers gesammelt haben, aufbauen.

Der Verein Vicino Luzern

Der Verein Vicino Luzern setzt sich dafür ein, dass ältere Menschen möglichst lange in ihrem vertrauten Wohnumfeld ein selbstbestimmtes Leben führen können. Dafür stärkt er die Nachbarschaftshilfe im Quartier und vermittelt bei Bedarf professionelle Dienstleistungen. Im Moment ist er im Luzerner Neustadtquartier aktiv; weitere Standorte werden aufgebaut. Vicino Luzern wird als Verein von folgenden Institutionen getragen: Allgemeine Baugenossenschaft Luzern abl, Altermia, Besuchsdienst Innerschweiz, Caritas Luzern, Forum Luzern60plus, Gepflegt Spitex Luzern, Haushilfe Luzern, Hochschule Luzern, Moos Hörgeräte, Katholische Kirche Stadt Luzern, Pro Senectute Kanton Luzern, Reformierte Kirche Stadt Luzern, Schweizerisches Rotes Kreuz, Spitex Stadt Luzern, SOS-Dienst, St. Anna Stiftung, Steinhof Pflegeheim, Stiftung Contenti, Wohnbaugenossenschaft WGL Littau, Viva Luzern AG und Zeitgut Luzern. Die Stadt Luzern ist als Beisitzerin ebenfalls dabei. Der Kreis der Unterstützer wird kontinuierlich ausgebaut. Das Projekt wird finanziell und fachlich durch die Age Stiftung, die Albert Koechlin Stiftung und weitere unterstützt.

Die Menschen machen es aus

Welche Orte sind für sie wichtig? Mit welchen Personen haben sie im Alltag Kontakt? Auf welche Angebote sind sie angewiesen? Die Gespräche zeigten, dass nicht nur die Infrastruktur wichtig ist – zum Beispiel eine Wäscherei oder Apotheke – sondern auch die Menschen, die dort arbeiten. So haben Hauswarte, Wäschereibesitzerinnen und Apotheker auf informelle Weise bereits am Netz gewoben, das die älteren Bewohnerinnen und Bewohner im Quartier trägt. Mit den Mitteln der Technik wird es nun weiter ausgebaut. Der Prototyp der App steht und wurde vom Verein abgenommen. Was jetzt folgt, ist Fleissarbeit: Die Beteiligten müssen ihre Informationen eingeben, damit diese dann auch abgerufen werden können. Im Sommer soll das Programm zur Verfügung stehen, zuerst im Neustadtquartier. Später soll es dann in ganz Luzern und – wer weiss – in angepasster Form vielleicht in der ganzen Schweiz zum Einsatz kommen. Denn bereits jetzt weckt das Projekt Interesse über den Kanton hinaus.

Senta van de Weetering

Quelle:

Hochschule Luzern – Das Magazin. Das Magazin der Hochschule Luzern erscheint dreimal pro Jahr mit einer Auflage von 40 000 Exemplaren. Es kann gratis unter www.hslu.ch/magazin bestellt werden. Der vorliegende Artikel stammt aus der Ausgabe Februar 2018.

Das iHomeLab und sein neuer Leiter

Ab dem 1. April 2018 hat das Kompetenzzentrum iHomeLab der Hochschule Luzern einen neuen Leiter. Für die Position konnte Dr. Andrew Paice gewonnen werden. Herr Paice ist Australier und Schweizer, studierte Applied Mathematics an der University of Western Australia und verfügt über einen PhD-Abschluss in Systems Engineering von der Australian National University. Es folgten eine vierjährige Tätigkeit an der Universität Bremen sowie 14 Jahre bei ABB Switzerland. Seit 2011 arbeitet er bei Schindler Aufzüge AG in der Schweiz, zuletzt in der Position als Head of Modeling & Validation.

Die vielfältige Altersarbeit effizient organisieren

Netzwerke fördern, den Zugang zu Dienstleistungen niederschwellig gestalten und besser informieren: Diese Ziele verfolgt die Age-Stiftung. Sie unterstützt auch Gemeinden mit Know-How und Geld im Bereich der Altersarbeit.



«Socius – wenn älter werden Hilfe braucht»: So heisst das Projekt der Age-Stiftung, das Gemeinden bei der Vernetzung der Angebote in der Altersarbeit finanziell und wissenschaftlich unterstützt.

Bild: Age-Stiftung/Ursula Meisser

Einige ältere Menschen brauchen rund um die Uhr Pflege, andere bloss jemanden, der sie zu einem geselligen Treffen fährt. Für beides bestehen in vielen Gemeinden bereits Angebote. Den Betroffenen sind diese allerdings oft zu wenig bekannt; vielerorts fehlt es an Koordination unter den Leistungserbringern. Um Gegensteuer zu geben und die Altersarbeit wirksam zu organisieren, hat die Age-Stiftung 2014 das Förderprogramm «Socius – wenn älter werden Hilfe braucht» gestartet. Seit 2015 und noch bis 2018 unterstützt sie in der Deutschschweiz zehn Projekte mit Fachwissen und mit finanziellen Mitteln von insgesamt 2,4 Millionen Franken. Sie engagiert sich in den Städten Basel, Bern, Biel und Schaffhausen, in den Gemeinden Basserdorf (ZH), Horgen (ZH) und Bettlach (SO), dem Freiburger Sensebezirk, der Region Frauenfeld (TG) und dem Kanton Schwyz. «Der Missstand ist bekannt», sagt Programmleiterin Christina Brenk. «Die Lösungen sind es nicht – die suchen wir jetzt.»

Wie in einem Labor

Anhand der vielfältigen Projekte will die Stiftung herausfinden, was funktioniert

und was nicht. Sie lässt das Programm dafür wissenschaftlich begleiten. Aus den Erfahrungen will sie allgemeingültige Erkenntnisse ableiten, von denen auch Gemeinden profitieren können, die es nicht ins Teilnehmerfeld geschafft haben. «Es geht um Lernprozesse», sagt Brenk. Im Moment befinden sich alle zehn Projektgruppen auf der Zielgeraden. «Sie erreichen vieles von dem, was sie sich vorgenommen haben.»

Bassersdorf hat Angehörige im Fokus

In Bassersdorf zum Beispiel hat sich einiges getan. Die Verantwortlichen haben zahlreiche Anlässe für die Bevölkerung durchgeführt, einen «Runden Tisch Alter» ins Leben gerufen, verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, in der Dorfzeitung eine Rubrik für Altersfragen geschaffen und die bestehenden Angebote in einer Broschüre zusammengefasst. Einen Schwerpunkt setzen sie bei den pflegenden Angehörigen, deren freiwillige Arbeit jährlich mit rund 504 000 Franken zu Buche schlagen würde, müsste sie entschädigt werden.

In einem ersten Schritt haben die Verantwortlichen wissenschaftlich erheben lassen, was diese alles andere als einheit-

liche Gruppe beschäftigt. Nun haben sie unter anderem entsprechende Kurse geplant. «Pflegende Angehörige sollen ihre anspruchsvolle Rolle reflektieren und sich untereinander austauschen können», sagt die Altersbeauftragte Esther Diethelm. Sie leisteten sehr viel, seien häufig stark belastet und hätten oft Hemmungen, ihrerseits Hilfe anzunehmen. Dabei fragten sich viele, «was ist, wenn ich einmal ausfalle?» Es sei daher zentral, sie über Entlastungsangebote zu informieren. Demnächst könnte ein neues hinzukommen: Bassersdorf prüft, ob geschulte Freiwillige pflegende Angehörige über den Besuchsdienst «va bene» stundenweise ersetzen könnten.

Voneinander lernen

Esther Diethelm ist vom Förderprogramm begeistert. «Es hat viele gute Impulse an die Gemeinde gegeben.» Die Altersarbeit sei gebündelt worden, es habe sich eine Dialog- und Mitteilungskultur entwickelt. Allerdings müssten die Behörden und die Verwaltung auch genügend Ressourcen haben, um Anregungen aus der Bevölkerung aufnehmen zu können. «Sobald es um Infrastruktur geht, braucht es einen langen

Schnauf.» Der Austausch mit Fachleuten der Age-Stiftung, aber auch mit Vertretern der anderen Projekte beschreibt die Altersbeauftragte als sehr hilfreich und bereichernd. Gemeindepräsidentin Doris Meier-Kobler pflichtet ihr bei: «Wir lernen voneinander und kommen auf neue Ideen – es muss nicht jeder das Rad neu erfinden.» «Socius» habe den Behörden geholfen, sich bewusst zu werden, welche Dienstleistungen bereits bestünden, was noch zu tun sei und was die Gemeinde als Impulsgeberin anstossen könne. «Die Projekte, die entstanden sind, sind ein wichtiges Puzzleteil in unserer Altersstrategie – ebenso wie die geplante Pflege- und Koordinationsstelle.» Bassersdorf will, wenn das Programm 2018 endet, die eine oder andere Idee institutionalisieren.

Vernetzung im Freiburger Sensebezirk

Der Sensebezirk, der einzige rein deutschsprachige Bezirk des Kantons Freiburg, ist seit jeher gut vernetzt. Im Gesundheitsnetz Sense sind alle 17 Gemeinden verbunden. «Diesen Verband wollten wir stärken», sagt Corinne Zosso, Verbandsmitglied der Spitex. Deren Initiative ist es zu verdanken, dass die Gemeinden im

Rahmen von «Socius» noch enger zusammenarbeiten und unter der Leitung des Gesundheitsnetzes eine gemeinsame Altersstrategie entwickelt haben. Alle vorgesehenen Massnahmen zielen darauf ab, älteren Menschen zu ermöglichen, möglichst lange in ihren vertrauten vier Wänden zu leben. In Arbeit ist unter anderem eine Onlineplattform für Fahrdienste. Auch die Nachbarschaftshilfe und die Freiwilligenarbeit sollen gefördert werden. Ab 2019 soll zudem eine Koordinationsstelle Betroffene und Angehörige beraten. Projektleiterin Corinne Zosso ist mit dem Erreichten zufrieden: «Dank dem Projekt reden wir noch mehr miteinander.» Sie lobt die Unterstützung durch die Age-Stiftung: «Sie lebt den Vernetzungsgedanken vor, indem sie die Projektgruppen immer wieder zusammenbringt.»

Ideen brauchen politischen Support

An Tagungen thematisiert die Age-Stiftung Fragen, die für alle von Interesse sind. Dazu zählen etwa die, wie sich die Zivilgesellschaft mobilisieren oder wie sich eine Anlaufstelle effizient organisieren lässt. Projektleiterin Christiana Brenk besucht die Teilnehmenden zudem ein-



Socius-Programmleiterin Christiana Brenk.

Bild: Age-Stiftung/Hannes Heinzer


mal pro Jahr, um mit ihnen den Statusbericht zu besprechen; sie und der Beirat stehen den Gemeinden darüber hinaus jederzeit mit fachlichem Rat zur Seite. Ihrer Erfahrung nach ist die Haltung der Behörden entscheidend: «Ohne politischen Willen kommt eine ganzheitliche Herangehensweise nicht zum Fliegen.»

Eveline Rutz

Infos:


www.programmsocius.ch

Anzeige




Smart up Your City


Intelligente Lösungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung




Enrico Baumann
CEO Elektron




Sampo Hietanen
CEO MaaS Global
Helsinki




Andreas Meyer
CEO SBB



Claudia Pletscher
Leiterin Entwicklung
& Innovation, Post




Prof. Dr. Carlo Ratti
Professor MIT
Boston




Helle Søholt
CEO Gehl Architects
Kopenhagen

11. – 12. April 2018
Congress Center
Basel


Hauptpartner


 SBB CFF FFS





ELEKTRON
power on


Premium Partner

















smartsuisse.com



Wo Pflegefachleute ihre Arbeit selbst organisieren

Buurtzorg, ein Modell aus Holland, versteht Pflege ganzheitlich und setzt auf Teams, die sich selbst organisieren. Es hält die Administration klein und verrechnet einheitliche Stundentarife. Es hat auch in der Schweiz Anhänger.



Buurtzorg wurde mehrfach als bester Arbeitgeber Hollands ausgezeichnet. Gründer Jos de Block berät inzwischen die Regierung und ist über die Landesgrenzen hinaus bekannt. In der Schweiz müsste man das Modell «einfach einmal ausprobieren», meint Peter Zängli, Professor an der Fachhochschule Nordwestschweiz.

Bild: Spitex Schweiz/Pia Neuenschwander

Diese Erfolgsgeschichte beginnt mit Unzufriedenheit: Der holländische Pfleger Jos de Block ärgerte sich über strikte Ziel- und Zeitvorgaben, viel Bürokratie und eine zunehmende Zersplitterung der Pflegetätigkeit. Er sah, wie deren Qualität litt, wie sein Beruf entwertet wurde und immer mehr Kolleginnen und Kollegen ausstiegen. 2006 gründete er daher sein eigenes, kleines Spitex-Team, das er «Buurtzorg» (Nachbarschaftshilfe) nannte. Er erinnerte sich an die Gemein-

depflegerinnen, die bis in die 80er-Jahre einen grossen Teil der ambulanten Versorgung geleistet hatten, und gab seinen Mitarbeitenden Autonomie, Entscheidungskompetenz und Verantwortung zurück.

Von A bis Z zuständig

Nach seinem Ansatz organisieren sich vier bis zwölf hoch qualifizierte Pflegefachleute weitgehend selbst. Sie klären den jeweiligen Pflegebedarf ab, planen

ihre Einsätze, stellen neue Teammitglieder ein, bauen lokale Netzwerke auf, tauschen sich mit Ärzten sowie anderen Fachpersonen aus, entwickeln neue Projekte, verwalten ihre Finanzen und kümmern sich um ihre Weiterbildung. Sie betreuen ihre Kundschaft ganzheitlich: Sie verrichten sowohl einfache pflegerische als auch komplexere medizinische Tätigkeiten und berücksichtigen daneben persönliche sowie soziale Aspekte. Den Krankenkassen stellen sie

nicht die einzelnen Leistungen, sondern den zeitlichen Aufwand in Rechnung. Sie verrechnen einen einheitlichen Stundentarif, der jährlich festgelegt wird.

Mit dem Tablet vernetzt und ohne mittleres Management organisiert

Jede Pflegekraft verfügt über ein Tablet und dokumentiert ihre Arbeit auf dem Buurtzorgweb, sodass alle stets auf dem aktuellen Stand sind. Das IT-System dient ebenso dem Austausch mit anderen Teams und mit dem Geschäftsführer. Kommt eine Gruppe in einem Punkt nicht weiter, kann sich sie zudem von einem Coach beraten und begleiten lassen. Bei der Non-Profit-Organisation verdienen die Pflegenden besser als bei herkömmlichen Spitex-Anbietern. Ganz eingespart werden kann die Lohnsumme des mittleren Managements, das im Modell keinen Platz mehr hat.

Forschungsauftrag an Curarete für den Aufbau einer IT-Plattform

Buurtzorg ist erfolgreich. In rund 900 Teams beschäftigt sie aktuell rund 10 000 Mitarbeitende, jährlich betreut sie rund 80 000 Kundinnen und Kunden. Sie ist mehrfach als bester Arbeitgeber Hollands ausgezeichnet worden. Jos de Block berät inzwischen die Regierung und ist über die Landesgrenzen hinaus bekannt. «Da in kleinen Teams gearbeitet wird, haben die Patienten immer dieselben Bezugspersonen; dies führt zu einer hohen Qualität der Pflege, und die Beschäftigten sind zufriedener», sagt Susi

Wiederkehr, Vorstandsmitglied von Curarete. Die Non-Profit-Organisation hat die Blocks Grundsätze übernommen. Sie startete 2014 und ist heute in der Region Villmergen AG präsent. Aktuell beschäftigt sie sechs Pflegefachfrauen und betreut sechs Personen.

Da sie keinen öffentlichen Auftrag hat, deckt sie die Finanzierungslücke, die durch die tiefen Krankenkassenbeiträge entsteht, mit Spenden. Bei öffentlichen Spitex-Organisationen übernimmt die jeweilige Gemeinde den ungedeckten Betrag. «Wir bemühen uns um Leistungsaufträge», sagt Wiederkehr. Bis jetzt ist allerdings noch keine Zusammenarbeit zustande gekommen. «Die Bereitschaft, sich für Neues zu öffnen, ist offenbar noch nicht da – wir sind wahrscheinlich etwas zu früh.»

Susi Wiederkehr ist überzeugt, dass das Modell auch in der Schweiz funktioniert. Die Finanzierung des Gesundheitswesens sei zwar weniger hoch als in Holland, die schlanke Organisationsstruktur bringe jedoch Einsparungen mit sich. Eine wichtige Voraussetzung für die Organisationsstruktur ist die IT-Plattform. Um eine solche zu entwickeln, hat die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) einen Forschungsauftrag an Curarete vergeben. Die Resultate sollen in etwa einem Jahr vorliegen.

Interesse bei Qualis Vita, aber noch kein Team

Auch die private Spitex-Organisation Qualis Vita liebgähelt mit dem Konzept.

«Sich im Pflorgeteam selbst zu organisieren und auf den Kern der Pflgetätigkeit zurückzubessinnen, überzeugt mich», sagte Gerda Saxer, Leiterin Pflege, kürzlich an einem Informationsanlass in Bern. Der Markt schreie geradezu nach dem Modell, meinte eine anwesende Spitex-Frau. Sie begegne täglich unzufriedenen Kundinnen und Kunden, die sich nach weniger Personalwechseln und besserer Qualität sehnten. Es gebe viele Argumente für Buurtzorg, bekräftigt Geschäftsführer René Stoll. Er warnt jedoch vor übertriebenen Erwartungen: Man werde nicht in einer Wohlfühlloase arbeiten, gerade zu Beginn brauche es einen grossen Einsatz. Bis jetzt sind bei der Qualis Vita AG erst wenige Bewerbungen eingegangen. «Für Selbstständige besteht die Hürde im Freiheitsverlust, bei einem solchen Projekt mitzumachen», sagt Stoll. Angestellte von anderen Organisationen fürchteten sich teilweise vor zusätzlichen Aufgaben.

Aktuelle Studie zum Thema

«Von Buurtzorg geht eine unglaubliche Faszination aus», stellt Peter Zängl fest. Der Professor der Fachhochschule Nordwestschweiz hat untersucht, ob sich das Modell auf die hiesigen Verhältnisse übertragen liesse. Als Chancen beschreibt er, dass die Fragmentierung der Pflege aufgelöst wird, dass die Arbeitszufriedenheit steigt und Kosten gespart werden können. Er gibt allerdings zu bedenken, dass kein System für alle Menschen und Situationen geeignet sei. Es gebe immer Gewinner und Verlierer. Zu Letzteren zählt er das nicht so gut qualifizierte Pflegepersonal, das dann weniger gefragt sei.

Buurtzorg baue auf Vertrauen auf, sagt der Sozialwissenschaftler weiter, und zwar sowohl unter den Mitarbeitenden als auch zwischen Leistungserbringer und Kostenträger. «Das lässt sich nicht verordnen, es muss sich entwickeln.» Hinzu kommt, dass der Pflegeberuf in Holland wesentlich mehr Ansehen geniesst als in der Schweiz. Das Verhältnis zur Ärzteschaft ist weniger hierarchiebestimmt. Die Leitgedanken von Buurtzorg zu übernehmen, würde einen umfassenden Kulturwandel bedeuten. Davor fürchten sich nicht wenige; gerade beim mittleren Kader ist die Skepsis gross. Zängl fände es dennoch reizvoll, das System in der Schweiz umzusetzen – «in einem grösseren Rahmen als die bisherigen Versuche». Dafür bräuchte es allerdings das Wohlwollen von einzelnen Krankenkassen, Kantonen und Spitex-Organisationen. «Man muss es einfach einmal ausprobieren.»



Weniger Administration, mehr Zeit für das Zwischenmenschliche: Auf diesem Prinzip baut die holländische Buurtzorg auf.

Bild: Spitex Schweiz/Pia Neuenschwander

Hoffen auf Pioniergemeinden

Susy Greuter vom Thinktank Denknetz hofft, dass sich einzelne Pioniergemeinden finden werden, die ein Buurtzorg-Experiment mit einem Leistungsauftrag an eine entsprechende Organisation wagen. Sie sieht im Modell zahlreiche Vorteile: «Das grosse Vertrauensverhältnis zwischen Spitex-Mitarbeiterin und betreuter Person weckt Selbstheilungskräfte», sagt sie. Das Ganzheitliche entspreche dem Berufsverständnis der meisten Pflegefachleute und sei immer noch das, was in der Schweiz gelehrt werde. In der Praxis werde hierzulande jedoch vor allem körperbezogen und zerteilt nach Kompetenzstufen gepflegt. Die Pflegenden kämen – abgelenkt von der ständigen Registrierungspflicht – kaum mehr dazu, einfach zu beobachten, wie es jemandem gehe. Für Gespräche oder einen gemeinsamen Kaffee opfereten sie häufig ihre Freizeit. So voll des Lobes Susy Greuter für den Ansatz von Jos de Block ist – angesichts der zahlreichen privaten Krankenkassen sowie der heutigen Pflegefinanzierung ist sie skeptisch, dass er sich in der Schweiz realisieren lässt.

Gemeinden könnten einiges bewegen

Die Pflege sei «skandalös unterfinanziert», sagt Ökonomin Mascha Madörin. Um den Ansatz zu finanzieren, müssten die öffentlichen Beiträge ihrer Ansicht nach deutlich erhöht werden. «Wenn sich Gemeinden zusammentun, besser organisieren und etwas Geld in die Hand nehmen würden, könnte man einiges erreichen.»

Für Madörin ist Buurtzorg eines der überzeugendsten Modelle. «Aufgrund der Krankenkassentarife muss unsere Spitex ein Abfertigungsprogramm abspulen.» Es sei strikt vorgeschrieben, was getan werden müsse. Pflegenden könnten nur noch beschränkt situationsgerecht arbeiten. Ein wesentlicher Aspekt guter Pflege komme dabei abhanden.

Das holländische Konzept ist ihrer Ansicht nach wirtschaftlicher als eine Pflege, die nach Leistungs- und festen Zeitbudgetprinzipien organisiert ist. «Sie ist wirtschaftlicher, nicht weil Leistungsmengen abgebaut werden, sondern weil die Logik der Pflege und ihre Arbeitsprozesse adäquat berücksichtigt werden.»

Eveline Rutz



Pflege, die nach Leistungs- und festen Zeitbudgetprinzipien organisiert ist, als Folge des Schweizer Modells.

Bild: Spitex Schweiz/Pia Neuenschwander



Stationäre Pflegeversorgung, Sorgenkind der Gemeinden

Die stationäre Pflegeversorgung lastet auf den dafür zuständigen Gemeinden in Form von Kosten, aber auch grosser Verantwortung. In den Zürcher Gemeinden erhöht das System des Normdefizits den Druck.

Im Kanton Zürich sind seit der 2012 erfolgten Reform der Finanzierung des Gesundheitswesens die Gemeinden abschliessend für die Sicherstellung und Finanzierung der ambulanten und stationären Pflegeversorgung zuständig. Versorgungskonzepte bilden bei den Gemeinden die strukturelle Basis, die Finanzierung erfolgt über ein kantonsweit definiertes Normdefizit ebenfalls

durch sie. Berechnungsgrundlage ist der von allen Pflegeinstitutionen gemeldete, anrechenbare Aufwand bei wirtschaftlicher Leistungserbringung abzüglich der Beiträge der Sozialversicherer und der Leistungsbezüger. Das Normdefizit wird dann auf dem fünfzigsten Perzentil festgelegt. Dieser Anteil pro Pensionär wird von jener Gemeinde bezahlt, in der er oder sie vor dem Eintritt in die stationäre

Pflegeeinrichtung Wohnsitz hatte. Der Eintritt in ein Pflegeheim allein begründet keinen Wohnsitz.

Pflegeheime bestimmen de facto über den Kostenbeitrag der Gemeinden

Durch diese Systematik bestimmen die stationären Leistungserbringer indirekt über den Kostenbeitrag der Gemeinden. Diese können darauf Einfluss nehmen,



Rechts: «Die Zeiten, da jede Gemeinde über ein eigenes Alters- und Pflegeheim verfügen sollte, sind vorbei. Es sind regionale oder gar überregionale Lösungen anzustreben», sagt GPV-Präsident Jörg Kündig.

Bild: SGV

Links: Für Zürcher Gemeinden (im Bild die Stadt Zürich) gilt ein kantonsweites Normdefizit als Basis zur Finanzierung der Pflegeversorgung.

Bild: Zürich Tourismus

wenn die Einrichtung in ihrer Führungsverantwortung liegt, also der Gemeinde selber gehört. Dann ist diese jedoch auch verpflichtet, entstehende jährliche Defizite auszugleichen. Wenn es eigenständige oder private Institutionen oder Unternehmen sind, können die Gemeinden über eine Leistungsvereinbarung auf den zu leistenden Kostenersatz Einfluss nehmen.

Unterbelegung der Betten als Gefahr

Viele Gemeinden stehen vor der Frage, wie sie der Herausforderung der zunehmenden Alterung ihrer Bevölkerung begegnen wollen. Die Kombination von Finanzierungsmodell und demografischer Entwicklung macht das Geschäftsfeld «Wohnen im Alter» auch für private Anbieter interessant. Durch entsprechende Bauvorhaben entsteht innerhalb einer Gemeinde nicht selten eine Konkurrenzsituation. Hinzu kommt, dass die

ambulante Betreuung der pflegebedürftigen Menschen immer höheres Gewicht erhält – dies durchaus gewollt. Neben der Verlagerung der personellen Ressourcen hat dies zur Folge, dass die Auslastung der Heime zunehmend problematisch wird. Selbst unter den Gemeinden entsteht dadurch zunehmend ein Wettbewerb um die Belegung. Wettbewerb ist grundsätzlich positiv zu werten, wenn denn die Mitbewerber auf sich ändernde Situationen angemessen reagieren und ihr Angebot anpassen können. Bei den Gemeinden ist das sehr häufig nicht der Fall. Sie sind kaum in der Lage, stationäre Pflegeeinrichtungen einem anderen Zweck zuzuführen. Dadurch erhöht sich für sie das Eigentümmerrisiko deutlich. Es drohen Leerstände, welche wiederum zu einer Belastung für die Eigentümergemeinden werden. Damit diese Risiken abgewendet oder zumindest reduziert werden

können, gilt es, den Themenbereichen Koordination und Zusammenarbeit, Planungssicherheit und Überprüfung der Struktur vermehrt Rechnung zu tragen. Die Zeiten, da jede Gemeinde über ein eigenes Alters- und Pflegeheim verfügen sollte, sind vorbei. Es sind regionale oder gar überregionale Lösungen anzustreben. Damit dies jedoch möglich wird, sind Koordinationsgefässe zu schaffen. Schliesslich sind auch die Kantone gefordert. Mit der Schaffung von Transparenz im Zusammenhang mit geplanten privaten Plänen für Seniorenresidenzen oder Pflege- und Alterseinrichtungen sollten sie die Grundlage für Absprachen anbieten und die Koordination erleichtern. Die Gemeinden ihrerseits sollten offen werden für neue Modelle zur Gestaltung des Angebotes für die älter werdende Bevölkerung. Neben der Unterstützung von neuen Wohnformen geht es auch darum, sich nicht mehr als Eigentümer von Pflegeeinrichtungen zu exponieren, sondern Partnerschaften einzugehen und die Versorgungssicherheit mit entsprechenden Verträgen zu gewährleisten. Schliesslich sei an dieser Stelle auch der Forderung nochmals Nachdruck verliehen, dass die medizinische und pflegerische Grundversorgung grundsätzlich eine Verbundaufgabe aller Leistungserbringer sein soll.

Jörg Kündig ist Präsident des Gemeindepräsidentenverbands (GPV) des Kantons Zürich, Verwaltungsratspräsident des GZO-Spitals in Wetzikon und Vorstandsmitglied des Schweizerischen Gemeindeverbands (SGV)

Tösstaler Gemeinden wollen Klarheit über Einstufungen

Wenn Pflegeheime ihre Bewohner in der falschen Pflegestufe einstufen, kann das rasch ins Geld gehen – zulasten der öffentlichen Hand. Nach der Stadt Zürich investieren jetzt sechs Tösstaler Gemeinden in ein externes Controlling.

«Bei der Einstufung des Pflegebedarfs geht es für die Alters- und Pflegeheime um das Haben oder nicht Haben von recht viel Geld. Dadurch entsteht eine latente Versuchung beim Einstufen, die Erlöse zu optimieren»: Dies schreibt die St. Galler Ökonomin Ruth Köppel in einer Analyse der vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) veröffentlichten Pflegeheim-Kennzahlen von 2015. Köppel ist Inhaberin des Beratungsbüros OrgaVist, das seit 2001 Alters- und Pflegeheime, Trägerschaften und Gemeinden berät. Und sie stellt fest, dass die öffentliche Hand ein grosses Interesse an einer korrekten Einstufung haben müsste, weil sie seit der Inkraftsetzung der neuen Pflegefinanzierung im Januar 2011 den grössten Anteil an den Pflegekosten bezahle. «Blind darauf zu vertrauen, dass die vielen verschiedenen Krankenkassen die Einstufung im Sinne der öffentlichen Hand kontrollieren, scheint nicht gerechtfertigt zu sein.»

Zürich spart in Millionenhöhe

Sechs Tösstaler Gemeinden haben letztes Jahr entschieden, genauer hinzuschauen. Bauma, Turbenthal, Zell, Wila, Wildberg und Bäretswil haben gemeinsam den im Gesundheitsbereich tätigen Dienstleister RVK mit einem externen Controlling der insgesamt 35 Heime beauftragt. Ein Misstrauensvotum gegenüber den Krankenkassen? Gewissermassen schon, sagt Gemeinderätin Heidi Weiss, Ressortvorsteherin Gesellschaft in Bauma (ZH). Grund für die Skepsis der Tösstaler Gemeinderäte ist das Beispiel der Stadt Zürich. Dort beauftragte Ende 2013 das Amt für Zusatzleistungen, das für die Auszahlung der Pflegebeiträge im stationären Bereich zuständig ist, die Krankenkasse Helsana mit der Kontrolle der Pflegestufen in den Zürcher Heimen. Die Stadt Zürich liess sich das Mandat jährlich knapp 50000 Franken kosten, doch offenbar machte sich die Ausgabe um ein Vielfaches bezahlt. So sprach der Leiter des Amtes für Zusatzleistungen, Ernst Reimann, in der «Sonntags-Zeitung» im Herbst 2014 von Einsparungen in Millionenhöhe.

Was die Stichproben des RVK in den Tösstaler Heimen in Franken bringen werden, ist offen. In den ersten Monaten der Untersuchung seien nur minime Abweichungen festgestellt worden, berichtet Heidi Weiss. Eigentlich erwarte sie auch kaum Überraschungen. «Ich bin überzeugt, dass unsere Pflegeheime insgesamt korrekt abrechnen.» Es gehe für die politischen Behörden aber darum, ihre Aufsichtspflicht über die Heime wahrzunehmen. «Schliesslich haben wir eine Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.»

Signal an die Bürgerinnen und Bürger

Die Kassen seien zwar von Gesetzes wegen verpflichtet, die Erfassung des Pflegebedarfs durch die Heime zu kontrollieren. Doch angesichts des fixen Anteils der Kassen an den Pflegekosten sei ihr Interesse an Kontrolle möglicherweise weniger ausgeprägt als jenes der Gemeinden, die für die Restfinanzierung der Pflegekosten aufkommen müssten – ob das Heim nun öffentlich sei oder privat. Die Gemeinden erhielten auch keinen Einblick in die Berichte der Kassen, sagt Weiss. Der RVK hingegen liefere im Auftrag der Gemeinden die Resultate seines externen Controllings an die Behörden. Heidi Weiss: «Das lässt uns gegenüber der Bevölkerung mit einiger Sicherheit sagen, dass alles korrekt abgerechnet worden ist oder, wenn dies nicht der Fall sein sollte, dass die notwendigen Anpassungen vorgenommen worden sind.» Nicht zuletzt dann, wenn Patienten in Pflegeheimen ausserhalb der eigenen Gemeinde untergebracht würden.

Qualitätsausweis für die Heime

Auch die Heimleitungen könnten von der externen Abklärung profitieren, fügt die Gemeinderätin an. Sie verfügten so über einen Qualitätsausweis. «Es geht uns jedenfalls nicht darum, die Heime unter Druck zu setzen. Unter Umständen gibt es ja sogar Heime, die nach der Abklärung ihrer Einstufungen sogar mehr einnehmen als vorher.»

Mangelnde Schulung des Personals

Thomas Lustenberger, Projektleiter des Pflegestufencontrollings beim RVK, sagt, dass nicht nur Gemeinden, sondern auch Heimleitungen selber vom Pflegestufencontrolling Gebrauch machten. Die Dienstleistung habe in erster Linie zum Ziel, Vertrauen und Transparenz zu schaffen. «Es geht nicht darum, Fehler anzuprangern. Ziel ist es, die Qualität der Leistungen zu verbessern.» Meist stecke hinter einer Fehleinstufung auch keine schlechte Absicht, sagt Lustenberger weiter. Fehler passierten eher wegen mangelnder Schulung des Pflegepersonals, teils auch als Folge der hohen Fluktuation im Pflegebereich.

Minuten entscheiden über die Kosten

In der Pflege muss jeder Handgriff dokumentiert sein, damit er korrekt verrechnet werden kann. Und je nach Pflegebedarf in Minuten wird ein Heimbewohner in die eine oder andere von insgesamt zwölf Pflegestufen eingeteilt. Bis maximal 20 Minuten pro Tag dürfen es in der Pflegestufe 1 sein, ab 221 Minuten gilt die höchste Einteilung, Pflegestufe 12. Wenn nun ein Bewohner krank wird oder einen Unfall hat, kann sich seine Pflegestufe rasch erhöhen. Sie sinkt aber erneut, wenn es dem Betroffenen wieder besser geht. Geht die Rückstufung vergessen, geht das ins Geld, wie ein Blick auf die Grafik zur Pflegekostenverteilung der Stadt Zürich zeigt. Ab der Pflegestufe 4 steigt die Restfinanzierung für die öffentliche Hand stark an. Oder es kann vorkommen, dass ein Heim Betreuungsleistungen als Pflege abrechnet, was die Pflegestufe ungerechtfertigt erhöht. Lustenberger sagt: «Wo Menschen arbeiten, passieren Fehler.»

Zumal, wenn sie in komplexen Bereichen arbeiten. So gibt es in der Schweiz drei Systeme, welche für die Einteilung der Pflegestufen angewendet werden. Das System Plaisir, welches den Westschweizer Markt abdeckt, und die Systeme BESA und RAI, welche in der Deutschschweiz zum Einsatz kommen. «BESA» ist die Abkürzung für das «Bewohner/-innen-Einstufungs- und -Ab-

rechnungssystem». Die Firma BESA Care AG hat ihren Ursprung im Verband CURAVIVA Schweiz, welcher das Instrument BESA während 15 Jahren entwickelte und betreute und Ende 2012 in eine eigenständige Firma auslagerte. Mit diesem System werden die Pflegeleistungen erfasst, die nötig werden, wenn Bewohnerinnen und Bewohner infolge von gesundheitlichen Beeinträchtigungen Unterstützung benötigen. Dazu gehören Aufwendungen für die Medikamentenverabreichung, die Hilfe bei der Körperpflege, beim Anziehen, Gehen, Frisieren sowie Orientierungshilfen, die Begleitung durch Krisen und anderes mehr.

Beim System RAI, vertrieben durch die Firma Q-SYS, wird unter folgenden Typen unterschieden: RAI-NH: Resident Assessment Instrument Nursing Home (für Alters- und Pflegeheime); RAI-HC: Resident Assessment Instrument Home Care (für Spitex); RAI-MH: Resident Assessment Instrument Mental Health; RAI-PC: Resident Assessment Instrument Palliative Care und RAI-PAC: Resident Assessment Instrument Post Acute Care. Neben dem RVK gibt es diverse weitere Anbieter eines Pflegestufencontrollings. Überprüft werden die Pflege-

einstufungen der verschiedenen Systeme anhand von Stichproben der Dossiers mithilfe von Pflegespezialistinnen und -spezialisten.

Denise Lachat

Infos:
www.rvk.ch
www.bauma.ch



Heidi Weiss ist Ressortvorsteherin Gesellschaft der Gemeinde Bauma. Bild: zvg.

2018					
Stufe	Pflegeminuten gem. KLV 7a	PZZ Pflegekosten	Krankenversicherung	Eigenbeteiligung Pflege	Restfinanzierung (Gemeinde)
1	bis 20	30.60	9.00	21.60	
2	21–40	42.95	18.00	21.60	3.35
3	41–60	71.15	27.00	21.60	22.55
4	61–80	99.30	36.00	21.60	41.70
5	81–100	127.50	45.00	21.60	60.90
6	101–120	155.65	54.00	21.60	80.05
7	121–140	183.85	63.00	21.60	99.25
8	141–160	212.00	72.00	21.60	118.40
9	161–180	240.20	81.00	21.60	137.60
10	181–200	268.35	90.00	21.60	156.75
11	201–220	296.55	99.00	21.60	175.95
12	221 +	324.70	108.00	21.60	195.10

Die Pflegekostenaufteilung der Stadt Zürich für 2018 pro Tag und pro Person. Der Kostenbeitrag der Heimbewohner ist gesamtschweizerisch auf 21.60 Franken begrenzt, auch die Beiträge der Kassen sind fix. Die öffentliche Hand trägt das Defizit. Grafik: Martina Rieben/Quelle: RVK

Anzeige

Bringen Sie das E ins Government.

Mit unseren digitalen Zahlungslösungen.
postfinance.ch/e-government oder Telefon 0848 848 848 (Normaltarif).

PostFinance

Versorgungsauftrag Alter und Gesundheit – wie umsetzen?

Bei der Umsetzung des Versorgungsauftrages zeichnet sich in vielen Gemeinden Handlungsbedarf ab. Das bestehende Angebot muss um sogenannte «Neue Wohnformen» erweitert werden. Bei diesem Vorhaben werden Gemeinden zunehmend von Investoren aktiv unterstützt. Dieses zukunftsgerichtete Zusammenarbeitsmodell hat sich bewährt: Ab 2018 wird in der Gemeinde Kirchberg (SG) ein Projekt mit 40 Kleinwohnungen und 72 Pflegeplätzen realisiert.

Überalterungstendenzen sowie der gesetzlich verankerte Versorgungsauftrag über ambulante und stationäre Angebote stellen viele Gemeinden vor grosse Herausforderungen. Die eigens dafür eingesetzten Kommissionen sind gefordert, den kantonalen Vorgaben nachzukommen und das bestehende Angebot um sogenannte «Neue Wohnformen» zu ergänzen. Das Wohnen und die Grundleistungen sollen mit dem Einkommen aus der Altersvorsorge finanzierbar sein. Auch die Gemeinde Kirchberg (SG) steht vor grossen Aufgaben. Das im Jahr 2017 erstellte Planungsmodell des Kantons St. Gallen rechnet bis ins Jahr 2035 mit einer Zunahme des heutigen Bedarfs an neuen Wohnformen und Services um rund 50 Prozent. «Seniorinnen und Senioren haben heute andere Vorstellungen von der Gestaltung des dritten Lebensabschnitts», so der Gemeindepräsident Roman Habrik. «Der Trend geht in Richtung betreutes Wohnen mit Service, der Eintritt in ein Pflegeheim wird möglichst lange hinausgezögert. Mit durchdachten Angeboten wollen wir dem Trend nachkommen.» Das private und das öffentliche Alters- und Pflegeheim werden künftig neu positioniert. Gestützt wird dieser Entscheidung durch einen Projektbericht mit entsprechenden Handlungsempfehlungen. Dieses Vorhaben soll auch in Zusammenarbeit mit privaten Anbietern und institutionellen Investoren umgesetzt werden. «Mit der Sammelstiftung Vita haben wir einen Partner und Investor an Bord, der uns gezielt bei der Bereitstellung eines bedarfsgerichteten Wohn- und Servicemix unterstützt und damit das bestehende Angebot ergänzt und stärkt.»



Ansicht Wohnhäuser im Garten mit Blick Richtung Kirche

© nightnurse images gmbh



Ansicht Pflegezentrum mit Eingang von der Spelterinistrasse

© nightnurse images gmbh

Betreutes Wohnen – Wohnen mit Service in Bazenheid

Ab 2018 realisiert die Sammelstiftung Vita in Bazenheid mit einem Investitionsvolumen von rund 46 Millionen Franken den Bau zweier Mehrfamilienhäuser und eines Alters- und Pflegezentrums – insgesamt 40 Kleinwohnungen und 72 Pflegeplätze. Die Sammelstiftung Vita ist die grösste teilautonome Sammelstiftung in der Schweiz. Rund

20000 angeschlossene Unternehmen aller Branchen und Grössen haben der Sammelstiftung Vita die berufliche Vorsorge anvertraut.

Weitere Informationen und Kontakt:

Doris Neuhausler, Projektleiterin Strategische Immobilienprojekte, Sammelstiftung Vita, doris.neuhausler@vita.ch, 044 317 10 86



Regelmässige Bewegung hilft, Gesundheit und Lebensqualität im Alter zu erhalten.

Bild: Gesundheitsförderung Schweiz / Peter Tillessen

Kommunale Netzwerke für ältere Menschen aufbauen. Eine Broschüre für Gemeinden zur Förderung der Gesundheit und Lebensqualität im Alter.

Die Gemeinde ist der Raum, der sich am besten eignet, um das Bewusstsein und die Entwicklung rund um die Gesundheit der Senioren zu fördern. Die Förderung von Bewegung und sozialer Teilhabe – im Alter und generationenübergreifend – trägt dazu bei, dass immer mehr ältere Menschen bis ins hohe Alter ihre Autonomie behalten. Vor allem in grösseren Gemeinden gibt es heute eine breit gefächerte Palette von Angeboten für die ältere Bevölkerung – Kurse, Anlässe, Turn- und Wandergruppen usw. Den Gemeindevorstandern fehlt oftmals der Überblick über die komplexe und meist kaum koordinierte Angebotslandschaft. Hier setzt der Lösungsansatz des «Kommunalen Netzwerks für Bewegung und Begegnung im Alter» an. Die Erfahrung aus den Pilotgemeinden zeigt, dass es über kommunale Netzwerke gelingt, Gemeinden für die Gesundheitsförderung im Alter zu gewinnen, Ressourcen der Akteure effizienter zu nutzen und die Angebotslandschaft stärker auf die

Bedürfnisse älterer Menschen auszurichten. Um die Gemeinden im Aufbau solcher Netze konkret zu unterstützen, hat Gesundheitsförderung Schweiz eine Broschüre und einen praktischen Planungsleitfaden erstellt.



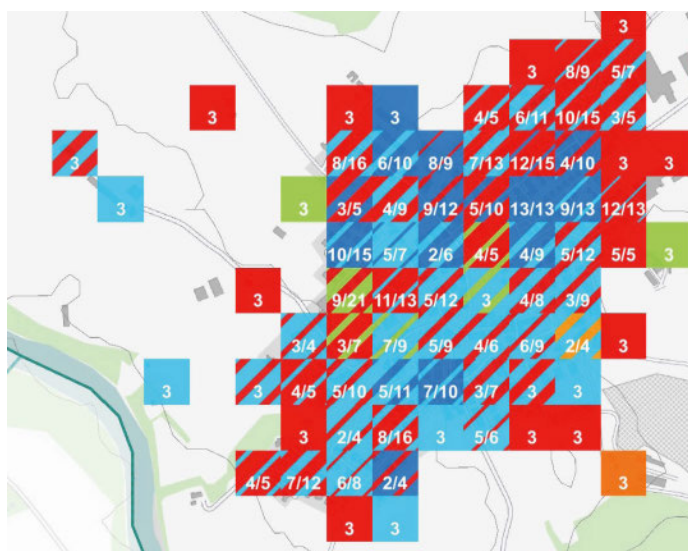
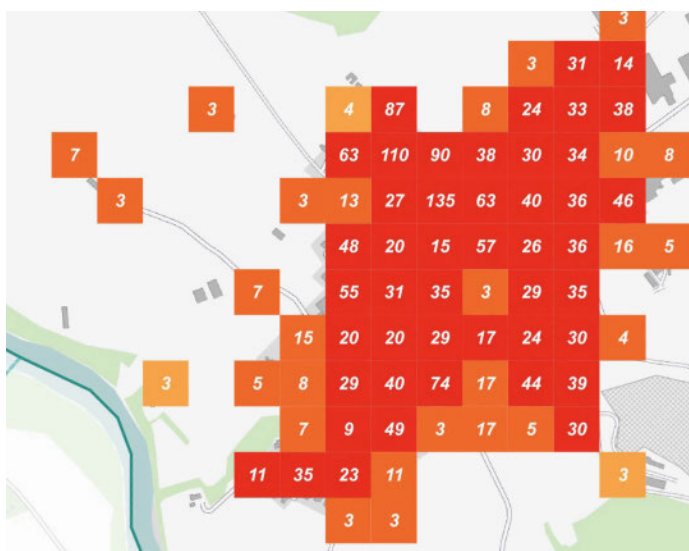
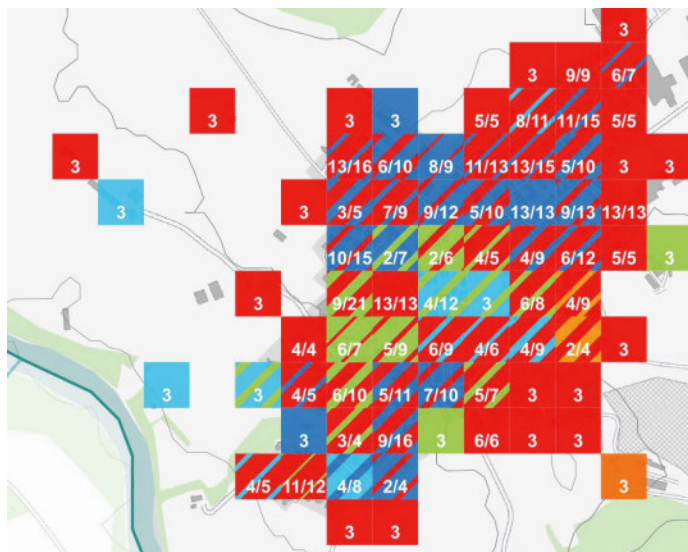
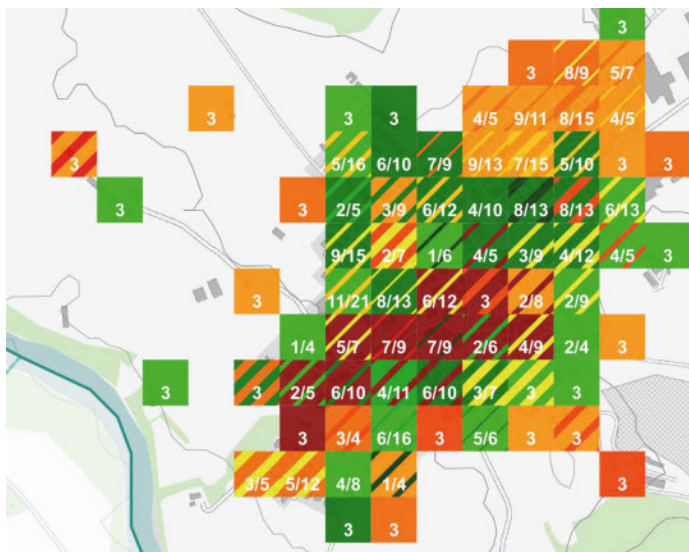
Planungsleitfaden Kommunale Netzwerke für Bewegung und Begegnung im Alter.



Kommunale Netzwerke für ältere Menschen aufbauen. Eine Broschüre für Gemeinden zur Förderung der Gesundheit und Lebensqualität im Alter.

Energiekarten für Gemeinden im Gebäudebereich

novatlantis, eine gemeinnützige Gesellschaft für Nachhaltigkeit und Wissenstransfer, will mit Energiekarten für Gemeinden einen Beitrag zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 auf kommunaler Ebene leisten.



Ausschnitt aus den Energiekarten der Gemeinde Stetten (AG): Im Uhrzeigersinn von oben links: 1: Wohngebäude nach Bauperiode. 2: Wohngebäude nach Energieträger für die Raumwärmeerzeugung. 3: Wohngebäude nach Energieträger für die Warmwassererzeugung. 4: Heizöläquivalente der Wohngebäude und ständige Wohnbevölkerung (aus Datenschutzgründen sind Werte kleiner 3 als 3 ausgewiesen).



Lesehilfe am Beispiel der Karte Raumwärmeerzeugung: Der Karteneintrag 9/15 bedeutet: Häufigster Energieträger der Wohngebäude (hier 9) zum Total der Wohngebäude (hier 15) pro Hektare. Die Grundfarbe (hier Orange) steht für den häufigsten Energieträger (hier Gas), die Schraffur (hier rot) für den zweithäufigsten (hier Öl). Je schmaler die Schraffur, desto kleiner die Anzahl des zweithäufigsten Energieträgers.

Illustration: novatlantis

Die Schweiz ist ein Land der kleinen Strukturen: Rund 2300 Gemeinden, davon die Hälfte mit einer Einwohnerzahl unter 2000, sind für einen grossen Teil

des Vollzugs in Raum- und Verkehrsplanung, Bauwesen und Energieversorgung zuständig. Die Aufgaben werden von den Gemeinderäten und Exekutiv-

mitgliedern mit viel persönlichem Einsatz und Engagement für die Gemeinschaft gemeistert. Der Arbeit all dieser Personen gebührt Anerkennung und

Dank. Schade ist hingegen, dass vorhandene Grundlagen und Informationen nicht so genutzt werden, wie es möglich wäre: Grundlagenkenntnisse, Statistiken und Daten verschwinden in Tabellen, Datenbanken oder Schubladen und werden für die Entscheidungsfindungsprozesse in den Gemeinden nicht so eingesetzt, wie sie könnten. Dies ist eine Verschwendung von Informationen, Ressourcen und Finanzen. Kräfte werden zu wenig gebündelt, Handlungsspielräume unnötig eingeschränkt und Fehlentscheide in Kauf genommen. Gerade für kleinere Gemeinden ist es schwierig und aufwendig, die Grundlagendaten selbst aufzubereiten oder sie dafür in Auftrag zu geben. So liegt denn ein grosses Informationspotenzial brach.

Uneinheitliche oder ungenügende Datenqualität im Energiebereich

Das Bundesamt für Statistik veröffentlichte bis Ende 2016 jährlich die Gebäude- und Wohnungsstatistik (GWS) inklusive Energiedaten. Die GWS basiert unter anderem auf den Gebäude- und Wohnungsregisterdaten (GWR) der Gemeinden. Sie lieferte bis anhin Informationen zur Struktur des gesamten Gebäude- und Wohnungsparks, zu den Wohnverhältnissen der Bevölkerung – etwa zur Wohn- und Belegungsdichte, zur Fläche pro Bewohner – sowie zu den Energieträgern eines Gebäudes und dessen Bauperiode. Die Erhebung der Energiedaten erfolgt durch die für die Bewilligung eines Bauvorhabens zuständigen Bauämter. Die Praxis der Kantone und Gemeinden ist sehr heterogen; dies führt dazu, dass insbesondere im Energiebereich die Datenqualität unterschiedlich ist.

Das Bundesamt für Statistik hat entschieden, keine Energiedaten mehr zu veröffentlichen, bis die Aussagekraft der Daten seinen Qualitätsanforderungen genügt. Das bedeutet, dass viele Kantone und Gemeinden zur Nachbesserung aufgefordert sind. Gleichzeitig sollen nicht nur Daten für Gebäude mit Wohnnutzung erhoben werden, sondern mit der neuen GWR-Verordnung auch sämtliche Dienstleistungs- und Produktionsstätten bis spätestens Ende 2020 erfasst und nachgeführt werden. Damit wird ein umfassender Datenpool zum Gebäudepark der Schweiz zur Verfügung stehen.

novatlantis hebt den frei zugänglichen GWS-Datenschatz für Gemeinden

novatlantis hat sich zum Ziel gesetzt, die heute bereits frei verfügbaren GWS-Daten für alle Gemeinden der Schweiz auf-

zubereiten und allen interessierten Gemeinden, Gemeindewerken, Planungsbüros oder Liegenschaftsverwaltungen visualisiert zugänglich zu machen. Die Gemeindeenergiekarten beinhalten vier thematische Karten:

- die Gebäude nach Bauperioden (Karte Bauperioden, Abb. 1)
- die Energieträger für die Bereitstellung von Raumwärme (Karte Raumwärme, Abb. 2)
- die Energieträger für die Bereitstellung von Warmwasser (Karte Warmwasser, Abb. 3) sowie
- die abgeleiteten Heizöläquivalente in Litern pro Hektare (Karte Heizöläquivalente, Abb. 4).

Neben den thematischen Karten enthalten die Gemeindeenergiekarten ein Datenblatt, das Kennzahlen zum Gebäudepark, aber auch Grafiken und Visualisierungen zu diesen Kennzahlen enthält. Insbesondere die Grafiken zur Verteilung der Wohngebäude und der Wohnflächen nach Bauperiode zeigen die Struktur des Gebäudeparks auf und erlauben eine Einschätzung des Einsparpotenzials durch Sanierungsmassnahmen.

Mehrfachnutzen der Energiekarten

In einigen Kantonen werden den Gemeinden bereits GIS-Viewer mit ihren gebäudescharfen GWR-Daten zur Verfügung gestellt. Diese dürfen aus Datenschutzgründen jedoch nur von berechtigten Personen (z.B. Gemeinderat, Bauverwaltungen und beauftragte Planungsbüros) eingesehen und verwendet werden. Die hektarbasierten Energiekarten von novatlantis füllen überall dort eine Lücke, wo die Kartendarstellung der gemeindeeigenen, gebäudescharfen Daten entweder zu aufwendig, nicht problemangepasst oder nicht erlaubt ist.

- Zu aufwendig: Es gibt Kantone, die ihren Gemeinden noch keinen GIS-Viewer anbieten. Für diese Gemeinden kann es teuer und aufwendig sein, einen separaten Auftrag für die Visualisierung ihrer Daten in Auftrag zu geben, denn eine externe Bearbeitung verlangt einen klar definierten Auftrag, der gemeindeinterne Ressourcen voraussetzt.
- Nicht problemangepasst: Nicht jede strategische Diskussion verlangt Daten in ihrer kleinstmöglichen Auflösung. Manchmal ist es besser, die Übersicht zu behalten und die grossen Züge der Energiesituation der eigenen Gemeinde zu sehen. Dadurch, dass die Gemeindeenergiekarten auf den häufigsten und den zweithäufigsten Energieträger fokussieren, blenden sie

unwichtigere Energieträger aus. Damit werden die Muster der Energieversorgung deutlich und können so gut in ein Leitbild, in eine strategische Planung oder in eine Auftragsformulierung für vertiefende Abklärungen einfließen. Auch für die Diskussion im Gemeinderat ist ein einfach handhabbares Produkt besser geeignet: Diskussionen lassen sich besser am Tisch als am Bildschirm führen.

- Nicht erlaubt: Gebäudescharfe Energiekarten dürfen nicht veröffentlicht werden. Wenn aber eine Gemeinde zum Beispiel die Öffentlichkeit über ihre Energieplanung informieren und dazu auf ihre GWR-Daten zurückgreifen will, kann sie dies mit den hektarbasierten Energiekarten tun. Oder wenn eine Liegenschaftsverwaltung Auskunft über die Energieversorgung in ihrer Umgebung haben möchte, erhält sie diese schnell und einfach durch den Einblick in die Gemeindeenergiekarten. Auch ein Monitoring, das die Entwicklung beim Ersatz von fossilen Energieträgern durch erneuerbare Energien darstellt, ist möglich und darf im Hektarraster auf der Webseite der Gemeinde publiziert werden. Trotz allen Schwierigkeiten und Ungenauigkeiten ist in der Gebäude- und Wohnungsstatistik ein Schatz verborgen, den es zu heben gilt. Mit der erstmaligen Visualisierung dieser Daten für alle Gemeinden der Schweiz wurde ein wichtiger Schritt in Richtung Open Data auf Gemeindeebene und für die Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinden im Gebäudebereich getan.

*Regina Flury von Arx,
Anna Roschewitz, novatlantis*

Infos:

novatlantis gmbh ist eine gemeinnützige Gesellschaft für Nachhaltigkeit und Wissenstransfer und ein Spin-off des Paul Scherrer Instituts PSI mit Sitz in Villigen (AG). Weitere Informationen, ein vollständiges Beispiel und Angaben über den Bezug der Karten sind auf www.novatlantis.ch zu finden.



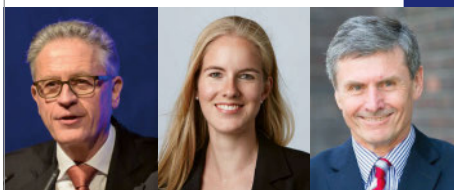
aeeSUISSE

Dachorganisation der Wirtschaft für
erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Vertrauen in die Energiezukunft

Nationaler Kongress der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz 2018

Dienstag, 20. März 2018 / Umwelt Arena, Spreitenbach



Referenten: Prof. Dr. Thomas Stocker, Dr. Simone Walther, Prof. Dr. Ferdinand Dudenhöffer und weitere.

Am AEE SUISSE Kongress 2018 stellen wir die Vertrauensfrage: Hochkarätige Referentinnen und Referenten sowie Talk-Gäste erörtern Fragen rund um das Vertrauen in Technik, Produktion, Speicherung, Finanzierung und die gesellschaftliche Dimension der Energiewende. Jetzt anmelden unter aeesuisse.ch/kongress

Patronatspartner:



Eventpartner:



Ich baue auf mein Studium.
Tochter Surjaa, 20, Bangladesch

Ich baute meine Gärtnerei auf.
Vater Hema

Ich baute Gemüse an.
Grossmutter Mongal

Ernte verbessern,
Einkommen erzielen, in
Bildung investieren.
So verändern Menschen
mit der Unterstützung von
Helvetas ihr Leben. Helfen
Sie mit: helvetas.ch

HELVETAS
Partner für echte Veränderung

Uni Zürich schult Gemeinden in räumlicher Transformation

Die Universität Zürich bietet ab Frühjahr 2018 eine halbjährige Weiterbildung (CAS) in «Urban Management» an. Das CAS richtet sich an Fachkräfte der Gemeinde- und Stadtentwicklung, der Immobilienwirtschaft, Raumplanung, Politik, Verwaltung und Architektur.

Die Schweizer Raumplanung ist im Umbruch. Der Kulturlandschutz und die Ziele einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung verändern die Aufgaben und das Instrumentarium der Raumplanung. Die Umsetzung des neuen Raumplanungsgesetzes wird vom Bund an die Kantone delegiert, welche die Rahmenbedingungen festlegen. Der Vollzug erfolgt auf Stufe Gemeinden. Spätestens auf kommunaler Ebene treffen die neuen sied-

lungspolitischen Schwerpunkte wie Innenentwicklung, Mehrwertabschöpfung oder Baulandmobilisierung auf Strukturen, Prozesse und Instrumentarien, welche bisher vor allem für ein Siedlungswachstum an den Rändern eingesetzt wurden. Statt Bauland einzuzonen, müssen Grundstücke umgezont, aufgezont oder gar ausgezont werden. Die Potenziale der Innenentwicklung sind meist nur durch die intensive Zusammenarbeit der Gemeinden mit mehreren Grundeigentümern mit unterschiedlichen Investitionsabsichten nutzbar. Partizipative und gemeindeübergreifende Verfahren werden noch mehr an Bedeutung zunehmen. Die Planungs- und die politischen Entscheidungsprozesse werden dadurch komplexer und aufwendiger.

Damit verändern sich auch die Ansprüche an die Gemeindepolitik und die Aufgaben der Planungs- und Bauorgane. Im Rahmen von Immobilienprojekten gilt es vermehrt, Kooperationsmöglichkeiten mit und zwischen privaten Akteuren zu lancieren, Netzwerke unterschiedlicher Partner zu etablieren und Investitionsoptionen zu kreieren, welche Mehrwerte für die Bevölkerung schaffen. Der Fokus der Exekutive und ihrer Verwaltung verlagert sich dabei von der hoheitlichen Planung hin zur kooperativen Steuerung von Entwicklungsprozessen. Dies bedingt aufseiten einer Gemeinde Führungskräfte, die in der Lage sind, die politischen Ziele mit der Logik der Immobilienwirtschaft zu verknüpfen. Solche Leute bildet die

Universität Zürich ab Mai mit dem neuen Certificate of Advanced Studies (CAS) in Urban Management aus.

Eckwerte zum Studium:

Beginn: 25. Mai 2018

Dauer: 6 Monate

Bewerbungsfrist: bis 28. Februar 2018

Nächster Informationsanlass:

26. Februar 2018

Weitere Informationen und Anmeldung: www.curem.uzh.ch

Öffentliche Organisationen managen und gestalten – Weiterbildung in Public Management an der Hochschule Luzern – Wirtschaft

Gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklungen stellen vielschichtige Anforderungen an Verantwortungsträger und Fachpersonen im öffentlichen Sektor. Der föderalistische Aufbau unseres Staates mit seiner starken Delegation von Aufgaben und Befugnissen an die Kantone und Gemeinden führt zu einem hohen Bedarf an kompetenten Mitarbeitenden im Verwaltungsumfeld. Zudem braucht es politisch engagierte Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, in Exekutiven, Legislativen und Kommissionen ihre Kenntnisse und Fertigkeiten ausserhalb von Familie und Beruf einzubringen. Sie

gestalten das Gemeinwesen durch ihr politisches Handeln aktiv mit und sind ein wichtiges Bindeglied zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Zur kompetenten Mitgestaltung der aktuellen und künftigen Herausforderungen im öffentlichen Sektor werden solides Managementwissen, persönlichkeitsorientierte Führungsfähigkeiten und vertiefte Kenntnisse über Abläufe und Entscheidungsprozesse im politischen Kontext benötigt. Diese Kompetenzen werden im Studiengang Master of Advanced Studies (MAS) in Public Management an der Hochschule Luzern gezielt weiterentwickelt. Die Teil-


nehmenden erweitern damit ihr Kompetenzprofil in der Weise, dass sie ihre täglichen Führungs- und Managementaufgaben im Spannungsfeld zwischen Verwaltung, Politik und Gesellschaft noch besser wahrnehmen können.

Der MAS Public Management ist ein berufsbegleitender Studiengang, der modular auf die Bedürfnisse der Teilnehmenden ausgerichtet werden kann. Das Kernstück ist das Certificate of Advanced Studies (CAS) Public Management und Politik. Dieses ist einerseits Pflichtmodul des MAS Public Management und kann andererseits als in sich geschlossenes Angebot auch von

Personen besucht werden, die eine kürzere und spezifische Public-Management-Weiterbildung suchen.

**Hochschule Luzern – Wirtschaft
Institut für Betriebs- und Regionalökonomie IBR**
www.hslu.ch/pm


Anzeige



Auftrag zu vergeben, aber wie?

Lassen Sie sich bei der Vergabe von Dienstleistungen, Lieferungen oder Bauaufträgen unterstützen. Wir definieren mit Ihnen, was Sie benötigen und begleiten Sie dabei, dies vergaberechtlich korrekt zu beschaffen.

Federas Beratung AG
Mainaustrasse 30, Postfach, 8034 Zürich, Telefon +41 44 388 71 81, federas.ch
Laupenstrasse 35, Postfach, 3001 Bern, Telefon +41 31 380 70 12



Abfall I Ordures

abfallhai®
Einfälle für Abfälle

ANTA SWISS AG
Telefon 044 818 84 84
abfallhai.ch / info@abfallhai.ch



CSC | DÉCHETS SA
Conseiller technique de
l'Organisation Infrastructures Communales

www.csc-dechets.ch info@csc-dechets.ch

VERWO+
ENTSORGUNGSSYSTEME

verwo.ch | +41 55 415 84 84



Abfallentsorgungssysteme

 www.gtsm.ch

hunkeler
Hunkeler Systeme

Hunkeler Systeme AG
CH-4806 Wikon
Tel. +41 62 745 77 77
www.hunkeler-systems.com
Massgeschneiderte Entsorgungslösungen

Abwasserrohrsanierten

InsaTech AG
Abwasserrohrsanierten

044 818 09 09
www.insatech-ag.ch
info@insatech-ag.ch



Archivierung

www.tecnocor.ch
Scannen. Archivieren. Digitalisieren

Adressen

Die Geschäftsstelle des Schweizerischen Gemeindeverbandes verkauft die Post-, E-Mail- und Websiteadressen der Schweizer Gemeinden. Die Adressen sind als Excellisten oder als Klebeetiketten erhältlich und können nach Kanton, Sprachregion oder Anzahl Einwohner sortiert werden.

Schweizerischer Gemeindeverband
Laupenstrasse 35
3001 Bern
Tel. 031 380 70 00
verband@chgemeinden.ch
www.chgemeinden.ch



Ausbildung I Formation

zhaw School of Management and Law
Institut für Verwaltungs-Management
Bahnhofplatz 12, Postfach, 8401 Winterthur
Tel. +41 58 934 79 25, Fax +41 58 935 79 25
Mail: info.ivm@zhaw.ch, www.zhaw.ch/ivm

Aussenraum-Gestaltung

 www.gtsm.ch

Arbeitsbühnen

SkyAccess

SkyAccess AG
Beratung & Verkauf
von Arbeitshebebühnen
CH-4702 Oensingen

www.skyaccess.ch info@skyaccess.ch
Tel. +41 61 816 60 00 Fax +41 61 816 60 08



SKYWORKER®
Arbeitsbühnen-Vermietung

WS-Skyworker AG
Basel - Bern - Luzern
Zürich - Mittelland - Winterthur - Lausanne
Mietervice für die ganze Schweiz
gratis unter 0800 813 813

Hauptsitz:
WS-Skyworker AG Dünnerstrasse 24 4702 Oensingen

ws-skyworker.ch info@ws-skyworker.ch



Arbeitsschutzprodukte

Thomi + Co AG
Rütschelenstrasse 1
Postfach 180
4932 Lotzwil

Telefon 062 919 83 83
Telefax 062 919 83 60
Internet http://www.thomi.com
E-Mail info@thomi.ch



Schutzartikel von Kopf bis Fuss:

Arbeitshandschuhe, Schutzbekleidungen, Schutzbrillen, Schutzhelme, Gesichtsschilde, Sicherheitsschuhe, Arbeitstiefel, Gehörschutzartikel, Atemschutzmasken, Fallschutzartikel

Bewässerungsanlagen

Perrottet & Piller AG
3178 Böisingen
Bewässerungsanlagen
Installation d'arrosages

Tel. 031 747 85 44 office@perrottet-piller.ch



Elektrofahrzeuge

MEGA eTRUCK
100% elektrisch - 70 km/h
Nutzlast 620 kg



GRUNDERCO ^{ch} Tél. 041 919 99 54

Facility Management/Software

CAMPOS
MACHT IMMO'S MOBIL. ICFM
DAS CAFM-PORTAL

ICFM AG | Birmensdorferstrasse 87 | 8902 Urdorf
www.campos.ch | Tel. 043 344 12 40



Hundetoiletten

 www.gtsm.ch

SAC-O-MAT
SAC-O-MAT (Schweiz) AG
Längmatt 1
CH-6212 St. Erhard
T 041 925 14 25
F 041 925 14 10
www.sacomat.ch



Lichtplanung I Architektur

Luminum
Lichtplanung im Aussenraum

Luminum GmbH +41 31 765 63 63
Bernweg 101 www.luminum.ch
3254 Messen info@luminum.ch



Markierungen | Signalisationen

Sicherheit auf der ganzen Linie!



Markierungen • Signalisationen

Tel. 0848 22 33 66
Fax 0848 22 33 77

info@morf-ag.ch
 www.morf-ag.ch

Franke Water Systems AG
 www.franke.ch



Make it Wonderful

FRANKE



eibe
 Komplette begeistert

funktionelle Möbel
fantastische Spielwelten

eibe AG | Neue Winterthurerstr. 28 | 8304 Wallisellen
 Tel. 044 831 15 60 | eibe@eibe.ch
 www.eibe.ch

Parkmobiliar

AX
 Ars Xterna

Parkmobiliar / mobilier urbain
 info@ars-externa.ch
 CH-8142 Ulmikon
 Tel. 044 222 22 66
 Fax 044 222 22 67

Schneeräumung

POWER für Strasse, Schiene und Piste




ZAUGG AG EGGIWIL
 Holzmatt, CH-3537 Eggiwil, Tel. ++41 (0)34 491 81 11
 info@zaugg-ag.ch, www.zaugg-ag.ch

Spielplatzplanung



www.gtsm.ch

Reinigungs- und Hygieneartikel



DELTA Zofingen AG
 Reinigungsvlies und -papier, Arbeitsschutzausstattungen (PSA)
 4800 Zofingen
 Tel. 062 746 04 04 sales@delta-zofingen.ch
 Fax 062 746 04 02 www.delta-zofingen.ch

Schwimmbadbau und Technik



beck
 schwimmbadbau
 ihr planer.

Beck Schwimmbadbau AG

Bürglistrasse 29
 CH-8400 Winterthur
 Telefon +41 (0)52 224 00 88
 mail@beck-schwimmbadbau.ch
 www.beck-schwimmbadbau.ch

Véhicules électriques

MEGA eTRUCK
 100% électrique - 70 km/h
 charge utile: 620 kg



GRUNDERCO ^{ch} Tél. 022 989 13 30

Presscontainer

Ihr Partner für Entsorgungstechnik

Presscontainer, Ballen- und PET-Pressen,
 Schneckenverdichter, Wiegesysteme.



recytech
 ENTSGUNGSTECHNIK
 T 043 255 80 55 recytech.ch

Sanitäre Anlagen | Installations sanitaires

Waschraumhygiene | Hygiène des locaux sanitaires

CWS

CWS-boco Suisse SA

Industriestrasse 20 | 8152 Glattbrugg
 Route de Pra de Plan 2 | 1618 Châtel-St-Denis
 Tel. 0800 800 297
 info@cws-boco.ch | www.cws-boco.ch

Der neue Massstab für die öffentliche Toilette

ELKUCH e CITY

www.elkuch.com CH-Produktion
 Tel.: +41 79 893 34 05 Montage und Service

Spielplatzeinrichtungen

Magie des Spielens...



bürli

Bürli Spiel- und Sportgeräte AG, CH-6212 St. Erhard LU
 Telefon 041 925 14 00, www.buerliag.com

bimbo
 macht spass



Zeitgemässe Spiel- und Pausenplätze.
 Planung. Produktion. Unterhalt.

HINNEN Spielplatzgeräte AG - 041 672 91 11 - bimbo.ch

Vitrinen



SYMA-SYSTEM AG
 CH-9533 Kirchberg SG | www.syma.ch

SYMA
 Continuous Innovation

Save the date: GV des SGV in Brugg/Windisch

Die 65. Generalversammlung des Schweizerischen Gemeindeverbandes (SGV) findet am 24. Mai in Brugg/Windisch (AG) statt. Weitere Informationen zum Programm folgen.

Wann: 24. Mai 2018

Wo: Brugg/Windisch

Kontakt: 031 380 70 00

Mail: verband@chgemeinden.ch

Web: www.chgemeinden.ch

Save the date: AG dell'ACS a Brugg/Windisch

La 65^a Assemblea generale dell'Associazione dei Comuni Svizzeri (ACS) si terrà il 24 maggio a Brugg/Windisch (AG). Seguiranno ulteriori informazioni sul programma.

Quando: 24 maggio 2018

Dove: Brugg/Windisch

Contatto: 031 380 70 00

Mail: verband@chgemeinden.ch

Web: www.chcomuni.ch

Save the date: AG de l'ACS à Brugg/Windisch

La 65^e Assemblée générale de l'Association des Communes Suisses (ACS) aura lieu le 24 mai prochain à Brugg/Windisch (AG). D'autres informations sur le programme suivront.

Quand: 24 mai 2018

Où: Brugg/Windisch

Contact: 031 380 70 00

Mail: verband@chgemeinden.ch

Web: www.chcommunes.ch

Dreitägige Ausbildung «Betriebsleiter Sportanlagen»

In der Schweiz gibt es rund 29000 Sportanlagen. Deren Betrieb ist eine herausfordernde Aufgabe: Viele sind sanierungsbedürftig, defizitär oder entsprechen nicht mehr den aktuellen und künftigen Nutzerbedürfnissen. Klug betrieben, bergen sie jedoch ein grosses Potenzial, um belebte, gut besuchte und rentable Sport- und Eventstätten zu werden. Die Absolventen der Ausbildung Betriebsleiter Sportanlagen holen sich die nötigen Kompetenzen, um eine Sportanlage an ihr Umfeld angepasst und erfolgreich zu betreiben. Der SGV ist Partner der Ausbildung «Betriebsleiter Sportanlagen».

Wann: 3. Mai / 7. und 21. Juni 2018

Wo: Winterthur/Zürich/Näfels

Kontakt: 032 322 14 33

Mail: fschneider@sanu.ch

Web: www.sanu.ch/18FTBS

Info-Veranstaltung MAS/CAS Public Management an der HSLU

Der Master of Advanced Studies (MAS) in Public Management der Hochschule Luzern – Wirtschaft qualifiziert die Teilnehmenden dafür, im politisch-strategischen und verwaltungstechnischen Umfeld erforderliche Entscheidungen kompetent vorzubereiten und zu treffen. Die Teilnehmenden erwerben mit diesem Studiengang solides Managementwissen, persönlichkeitsorientierte Führungsfähigkeiten und vertiefte Kenntnisse über Abläufe und Entscheidungsprozesse im politischen Kontext. An der Infoveranstaltung erfahren Interessierte von der Studienleitung die wissenswerten Details zum Lehrgang.

Wann: 7. März 2018 (18.30 bis ca. 19.30 Uhr)

Wo: Luzern (Zentralstrasse 9)

Kontakt: 041 228 99 31

Mail: vanessa.zuercher@hslu.ch

Web: www.hslu.ch/pm

Swiss eGovernment Forum 2018: digitale Transformation

Die Anforderungen an die öffentliche Verwaltung bei der Digitalisierung ihrer Prozesse und Verfahren steigen. Das Swiss eGovernment Forum 2018 in Bern zeigt Lösungswege und Beispiele von Behörden, die die digitale Transformation bereits geschafft haben oder auf gutem Wege sind. Der SGV ist Patronatspartner des Swiss eGovernment Forum.

Wann: 6. und 7. März 2018

Wo: Bern

Kontakt: 031 350 40 50

Mail: isd@mrk.ch

Web: www.e-governmentforum.ch

Conférence-débat pour les administrations communales

Les communes sont un acteur important de la transition énergétique. Confrontées à la mise en œuvre pratique de la stratégie énergétique, elles doivent trouver des solutions à la fois pragmatiques et innovantes dans des domaines aussi divers que la planification énergétique, la mobilité, les énergies renouvelables, les infrastructures et leur parc immobilier. Une telle diversité présente un défi, en particulier pour les petites et moyennes communes. Il est de ce fait d'autant plus nécessaire de favoriser l'échange d'expérience et de bonnes pratiques. L'association et le label «Cité de l'énergie» soutenus par le programme SuisseEnergie sont en ce sens une intéressante plateforme d'échange et de collaboration. Cette conférence débat sera l'occasion de partager l'expérience concrète de communes ayant obtenu le label.

Quand: 13 avril 2018

Où: Bulle

Contact: 026 919 86 50

Mail: info@energissima.ch

Web: www.energissima.ch



Impressum

55. Jahrgang / Nr. 554 / Februar/février

Herausgeber/éditeur

Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses

Partnerschaften/partenariats

Fachorganisation Kommunale Infrastruktur
Organisation Infrastructures communales
Konferenz der Stadt- und Gemeindeschreiber
Conférence des Secrétaires Municipaux

Verlag und Redaktion/éditions et rédaction

Laupenstrasse 35, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 380 70 00
www.chgemeinden.ch
www.chcommunes.ch

Denise Lachat (dla), Chefredaktorin
Philippe Blatter (pb), Verantwortlicher Verbands-
kommunikation
Martina Rieben (mr), Layout
info@chgemeinden.ch
Christian Schneider, Redaktion SKSG

Nachdruck

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit
Genehmigung der Redaktion. Verlinkung erwünscht.

Druck und Spedition/impression et expédition Anzeigenmarketing/marketing des annonces

Stämpfli AG, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 300 63 82, Fax 031 300 63 90
inserate@staempfli.com

Die nicht autorisierte und ohne gewichtige Eigenleistung erfolgende Bearbeitung und Verwertung von abgedruckten oder in elektronische Datenbanken eingespeisten Inseraten durch Dritte ist unzulässig und wird vom Inserenten untersagt. Dieser überträgt der Werbegesellschaft insbesondere das Recht, nach Rücksprache mit dem Verlag mit geeigneten Mitteln dagegen vorzugehen.

Auflage/tirage (WEMF/REMP 2016/2017)

Verkaufte Auflage/tirage vendu	2441 Ex.
Gratisauflage/tirage gratuit	1149 Ex.
Total/total	3590 Ex.

gedruckt in der
schweiz

WERDEN SIE CHAMPION DER BAUSTELLE.

**1. NATIONALE
BAUMASCHINEN-
FÜHRER-
MEISTERSCHAFT:
MELDEN SIE SICH AN
BIS ZUM 3.3.2018**

**BAU-
MASCHINEN-
MESSE | BERN**

21. BIS 24. MÄRZ 2018

baumaschinenmesse.ch/meisterschaft



Veranstalter



Organisator

BERNEXPO
GRUPE



emsg+ Erhaltungsmanagement
im Siedlungsgebiet

emsg+ ist eine von TechTalk betriebene und weiterentwickelte Fachapplikation basierend auf EMSG des ASTRA

Damit steht Gemeinden ein kostengünstiges und einfach zu bedienendes Instrument auf Basis des „Grundmodells Werterhalt“ für das Erhaltungsmanagement kommunaler Strassen zur Verfügung.

www.emsgplus.ch

*Wert erhalten.
Nachhaltig investieren.*




Landschaftsbau

Rasenpflege




Weidehygiene

Winterstreuer



Kommunaltechnik

AMAZONE

Ott
3052 Zollikofen, Tel. 031 910 30 10, www.ott.ch
Ein Geschäftsbereich der Ott Landmaschinen AG

Qualität und Leistung auf und neben den Strassen!



...entspannter flanieren,
wo wir patrouillieren.